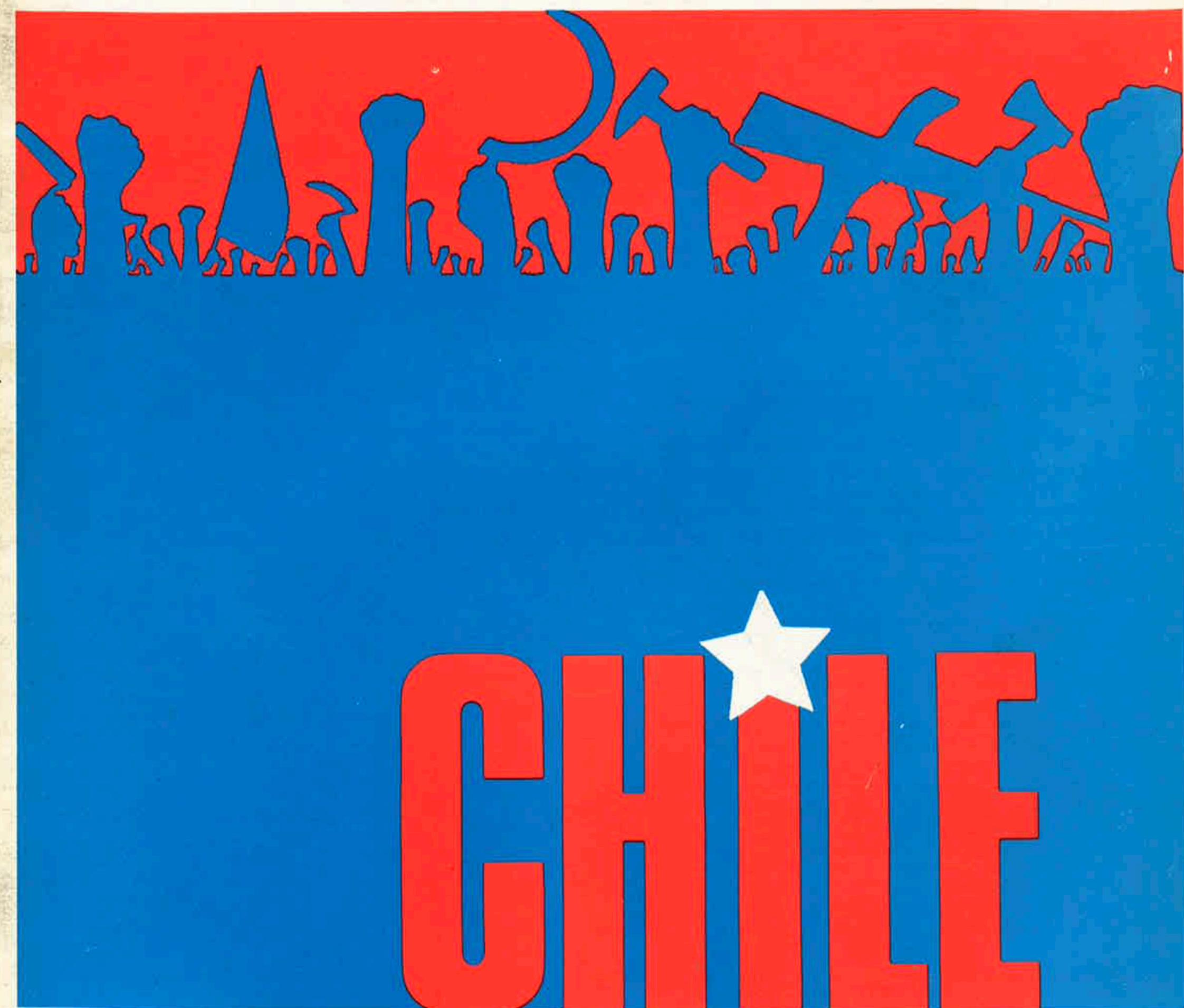


rote blätter 13

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS - Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus



Hochschulreaktionsgesetz • Erfahrungen des Sommersemesters • Bericht von der Streikfront • Berufsverbote: Hexenjagd verschärft • So war's beim Festival • Weltkongreß der Friedenskräfte • Über Amalrik & Co



Hartmut Schulze

Die Essenz der Verfassung

In Chile mordet eine faschistische Junta. In London schnellen die Kupferkurse hoch. In Bonn sehen Carstens und die Rechtspresse „die Essenz der Verfassung“ wiederhergestellt; denn: „Wenn Diktatoren herrschen, bekommen Anleger gern feuchte Augen“ (Paul C. Martin in der „Wirtschaftswoche“ unmittelbar vor dem Putsch).

In Chile werden Hunderte Studenten und Wissenschaftler gefoltert, ermordet. Der Wissenschaftsminister in Bonn, ein Sozialdemokrat, verliert darüber kein Wort. In Moskau gibt ein Wissenschaftler westlichen Journalisten eine Pressekonferenz, auf der er sich über mangelnde Meinungsfreiheit in der Sowjetunion beklagt. Der Wissenschaftsminister in Bonn empfindet Mitleid mit ihm: „Ich weiß aus meiner persönlichen Jugenderfahrung, was es heißt, allein gegen eine geschlossene öffentliche Meinung zu stehen.“

Auf den ersten Blick könnte man meinen, dieser Sozialdemokrat spräche sich hier gegen die Hexenjagdpolitik der Berufsverbote aus, habe erkannt, wohin sie führt, nachdem inzwischen die Berufung auf August Bebel, dessen goldene Uhr Willy Brandt trägt, für die CDU zum Berufsverbots-Anlaß geworden ist. Aber nein, wer hätte das Vertrauen in die „Solidarität der Demokraten“ verloren?

Herr Carstens, auch im Innern stets um die Essenz der Verfassung besorgt, fragt im Bundestag die Herren Genscher und Dohnanyi, ob sie seine Meinung teilen, der MSB Spartakus sei verfassungswidrig. „Ja“, antworten die Minister.

In einem Offenen Brief an Dohnanyi hat der MSB Spartakus zu diesem „Ja“ Stellung genommen. Darin heißt es u. a.:

„Das Großkapital, die CDU/CSU, aber auch die SPD-Führung und die „Sozial-liberale Koalition“ bosseln am Grundgesetz, amputieren immer mehr demokratische Rechte, versuchen die Verfassung ihres demokratischen, antifaschistischen Inhalts zu entleeren.“

Wir sind dafür, daß mit dem Sozialstaatsgebot endlich ernst gemacht wird und Schlüsselindustrien gem. Art. 15 GG in Gemeineigentum übergeführt werden. Wir sind im Gegensatz zur CDU/CSU der Meinung, daß verfassungsrechtliche Möglichkeiten zu einer auf Systemveränderung gerichteten Politik bestehen. Wir sind dafür, daß die Grundrechte erweitert werden, durch die Eröffnung der Möglichkeit von Volksbefragungen und Volksabstimmungen.

Wir sind dafür, daß alle diejenigen Veränderungen des Grundgesetzes wieder rückgängig gemacht werden, die demokratische Grundrechte einschränken: Die Notstandsgesetzgebung, das Verfassungsschutzgesetz. Wir sind für die Aufhebung des Verbotsurteils gegen die KPD. Wir fordern die sofortige Aufhebung der verfassungswidrigen Ministerpräsidentenbeschlüsse über die Einstellung von Demokraten im öffentlichen Dienst.

Wir treten für die Verwirklichung des Art. 20,1 GG „alle Macht geht vom Volke aus ein, wobei unserer Auffassung nach dieses Ziel nur im Sozialismus zu erreichen ist.“

Die Stellungnahmen zu den Ereignissen in Chile, die Verschärfung von Gesinnungsschnüffelei und Berufsverboten, Polizeiknüppel gegen streikende Arbeiter – die Ereignisse der letzten Monate haben vielen die Augen geöffnet. Auch viele Sozialdemokraten sehen sich zu Recht bedroht durch die unverhohlene Warnung des offiziellen Parteiorgans der CDU:

„Sein (Allendes) klägliches Scheitern dient als Lehrstück für jene Verkünder eines demokratischen Sozialismus hierzulande, deren prominentester Kronzeuge Bundeskanzler Willy Brandt ist.“ Immer mehr ziehen Konsequenzen, werden aktiv; erfahren, daß man in der gemeinsamen Aktion erfolgreich ist; setzt das anti-imperialistische Bündnis der X. Weltfestspiele in der BRD fort und gehen für Chile auf die Straße, bereiten für die Aktionswoche gegen die Berufsverbote vom 25. bis 29. Oktober die vielfältigsten Initiativen vor.

INHALT

- 3 Solidarität mit Chile!
- 5 Unidad Popular organisiert den Widerstand des Volkes
- 6 Volkseinheit – ein gescheitertes Experiment?
- 8 Direkte militärische Aggressionen des Imperialismus
- 9 Junta-Presse in der BRD

Hochschule

- 10 Kampf dem Hochschulreaktionsgesetz
- 12 Kampferfahrungen aus dem Sommersemester
- 15 Polizei-Razzia bei Tübinger Studenten
- 16 Studentische Wohnungsnot am Beispiel Münster
- 17 Kurzmeldungen

BRD

- 20 Bericht von der Streikfront
- 25 Berufsverbote verschärft
- 26 Kurzmeldungen

Internationales

- 28 Festival-Berichterstattung: 28: Reportage „Wir, die Jugend der Welt, werden unseren Kampf in fester Zusammenarbeit weiterführen.“ – 34: Internationale Begegnungen des MSB Spartakus auf dem Festival. – 36: Aus Abschlußberklärungen von Teilnehmerverbänden. – 37: BRD-Presse zum Festival. – 38: Abschluß-Erklärung der BRD-Delegation. – 40: Appell an die Weltjugend.
- 41 Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau Ende Oktober
- 45 Peter Schütt: Über Amalrik und „Narren wie ich“

47 Leserbriefe

rote blätter

Herausgeber: Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

Chefredakteur: Hartmut Schulze (verantwortlich)

Fotos: Magda Taroni und Gruppe Arbeiterfotografie Hamburg

Redaktion:

MSB SPARTAKUS
53 Bonn, Postfach

Druck: Plambeck & Co., Neuss
Auflage: 20 000

Bitte beachten Sie die Beilagen der Deutschen Volkszeitung der Firma „das europäische buch“ und das „Weihnachtsangebot '73“ des Pahl-Rugensteiner-Verlags.

Stoppt die Henker! Rettet Luis Corvalan! Freiheit für Chile!



Luis Corvalan

Das Volk von Chile kämpft und verteidigt seine Freiheit gegen den barbarischen Terror der Faschisten-Junta. Das Volk von Chile kämpft und organisiert den einheitlichen Widerstand unter der Führung der Unidad Popular. Das Volk von Chile kämpft und braucht unsere Solidarität. Die Welle des weltweiten Massenprotests von Millionen Demokraten darf nicht nachlassen! 20 000 Patrioten ließ die Henker-Clique um Pinochet ermorden, auf daß der Profit der ITT und Kennecott Copper gesichert werde. Sie ermordeten den Präsidenten des Volkes und wollen jetzt auch die Führer der Unidad Popular, die Generalsekretäre der Kommunistischen und Sozialistischen Partei Chiles, Luis Corvalan und Carlos Altamirano umbringen.

Fallt den Mördern in die Arme!

Verteidigt in gemeinsamen Aktionen das Leben der chilenischen Demokraten!

Die großen Jugendverbände Europas beschlossen in Paris, vom 4. Oktober bis zum 4. November einen Monat der Solidarität mit vielfältigsten Initiativen zur Unterstützung des chilenischen Volkes durchzuführen. 14 nationale Studentenorganisationen forderten mit dem Internationalen Studentenbund in Prag:

Jede Hochschule muß zu einem Zentrum der Chile-Solidarität werden!



10 000 bekunden auf der Kölner Demonstration ihre Solidarität mit dem Volk von Chile. Am Mikrofon: Rolf-Jürgen Priemer, Vorsitzender der SDAJ.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Eine klare Verurteilung des Putsches und die Benennung seiner Hintermänner.
- Eine eindeutige Stellungnahme für die rechtmäßige Regierung der VolksEinheit, ihre uneingeschränkte materielle und politische Unterstützung.
- Keine Anerkennung der Junta: wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen die Putschisten.
- Die Verurteilung jeglicher Versuche der USA zugunsten der Reaktion in Chile zu intervenieren.
- Proteste und Initiativen gegen die Massenerschießungen von chilenischen Demokraten und gegen andere Terrormaßnahmen der Putschisten.

„Eure Brüderlichkeit ist das Brot und das Wasser, die der heldenhafte Kampf meines Volkes braucht.“

Der chilenische Dichter Pablo Neruda an die Teilnehmer der X. Weltfestspiele

Pablo Neruda

Dichter des Volks, Kommunist, enger Freund Allendes, Nobelpreisträger, — er starb wenige Tage nach dem Putsch. An Krebs, sagt die Junta. Sein letztes Gedicht in einer Übersetzung von Erich Fried:



Nixon, Frei und Pinochet,
Bis heute, bis zu diesem
Bitter Monat September
Des Jahres 1973
Wie Bordaberry, Garrastazu und
Banzer
Gefräßige Hyänen
Unserer Geschichte,
Nagetiere
Die anfressen Fahnen der Einheit
Voll Blut und Feuer,
Nun besudelt in ihren Krallen,

Höllisches Raubzeug, Satrapen,
Tausendfache Ausverkäufer
und Ausverkauft,
Angestachelt
Von den New Yorker Bestien,
Maschinen gierig nach Qualen,
Befleckt vom Opferblut
ihrer gemarterten Völker,

Huren der Handelsherren,
So recht nach Amerikas Dufthauch,
Tolle Abfallköder, Halsabschneider,
Pack

Von Bordellpolitikern — Bossen:
Ihr einziges Recht ist die Folter
Und der Hunger, der ihre Völker
peitscht.



Gnadenlos gehen die Militärs gegen die Anhänger der Unidad Popular vor. KZs, Massenverbrennungen, nazistische Ideologie, ja, Antisemitismus und Vernichtung demokratischer Literatur — die Junta im direkten Gefolge des Hitler-Faschismus.



Jede Hilfe für das Volk

„Chile erlebt heute eine Neuauflage des Hitler-Faschismus — es wird ungestraft gemordet und zerstört, die Denunziation wird gefördert, die Gedanken und die

und ist der Auffassung, daß es unerlässlich ist, eine breite, internationale Solidaritätsbewegung ins Leben zu rufen, welche die verschiedenen Kräfte sammelt, die dem chilenischen Volk helfen wollen, seine Freiheit zurückzuerobern. Die Konferenz ruft dazu auf, diesem Volk schnellste, allseitige und wirksame moralische, politische und materielle Hilfe zu gewähren.

Die Menschheit fordert: Schluß mit dem Blutvergießen. Schluß mit dem Morden und den Verfolgungen. Öffnet die Gefängnistore, macht Schluß mit den Folterungen und besiegt die Konzentrationslager. Achtung der Menschenwürde, der geistigen und kulturellen Werte. Freiheit für das chilenische Volk. Die faschistische Junta muß sich für ihre Verbrechen vor dem Gericht des Weltgewissens verantworten. Die Völker werden unverzüglich und energische Unterstützung für den Widerstand und den Kampf des chilenischen Volkes bis zum unvermeidlichen Sieg mobilisieren.“

Kultur werden verfolgt, Bücherverbrennungen auf den Straßen vorgenommen, zügellos werden Menschen gejagt und gefoltert, in Konzentrationslager geworfen, in zahllose Wohnungen wird eingebrochen. Kein Mensch mit Würde und Gewissen kann solche Grausamkeiten dulden.

... Die Konferenz macht sich zum Sprecher der gemeinsamen Bestrebungen

Junta von Pentagons Gnaden



Unidad Popular organisiert den Kampf des Volkes

Jorge Marianov, Vertreter des Zentralkomitees der KP Chiles und Sekretär des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ), berichtete auf einem Treffen zur Organisierung der Solidaritätsaktionen in der BRD, zu der das Anteil imperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) eingeladen hatte, über die aktuelle Situation in Chile.

Wir bringen Auszüge aus seinem Bericht vom 15. 9. 1973 in Bonn:

Die Unidad Popular (UP) hat bereits Wochen zuvor die akute Gefahr des Putsches erkannt und der reaktionären Verschwörung die Parole „Nein zum Bürgerkrieg“ entgegengestellt.

Heute gibt es keinen Zweifel mehr darüber, daß der US-Imperialismus hinter diesem Putsch steht.

Die Junta versucht, mit faschistischen Terrormethoden jeden Widerstand zu ersticken: Arbeiterwohnviertel und Betriebe wurden bombardiert, Tausende von UP-Anhängern erschossen, Tausende in KZs interniert.

Aus den uns bekannten Plänen der Putsch-Generale und faschistischer Organisationen geht hervor, sie wollten innerhalb von 24 Stunden sämtliche Führungskräfte der Regierung, der Parteien der UP, der Gewerkschaften, der Bauern-, Jugend- und Studentenverbände gefangennehmen und liquidieren, um damit der demokratischen Bewegung den Kopf zu nehmen. Das ist ihnen nicht gelungen. Die Generalsekretäre der Kommunistischen und Sozialistischen Partei sowie die Vorsitzenden der anderen Parteien der UP, die Führer der Massenorganisationen, konnten nicht gefaßt werden. Sie organisieren den Widerstand aus dem Untergrund.

In Argentinien, nahe der chilenischen Grenze, hat sich die Patriotische Front der Volkseinheit gebildet, der u. a. folgende erfahrene Führungskräfte der UP angehören:

der Bergbauminister der UP-Regierung, Arrate (SP), der nationale Führer des zentralen Gewerkschaftsverbandes, Onzales (KP), und das Präsidiumsmitglied der MAPU, Devega.

In vielen Städten Chiles ist der organisierte Widerstand sehr stark. In einigen Städten hat er sich zugunsten der Kräfte der UP und der patriotischen Teile der Armee gewendet. Einige der wichtigsten Regimenter der Armee haben sich auf die Seite der rechtmäßigen Regierung der UP gestellt.

Wenn wir die Möglichkeit des Sieges der demokratischen Bewegung im Auge behalten, dann ist es von Bedeutung, daß es in der Armee doppelt so viele Waffen wie Soldaten gibt. Dies ermöglicht eine umfassende Bewaffnung der Arbeiter- und Volksmassen vor allem über die Gewerkschaften. In vielen vor allem verstaatlichten Betrieben wurden die Arbeiter militärisch ausgebildet, da wir wußten, was auf uns zukommen würde. In keinem Fall war das Volk auf die Organisierung von Widerstandsmaßnahmen unvorbereitet.

Die bürgerlichen Parteien gaben im ersten Moment ihre volle Zustimmung zu dem Putsch. Jetzt stehen sie vor sehr ernsten Problemen, weil die überwiegende Mehrheit der Volksmassen die

Putschisten entschieden bekämpft. Das gilt weniger für die Partei der Großbourgeoisie und des Großgrundbesitzes, die Nationalpartei, die ganz klar faschistische Positionen vertritt.

Die Führung der Christdemokratischen Partei (CDP) gab zu Anfang eine unterstützende Erklärung heraus mit der Begründung, die Ursache und zugleich Begründung des Putsches sei die von der UP verschuldete marxistische Unordnung. Das Militär wolle die Macht nicht für sich, sondern für das Volk. Aber nur drei von sechs Präsidiumsmitgliedern der CDP hatten diese Erklärung unterzeichnet. Die zwei gewerkschaftlichen Präsidiumsmitglieder und der frühere Sekretär der CDP, Juanta Alba, aber traten offen gegen den Putsch auf. So auch der Gegenkandidat Allendes von 1970, R. Tomic. Das bedeutet faktisch eine Spaltung der CDP. Ihre Arbeiterbasis nimmt teil am Widerstandskampf in den Industriegütern. Ferner hat sich auch der Kardinal Chiles, Silva, offen gegen die Putschisten ausgesprochen.

Es ist sehr wichtig, darüber zu informieren, daß die rechtmäßige Regierung der UP und die sie tragenden Parteien heute in der vordersten Linie des Kampfes gegen die faschistischen Kräfte und den Imperialismus stehen.

Die Zeit arbeitet zugunsten des Kampfes der Unidad Popular!

Der Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik kommt die Aufgabe zu, durch konkrete Forderungen und Massenaktionen Druck auf die Bundesregierung auszuüben, um die Anerkennung und Unterstützung der Junta durch die BRD zu vereiteln.

Die materielle Solidarität mit dem chilenischen Volk muß verstärkt werden!



Jorge Marianov (4. v. l.) auf dem Düsseldorfer Flughafen (rechts Sparta-kus-Vorsitzender Christof Strawe).

Die Volkseinheit – ein gescheitertes Experiment?

Im Dezember 1972 klagte Präsident Allende in seiner Rede vor der UNO die International Telephone and Telegraph Company und die Kannecott Corporation: „Die ITT ... plante wirtschaftliches Chaos, diplomatische Sabotage, wollte Panik unter der Bevölkerung und Auflösung von Ruhe und Ordnung vorantreiben, so daß das Heer veranlaßt würde, eine demokratisch gewählte Regierung zu stürzen und eine Militärdiktatur zu errichten ... Vor dem Gewissen der Welt klage ich an: Die ITT beabsichtigt, in meinem Vaterland den Bürgerkrieg zu entfachen.“

Warum läßt man jenen, von der bürgerlichen Presse als ernsten, feingeistigen Menschen geschilderten Pinochet diese wohl grausamsten Massaker veranstalten, Bücher verbrennen, Massenverhaftungen durchführen — kurz, zu offenem, faschistischem Terror greifen? Sicher, da sind Profitraten von über 200%, etwa für Kannecott — aber hier geht es um mehr. Der Schreck, der der Bourgeoisie am 5. September 1970, nach dem Wahlsieg Allendes, in die Glieder fuhr, röhrt nicht zuletzt von der „ansteckenden Wirkung auf die anderen Lateinamerikanischen Länder“ her. Die „Baltimore Sun“ spricht von einer „vernichtenden Niederlage der Vereinigten Staaten in Lateinamerika“.

Das Beispielhafte, Gefährliche an Chile, das die Reaktion mit aller Gewalt zu ersticken sucht, ist nicht ein neuer, anderer Weg zum Sozialismus, sondern die Bestätigung der Lehren, die die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern gesammelt hat: Nur die Einheit des Volkes kann den Imperialismus besiegen.

Für diese antiimperialistische Volkseinheit waren die Bedingungen in Chile besonders günstig. Die Geschichte der Volksfront geht in Chile bis in das Jahr 1938 zurück. In Rückschlägen und Siegen, im illegalen Kampf (die KP wurde 1948 verboten) in Streiks und bewaffneten Auseinandersetzungen hat sich vor allem die Verbindung der Arbeiterparteien, der sozialistischen und kommunistischen Partei auf allen Ebenen gefestigt.

1969 stellte sich Allende in einem Land zur Wahl, das nach 5 Regierungsjahren des Präsidenten Frei vor den gleichen Problemen wie seit Jahrzehnten stand: buchstäblich Hunger und Elend der Arbeiter und armen Bauern, Ausbeutung der Reichtümer und der Arbeitskraft des Lan-

des durch Großgrundbesitzer und ausländisches Kapital.

In dieser Situation suchten 6 Parteien ein gemeinsames Programm für einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten. Sie wollten Arbeiter, Bauern und Mittelschichten für ein Programm gewinnen, das die Befreiung von imperialistischer Abhängigkeit von der Macht der Großgrundbesitzer bringt und die Lebensbedingungen der Chilenen entscheidend verbessert. So wird der Weg zu einer nichtkapitalistischen Entwicklung mit einer weitgehend nationalisierten Industrie und schließlich zum Sozialismus eröffnet. Schon im Wahlkampf der Unidad Popular (UP) zeigte sich: Dieses Programm wird von den Massen getragen. Die UP ist kein Wahlbündnis zwischen verschiedener Parteispitzen: Es waren die UP-Ausschüsse, die Unterschriften sammelten, den Wahlkampf begannen und von den Parteispitzen die Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten verlangten. Besonders die „Brigadas ramona para“ — Einheiten der UP — taten sich im Wahlkampf hervor.

Die sehr enge Verbindung der sozialistischen und kommunistischen Parteien in Chile auf der Ebene der Leitungen ebenso wie der Grundorganisationen ist sicher eine günstige Voraussetzung für die Volkseinheit, wie wir sie gegenwärtig in keinem anderen kapitalistischen Land antreffen. Sie ist der Kern der Einheit des Volkes. Die Bedeutung dieses Faktors fiel schon unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen ins Gewicht: Entgegen den Behauptungen reformistischer Ideologen, war mit dem Wahlsieg Allendes keineswegs der Weg für die UP-Regierung frei: Daß die bürgerliche Kongreßmehrheit, gegen die Allende ja regieren mußte, seine Wahl verfassungsmäßig

vollzog, war ein entscheidender Sieg des Volkes.

Die Christdemokraten sahen sich zur Bestätigung Allendes gezwungen, da die Parteien der UP, ihre 15 000 Ausschüsse, keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit ließen, andernfalls die Fabriken und Ländereien, die Büros und Universitäten zu besetzen. Die mächtige Einheitsgewerkschaft der chilenischen Arbeiter, die CUT, mit ihren 900 000 Mitgliedern war entschlossen, zum Generalstreik aufzurufen, sobald sich ein Gewaltstreich abzeichnen sollte.

Noch stand der Wille des Volkes gegen die Macht des Großgrundbesitzes und der ausländischen Konzerne, noch waren Staatsapparat und Armee nicht gewonnen, verfügte die Bourgeoisie über ihren ausgebauten Apparat der ideologischen Beeinflussung.

Daß es der UP damals gelang, gegen die bürgerliche Parlamentsmehrheit, ange- sichts faschistischer Terrorrie, Demonstrationen, dem Versuch, die Armee durch das Attentat auf den Oberbefehlshaber Schneider zum Putsch zu bewegen, angesichts des Versuchs, die Wirtschaft durch Kapitalflucht und Sabotage zu ruinieren, die Macht zu behaupten, war das Ergebnis des gelungenen Versuchs, den Hauptfeind zu isolieren und alle anderen politischen Kräfte zunächst zu neutralisieren.

Die Erfolge des Programms der UP wurden nun für die Massen greifbar: Spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen, schlagartige Anhebung der Löhne, trotz des vom Ausland und der Oberschicht angeheizten Kaufkraftschwunds, Aufteilung des Großgrundbesitzes an die Campesinos, Nationalisierung der großen Kupferminen und Banken.

Diese Maßnahmen konnten natürlich nicht durch den alten Staatsapparat erzwungen und durchgesetzt werden, sondern nur durch die Organe der Volkseinheit. Nur ihre Präsenz in jedem Betrieb kann den Ausbau des staatlichen Sektors sichern. So entstanden von der UP Selbstschutzkomitees in Siedlungen gegen Meutereien und Faschismus und Betriebskomitees in dem verstaatlichten Sektor. Neben der massenhaften freiwilligen Arbeit, der Neuererbewegung, den politischen Massendemonstrationen, zeigte die

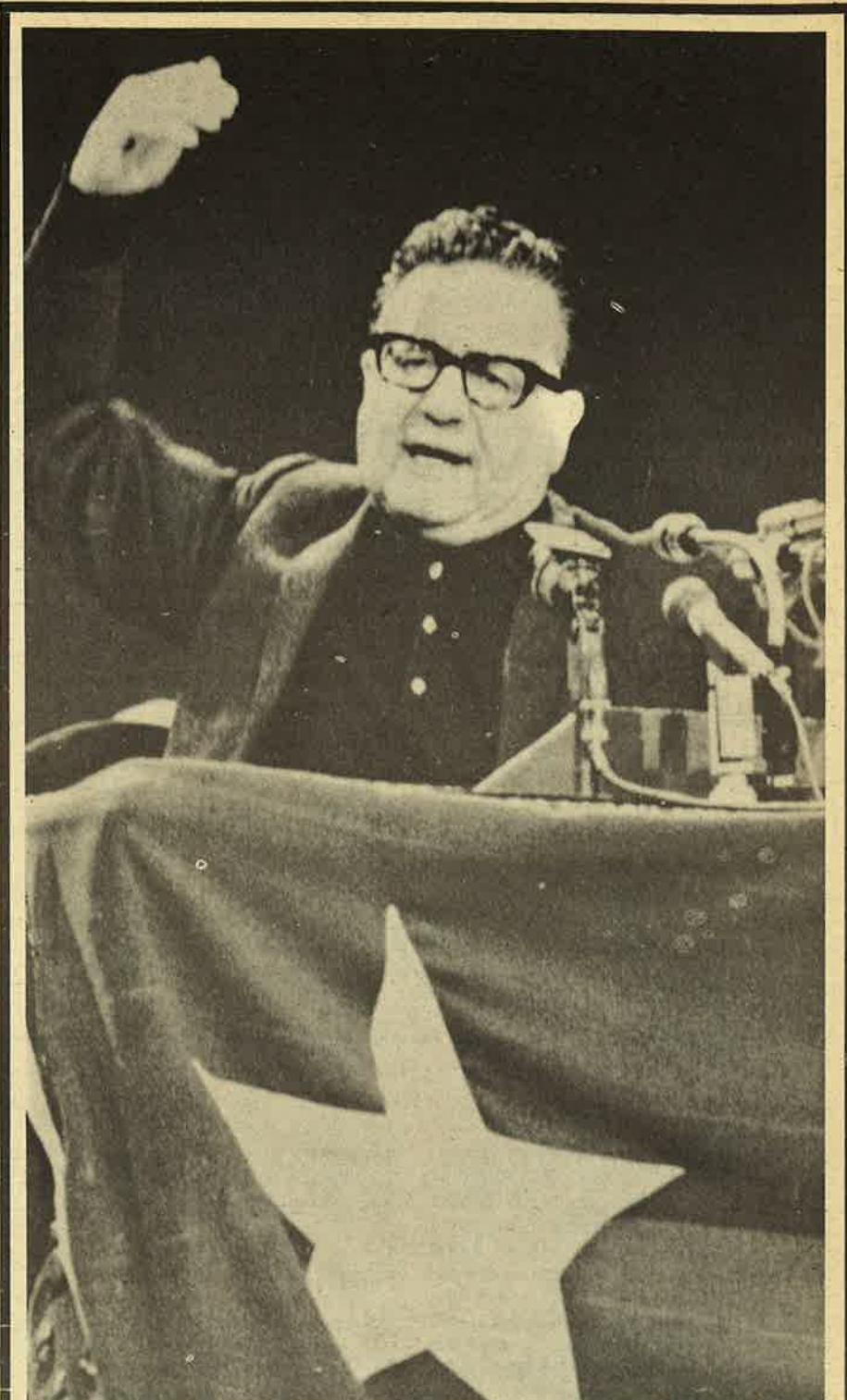
Bereitschaft, notfalls bewaffnet den endlich erreichten Fortschritt zu verteidigen, die neue Qualität der Einheit des Volkes an.

Auf dem Land liegt die Planung und Durchführung der Agrarreform in den Händen der Bauernräte. Die Räte für Versorgung und Preiskontrolle werden für die gerechte Verteilung der Waren gegen Warenhortung, Schmuggel und Wucher selbst exekutiv tätig. Ohne diese gesellschaftlichen Machtorgane wären tiefgreifende Veränderungen gegen ein Parlament, die Justiz, ohne die Unterstützung der Exekutive nicht möglich gewesen.

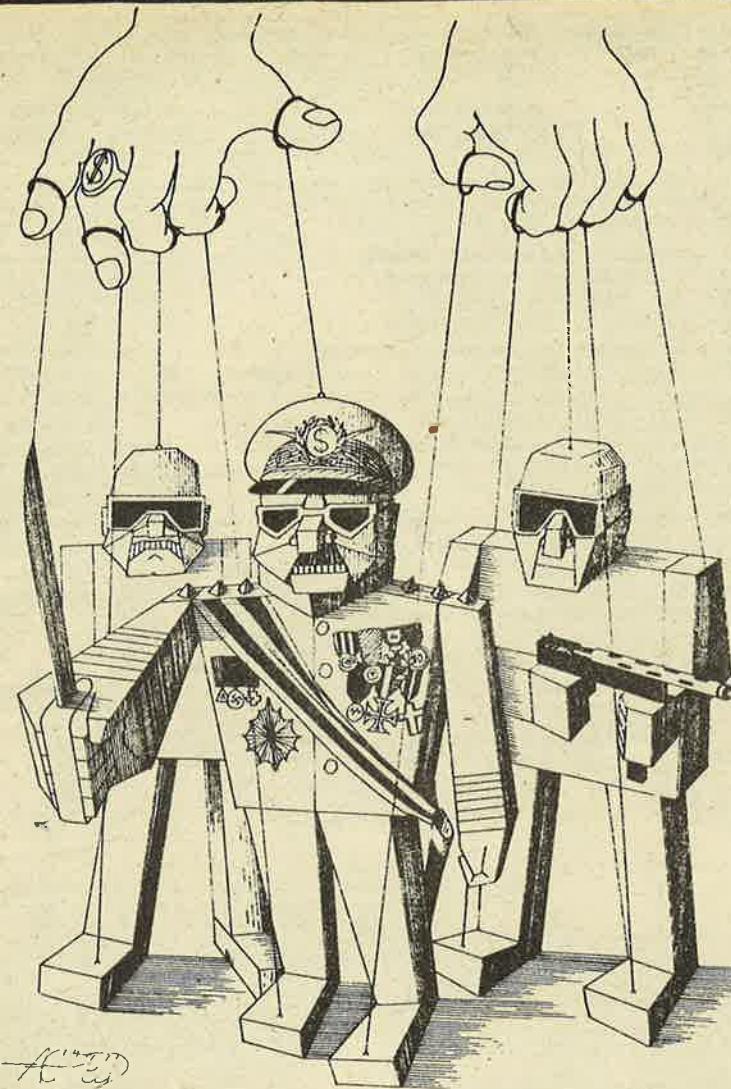
Natürlich wurde das Stillhalten der Kräfte, die die Volkseinheit ablehnten, mit Zugeständnissen erkauft. So wäre es sicher nicht möglich gewesen, die Armee zu entwaffnen, ohne dadurch den Bürgerkrieg zu provozieren — einen Krieg zwischen einer modern bewaffneten Berufsarmee und Revolutionären mit Gewehr und gutem Willen. So war es völlig richtig, diese hoffnungslose Auseinandersetzung zu vermeiden und statt dessen die Organe des Volkes, seine Räte etc. zu festigen und seine Positionen soweit auszubauen, bis eine grundsätzliche Umgestaltung der Staatsmacht möglich wird, bis entscheidende Positionen auch in der Armee erobert sind.

Das Volk Chiles, seine Regierung, die UP, waren also alles andere als wehrlos (vgl. Thesen der KP Chiles zu ihrem 15. Parteitag in Facit 31). Es war weder die bürgerliche Exekutive noch die Armee, worauf sie ihre Macht begründete. Das Beispielhafte an Chile, die Lehren der UP, sind ja nicht, daß sie versuchten, mit parlamentarischen Mehrheiten die antiimperialistische Revolution durchzuführen, sondern daß sie versuchte, das Volk mit antiimperialistischer Stoßrichtung zu vereinigen, und so den Weg zur Revolution zu öffnen und zugleich einen Bürgerkrieg zu vermeiden.

Solange der Imperialismus seine ökonomische Ausbeutung dieser Länder mit den Mitteln äußerster politischer Gewalt aufrechterhalten kann, solange er entscheidenden Einfluß auf den politischen und militärischen Apparat dieser Länder gewinnen kann, müssen die antiimperialistischen Kräfte mit Rückschlägen rechnen. Die von der US-Armee ausgebildeten chilenischen Militärs sind sich wohl bewußt, daß sie gegen ihr Volk handeln, daß sich nicht nur dessen Haß gegen sie richten wird, sondern sein organisierter Widerstand. Das Beispielhafte, der Erfolg von über 3 Jahren, läßt sich nicht an einem Tag, nicht in einer Woche, auch nicht in Monaten beseitigen. Das ist die Erfahrung, daß das geeint handelnde Volk innerhalb kürzester Zeit spürbare Verbesserungen erkämpfen kann, daß es den Weg zum Sozialismus öffnen kann. Das Volk hat seine Macht gespürt. Die chilenische Reaktion, die Imperialisten in aller Welt, werden das Fürchten nicht verlernen.



Ich vertraue in Chile und in seine Zukunft. Andere Männer werden diesen grauen und bitteren Augenblick, da der Verrat sich ausbreiten will, überwinden. Ihr sollt wissen, daß sich früher oder später die breiten Alleen öffnen werden, durch die der freie Mensch geht, um eine bessere Gesellschaft aufzubauen. Es lebe Chile. Es lebe das Volk! Es leben die Werk-tägigen!



1954: Guatemala

Die USA inszenieren eine offene militärische Intervention gegen die Republik Guatemala. Dort hatte eine demokratische Volksbewegung unter aktiver Teilnahme der 1949 gegründeten Partei der Arbeit Maßnahmen gegen die Privilegien der Großgrundbesitzer, der Kirche und der USA-Monopole eingeleitet. Anlaß zur militärischen Intervention der USA wird die Durchführung einer Agrarreform, die den Grundbesitz der United Fruit Company zu drei Vierteln enteignet. Mit Hilfe der USA werden die sozialen und politischen Errungenschaften der Revolution beseitigt und die demokratischen Kräfte verfolgt.

1961: Kuba

Konterrevolutionäre Exilkubaner fallen mit Unterstützung der USA-Regierung in die Republik Kuba ein (Landung in der „Schweinebucht“). Ihr Ziel ist der Sturz der Regierung Fidel Castro, die Vernichtung der progressiven Ordnung und die Unterwerfung Kubas unter die Vorherrschaft des USA-Imperialismus. Die USA-Regierung fürchtet das sozialistische Kuba „vor der

Haustür der USA“ als Beispiel für den Befreiungskampf der anderen lateinamerikanischen Völker. Die Invasion wird von der kubanischen Armee abgewehrt, die Aggressoren werden zerschlagen.

1962: Kuba

Der USA-Imperialismus errichtet eine militärische Blockade gegen die Republik Kuba. Sein Ziel ist die Brechung des Abwehrwillens des kubanischen Volkes und der Sturz der Regierung Fidel Castro. Es kommt zur „Krise im karibischen Raum“, die den Weltfrieden bedroht. Infolge der konsequenten und solidarischen Haltung der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten muß sich die USA-Regierung verpflichten, die militärische Blockade gegen Kuba aufzuheben und die Souveränität Kubas zu achten. Die akute Bedrohung des Weltfriedens wird abgewendet.

1964: Panama

Im Januar 1964 richten USA-Truppen ein Blutbad unter demonstrierenden Studenten

Direkte militärische Aggressionen des Imperialismus allein in Südamerika in den letzten 20 Jahren

an. Eine breite Volksbewegung fordert die Nationalisierung der Kanalzone.

1965: Dominikanische Republik

USA-Truppen fallen in die Dominikanische Republik ein, um die durch freie Wahlen an die Macht gelangte fortschrittliche Regierung zu stürzen. Die amerikanische Regierung unter Lyndon B. Johnson fürchtet die Entstehung eines „zweiten Kubas“. Nachdem eine USA-hörige Regierung an die Macht gebracht worden ist, ziehen die USA ihre Interventionstruppen zurück.

1969: Anquilla

Anfang 1969 landet eine britische Fallschirmjägereinheit auf der im Karibischen Meer gelegenen Insel Anquilla. Die Interventionen überraschen die 6000 Einwohner im Schlaf. London hatte die Aggression veranlaßt, nachdem britische Kolonialbeamte von der Insel gejagt worden waren.

Junta-Presse in der BRD

Vom ersten Tag der UP-Regierung an verbreitete auch die westdeutsche große Tagespresse die Mär von der „sozialistischen Mißwirtschaft“ in Chile und trug so ihren Teil dazu bei, die Volksmacht in Chile zu untergraben. Kein Wunder also, daß sofort nach Bekanntwerden des Putsches gerade dieses Thema, natürlich unter Auslassung und Verdrehung von Tatsachen, zur Rechtfertigung des Putsches herbeigezogen wurde.

Glaubt man „BILD“, „WELT“ oder auch der „seriösen“ FAZ, so ist ein „blühendes Land“ durch „marxistische Mißwirtschaft“ in den Ruin geführt worden. Die Tatsachen widerlegen diese Verdrehung.

Chile war beim Machtantritt der UP kein „blühendes Land“ — im Gegenteil: mit 4 Mrd. US-Dollar hatte Chile trotz seiner ungeheuren Naturreichtümer die höchste Prokopf-Auslandsverschuldung der Welt. Unter der christdemokratischen Frei-Regierung betrug das Wachstum des Prokopf-Einkommens der Bevölkerung 2 % pro Jahr, während es in den ersten zwei Jahren der UP-Regierung beträchtlich stieg. Die Zahl der Arbeitslosen sank von 8,3 % 1970 auf 2,3 %; es sank ebenfalls die Säuglingssterblichkeit; die Reallöhne der untersten Schichten stiegen um 40 %, die der übrigen Arbeiterklasse um 20 bis 25 %. Was den angeblichen „Dilletantismus“ der UP-Führung angeht, so sei hier nur angemerkt, daß u. a. die Unterauslastung der Produktionskapazitäten bestätigt wurde.

Daß dennoch wirtschaftliche Schwierigkeiten auftraten, lag nicht an der UP, sondern an der von der FAZ z. B. bestrittenen Sabotage in- und ausländischer Monopole:

1. In den zwei Monaten zwischen Wahlsieg und Machtantritt der UP fand eine gewaltige Kapitalflucht statt, ohne daß die damals noch amtierende christdemokratische Regierung Frei etwas dagegen unternahm. 500 Mio US-Dollar wurden ins Ausland transferiert, so daß die UP bei ihrer Regierungsübernahme vor halbleeren Devisenkassen stand.

2. Die bis zum Antritt der Regierung Allende in den für Chile lebenswichtigen Kupferbergwerken (60 % des Staatshaushalts) tonangebenden US-Ingenieure und Produktionsleiter nahmen die notwendigen technischen „Schlüssel“ mit, so daß die Produktion fast zum Erliegen kam. Die enteigneten US-Kupferkonzerne Kenecott und Anaconda ließen in der ganzen Welt chilenisches Kupfer beschlagnahmen. Und was die bürgerliche Presse ebenfalls verschweigt: auch während der Regierung Frei war die Kupferproduktion trotz kräftiger Investitionen nicht gestiegen.

3. Die Versorgungsmängel waren nicht das Ergebnis von fehlendem wirtschaftlichen Sachverstand: 70 % des Distributionssektors lagen in privater Hand, es wurde gehortet und gehamstert. War die Agrarproduktion im ersten Jahr der UP noch um 6 % angestiegen, so ging sie im 3. Jahr um 23 % herunter — Folge des Fuhrunternehmerboykotts im Oktober des vorangegangenen Jahres, durch den die Aussaat behindert worden war.
4. Kredite wurden von den meisten westlichen Ländern nicht gewährt. Statt dessen wurden entgegen der früheren großzügigen Praxis bei den Umschuldungsverhandlungen nur 70 % der Gesamtschulden vom größten Gläubiger, der USA, storniert; ein Aufschub wurde von Modifikationen bei der Entschädigung der Kupfermonopole abhängig gemacht.

Wird in der Berichterstattung über die wirtschaftliche Lage in Chile noch versucht, den Eindruck von Sachlichkeit und Objektivität zu wahren, so rechtfertigt die bürgerliche Presse in ihrer politischen Einschätzung ganz offen den Putsch. Gerade diejenigen, die sich bei uns zu „Verfassungshütern“ aufspielen und Kommunisten und aktive Demokraten als „Verfassungsfeinde“ verleumden, sind, wenn erst einmal die eigenen Interessen in der Substanz bedroht sind, nicht mehr so zimperlich im Umgang mit der Verfassung. Auch am Beispiel Chile zeigt sich wieder einmal: Verfassungsfragen sind Machtfragen, sind Klassenfragen! Und darum wird auch hier von dieser Frage abgelenkt, die moralisch wie verfassungsrechtliche Schuld der UP zugeschoben:

„(die linke Legendenbildung) ändert aber nichts an der historischen Rechtfertigung eines Umsturzes aus der Notwendigkeit heraus, die verfassungsmäßige Ordnung im Lande wiederherzustellen und Chile vor noch größerem Unheil zu bewahren. Der Terror gewann die Oberhand in dem vormals friedlichsten Land Lateinamerikas. Weil die Vernunft unter dem Allende-Regime verloren ging, brach die Gewalt sich Bahn.“ (Die Welt am 13. 9. unter der Überschrift „Ende einer Selbstzerstörung“)

Nachrichten selbst der bürgerlichen Nachrichten-Agenturen und Korrespon-

denten über den brutalen Terror der Junta gegen den vom ersten Tag an äußerst zähen Widerstand der kämpfenden chilenischen Arbeiter und Bauern, über die Massenverhaftungen und Massenliquidierungen, werden einfach unterschlagen oder eine geringere Glaubwürdigkeit zugebilligt als den offensichtlichen Junta-Lügen. FAZ am 17. 9.:

„Entgegen früheren Schätzungen, die von mehreren tausend Toten sprachen, sollen nach Angaben von General Augusto Pinochet weniger als hundert Menschen seit dem Ausbruch des Putsches getötet worden sein.“

Ja, bereits wenige Tage genügten großen Teilen der bürgerlichen Presse, die Situation in Chile für den Hausgebrauch in einer „Ordnungs-Hüter contra Linksexremisten à la Baader-Meinhof“-Schablone zu pressen: vom „erbitterten Widerstand bewaffneter Arbeiter“ über „vereinzelten Widerstand von Allende-Anhängern“ hin bis zu „vereinzelten Schießereien der Ordnungskräfte mit Linksexremisten und Heckenschützen“ führte die Entwicklung des Vokabulars.



Inzwischen ist die Junta-Tagespresse in der BRD nicht mehr unter sich. Die neue Tageszeitung der DKP, die UZ, erschien bereits am Sonnabend nach dem Putsch mit aktuellen Meldungen und Kommentaren zum Putsch und zur Solidaritätsbewegung in ihrer Null-Nummer.

hochschule

HRG-Regierungsvorlage

Kampf dem Hochschulreaktionsgesetz

„Die Stätten freier Forschung und Lehre dürfen nicht in politische Kampfstätten umfunktioniert werden.“ Von Willy Brandt stammt dieser Satz; inzwischen findet er sich auf Plakaten des Bundes Unfreiheit der Wissenschaft wieder. Nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil über die Mitbestimmung an den Hochschulen und dem Hochschulrahmengesetz scheint der „Sachverständ“ wieder an den Hochschulen zu triumphieren. Jener „Sachverständ“, unter dessen Mantel immerhin hurra-patriotische, arbeiterniedermetzelnde Studenten und Hochschullehrer der Freicorps 1918/19, dem Faschismus blindergebene und für den kalten Krieg fungible Hochschulangehörige hervorkrochen. Jede Lüge, wie die Kriegsschuldlüge der deutschen Historiker in den goldenen zwanziger Jahren, durfte da geglaubt werden, wenn sie nur von einem etablierten Wissenschaftler stammte.

Wenn diese Herrschaften von Entpolitisierung und Entideologisierung reden, dann wisse: Sie verschärfen die politische Unterdrückung und ideologische Indoktrinierung der Massen.

Hochschulrahmengesetz heißt — Verschärfung des Klassenkampfes von oben gegen die Studentenbewegung. Gegenmittel gegen das Gift für die Herrschaft des Großkapitals, die linken Lehrer, Journalisten, Ärzte, Studenten usw., sind: Einschränkung der freien politischen Betätigung (durch das Ordnungsrecht, das Verbot des politischen Mandats der ASten, Fachschaften und des vds) und der Einflussmöglichkeiten der Studenten und auch der Gewerkschaften an Forschung und Lehre (siehe Mitbestimmungsverurteilung durch das BVG und die Friedenspflicht der Gremienvertreter).

Richard Löwenthal, SPD und BuF, sieht als große Gefahr, den „Verfall der Inhalte der allgemeinen Lehre“. „Denn eines der Hauptprobleme, das vor der BRD in den kommenden Jahren und Jahrzehnten steht, wird die dauernde geistige Auseinandersetzung mit dem anderen deutschen Staat sein.“

Das, was bei den Löwenthals als Staatsverdrossenheit, Verlust des Geschichts- und Identifikationsbewußtseins, Antiamerikanismus erscheint, ist nichts als der Ausdruck der tiefen Krise der bürgerlichen Ideologie, des wachsenden Einfluß

des Marxismus und der antiimperialistischen Bewegung.

Da die spätbürgerliche Ideologie der offenen Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus nicht gewachsen ist, sieht die Formierungspolitik der Herrschenden wie das HRG im besonderen als Hauptmethode die administrative Absicherung des reaktionären Meinungsmonopols der herrschenden Klasse vor. Auswahl der Hochschullehrer durch die Professoren, an die Kette der Professoren gelegte Tutores, Berufs- und Berufungsverbote für Kommunisten und andere demokratische Wissenschaftler, charakterisieren diese Methode. Flankierend dazu wird der Antikommunismus, das Herzstück bürgerlicher Ideologie, verstärkt, werden Anstrengungen unternommen, imperialistische Ausbildungsinhalte aufzupolieren, subtiler zu gestalten.

Die Studienreform wird deshalb Herzstück genannt, weil der Kern kapitalistischer Ausbildung in dem Output einer für das Kapital nützlichen und systemtreuen Intelligenz besteht und hier einiges im argen liegt.

Mit der steigenden Zahl von Intellektuellen und Wissenschaftlern müssen diese stärker kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten unterworfen werden. Das bedeutet: die Masse der Studenten wird zur Verrichtung abhängiger Arbeit ausgebildet, ihre Qualifikation auf das Niveau von

Rezepte anwenden gedrückt. Eine kleine Elite darf die Rezepte machen, nach denen über das Volk regiert wird.

Die Anpassung des Studiums an die Profitinteressen der privaten Großkonzerne, die damit verbundene Abhängigkeit und Dequalifizierung für wachsende Teile der Intelligenz kennzeichnen auch den Entwurf des Hochschulrahmengesetzes. Um die abhängig arbeitende Intelligenz sozialpsychologisch auf ihre Stellung in der Gesellschaft vorzubereiten und ideologische Herrschaftssicherungsprobleme auszuschalten, wird der Druck durch Prüfungen und Pflichtwochenstunden erhöht. Die 40 Pflichtstunden, die bald zur Regel werden sollen und die nachfolgende Schlaffheit werden dem Studenten schon die Soziologie austreiben.

Dohnanyis Lieblingswort ist zur Zeit „Entrümpelung“. Das klingt gut. Nur Konservative können etwas dagegen haben. Doch Dohnanyis Entrümpelung hat gleich mehrere Haken.

Wissenschaftliche Qualifikationen sollen beschnitten werden. (S. dazu auch die beabsichtigte weitgehende Trennung von Forschung und Lehre.)

Durch die weitestmögliche Eliminierung von Ideen und kulturgeschichtlichen Elementen in der Ausbildung und die Fetschisierung der unmittelbaren Berufspraxis, werden ungeschichtliches Denken und geistige Verarmung begünstigt.

Die Beschränkung vor allem linker Sozialwissenschaft führt zu einer verkürzten fachbornierten Ausbildung.

Da Aufrüstungsverteidigungsminister Leber im Auftrag von Krauss-Maffei, MBB, Flick etc. den Feind aus dem Osten wiederentdeckt hat, die Rüstungsausgaben also steigen und das Wachstum unserer Wirtschaft „staatliche Finanzspritzen“ erfordert, sieht es mit dem Ausbau des Bildungswesens nicht so rosig aus.

Um die materielle Misere besser zu verwalten, hat man sich einiges einfallen lassen,

— die Regulierung der Studenten- und

- Schülerströme durch ein ausgeklügeltes System des NC,
- die Studienreform als Kapazitätspolitik. (Kurzstudiengänge, Regelstudienzeit und innerer NC sollen die Durchlaufgeschwindigkeit für die Studenten erhöhen),
- die Einpassung der Hochschulen in die Finanzplanung von Bund und Ländern. Damit einher geht die weitestmögliche Ausschaltung der Hochschulautonomie. In Zukunft bestimmt der Planungsausschuß nach dem Hochschulbauförderungsgesetz in seinem Rahmenplan was, wie, wo gebaut, erweitert oder abgerissen wird.

Zur Bewältigung der genannten Probleme braucht die herrschende Klasse Stärkung des staatlichen Dirigismus und der Repression, das HRG.

Das HRG ist die zentrale aber unverzichtbare Formierungsmaßnahme für das Großkapital. Es hat dementsprechend einen reaktionären Charakter. Es widerspricht den Interessen der Arbeiterklasse und der Studenten.

Die systemkritische Studentenbewegung ist herausgefordert. Sie muß die Bedingungen für freie politische Betätigung und organisiertes Handeln durchsetzen. Aushöhlungsversuche der verfaßten Studentenschaft und Ordnungsrechtsmaßnahmen müssen durch die Solidarität aller Studenten durchkreuzt werden. Gegen die Abwälzung des materiellen Bildungs-

notstands auf die Betroffenen müssen sich diese — Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge, Schüler und Studenten — vereinigen und die Verantwortlichen zur Verantwortung ziehen. Der sozialen Demontage durch die Monopole ist entgegentreten, die Rüstung und die Profite sind der Steinbruch, aus dem die Mittel zur Reform geschlagen werden.

Eine wissenschaftliche demokratische Ausbildung ist gegen die Reglementierungspolitik durchzusetzen. Der Vormarsch fortschrittlicher, marxistischer Ideen läßt sich auch durch Verbote nicht aufhalten.

Eine starke, zentrale Bewegung gegen das HRG ist nötig,

- um durch den Druck des Massenkampfes einige wichtige Verbesserungen zu erzielen. (So etwa die bundesweite gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft und Sitzungsautonomie, Beitragshoheit und politisches Mandat),
- um die Bündnisse von Arbeitern, Studenten, Schülern und Lehrlingen zu erweitern und zu festigen, um die Verbindung von Studentenbewegung zur Arbeiterbewegung zu stärken.

Dies ist eine Voraussetzung für den längerfristigen Erfolg. Als Grundlage für die Bündnisse mit den Organisationen der arbeitenden Bevölkerung, den Gewerkschaften, sind die 23 Thesen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Hochschulreform zu betrachten.

verBuFt..

Auf dem HRG-Hearing war der MSB SPARTAKUS in der glücklichen Lage, den Herren Ministerialen eine ihm zugespielte Stellungnahme des Bund Freiheit der Wissenschaft zum Dohnanyi-Entwurf vorzustellen. Bekanntlich hatte der BuF persönliches Kommen aus Protest gegen die Anwesenheit des Spartakus abgelehnt. Hier ein Auszug aus dieser Erklärung, der sich mit dem Problem der Zulassungsbeschränkung und Bedarfsregelung befaßt:

„... schließlich gibt es keinen Nulltarif für die Bildung. Und kollektivistische Gleichmacherei wird immer zu Leistungsnivellierung und -abfall führen.

Zudem gilt, daß falsch verstandene Bildungswerbung gleich dazu beiträgt, im Arbeiterstand den Sozialneid zu schüren. Hier kann eine Begründigung der bildungspolitischen Front nichts schaden.

Dennoch ist es die Aufgabe unseres Bildungswesens, alle Begabungen optimal zu fördern.

Deshalb wird man um einen weiteren Ausbau des Bildungswesens nicht herumkommen.

Der Bund Freiheit der Wissenschaft unterstützt dabei die Argumentation des Wissenschaftsministers von Dohnanyi, wenn er zur Bildungsförderung feststellt, daß es nicht darum gehe, die Monopolprofite zu beschneiden oder die Rüstungskosten zu senken, sondern dem Steuerzahler klarzumachen sei, was ihn erwarte.

Zu prüfen wäre, ob nicht ein Notgroschen des deutschen Volkes, der von allen Bürgern wöchentlich zu entrichten ist, dem Problem der Bildungsförderung Abhilfe schaffen könnte.

Der Bund Freiheit der Wissenschaft erachtet es — in Übereinstimmung mit dem HRG-Entwurf — als notwendig, die Studenten nicht an den Bedürfnissen der Wirtschaft vorbei auszubilden. Wir brauchen in der BRD kein akademisches Proletariat.

Und schließlich brauchen wir junge Männer, die für unsere Wirtschaft und unseren Staat etwas leisten, die streitbar die Grundwerte unserer Gesellschaftsordnung verteidigen und die sich in das Sozialgefüge unserer Gesellschaft einzuordnen wissen ...“

HRG-Hearing: Farce und Tragödie

Bei der Anhörung von so vielen Verbänden und Interessengruppen könnte nicht erwartet werden, daß alle Stellungnahmen berücksichtigt werden. Unterm Strich bleiben nur noch wenige Vorschläge. So etwa ein Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft auf dem Hearing zum HRG, er vergaß nur hinzuzufügen, welche Interessengruppen jeweils ihre Vorschläge und Vorstellungen durchsetzen und welche nicht. Unterm Strich bleiben nämlich die Forderungen des Bdi und des BdA. Gegen null geht die Berücksichtigung der Forderungen der Gewerkschaften und der Studentenverbände.

Diese Hearings sind Farce und Tragödie zugleich. Farce, weil sie vor allem die Funktion haben, den Massen Beteiligungs- und Mitverantwortungsvorstellungen einzureden. Tragödie, weil sie die Verkommenheit rechtssozialdemokratischer Hochschulreform aufzeigen.

Das BMBW sagt auch, warum es marxistische und andere fortschrittliche Studen-

ten- und Hochschulverbände zu solchen Hearings einlädt: „Für die Bearbeitung des Entwurfs ist es auch wichtig zu wissen, wer welche Argumente vertritt.“

Nichts destotrotz hat sich der MSB SPARTAKUS an diesem HRG-Hearing beteiligt und wird sich weiter an solchen Hearings beteiligen. Er wird sie zum Anlaß nehmen, seine Position darzustellen vor aller Öffentlichkeit. Er betrachtet Einladungen zu solchen Veranstaltungen als selbstverständlich und wird keinen Schritt zurückweichen vor den Angriffen der Reaktion, die den MSB in eine verfassungswidrige Ecke drängen wollen. Ein Verband, der entschieden für die demokratischen Grundrechte in unserem Land eintritt, hat auch das Recht, seine Auffassungen offen und uneingeschränkt zu vertreten.

Doch wir sind Realisten. Nur durch den demokratischen Massenkampf von Gewerkschaftern, Studenten und anderen Hochschulangehörigen können fortschrittliche Positionen erkämpft werden.

Ein Anfang wird gemacht

Am Abend des 8. Juni wird das Ergebnis der Urabstimmung bekanntgegeben: Für die Tübinger Studenten steht der Streikbeschuß.

5168 Kommilitonen haben sich an der Urabstimmung beteiligt. Davon stimmen 80 % mit JA für einen einwöchigen Streik gegen die Hahn'sche Hochschulgesetznovelle. Doch nicht einfach „Streik“ wird beschlossen, gleichzeitig verabschiedet die Urabstimmung positive demokratische Kampfforderungen:

- Keine Trennung in Kurz- und Langstudiengänge! Für eine qualifizierte Ausbildung für jeden, die die Einsicht in gesellschaftliche Konflikte einschließt!
- Verankerung der verfaßten Studentenschaft als umfassende politische und materielle Interessenvertretung der Studenten mit Finanz- und Satzungsautonomie!
- Gleichberechtigte Mitbestimmung für Lehrende, Lernende und „nicht-wissenschaftliche“ Mitarbeiter!
- Kein Ordnungsrecht! Keine Verschärfung des Hausrechts! Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf!

Zur Vorgeschichte der Urabstimmung

Im März 1973 legt das reaktionäre CDU-Kultusministerium von Baden-Württemberg eine Novelle zum Hochschulgesetz vor, inhaltlich ein Aufguß der bayerischen Kasernenhofordnung.

Der arbeiterfeindliche NC soll verankert, Regelstudienzeit und Kurzstudiengänge eingeführt werden, um das Studium für die Masse der Studenten zu reglementieren.

Bestehende Mitbestimmungsmöglichkeiten sollen abgebaut, den Arbeitern, Angestellten, Assistenten und Studenten jede Einflußmöglichkeit genommen werden.

Über „Studienreformkommissionen“ sollen dafür die „Sachverständigen“ der „Wirtschaft“ die Lehrinhalte an der Universität direkt bestimmen. Die verfaßte Studentenschaft soll politisch kastriert, das politische Mandat, Satzungs- und Finanzautonomie zerschlagen werden. Die Briefwahl soll für die Wahlen zu den Organen der verfaßten Studentenschaft obligatorisch sein.

Ordnungs- und Hausrecht sollen verschärft, dem Präsidenten und den Professoren z. T. polizeiähnliche Befugnisse zugesichert werden. — Hahn selber will sich die uneingeschränkte Aufsicht über das Ganze vorbehalten, die vom Wirtschaftsplan der Universität bis zur Besetzung jeder einzelnen Tuteurenstelle gehen soll.

Dieser Entwurf ruft die Empörung und den Protest der gesamten demokratischen Bewegung in Baden-Württemberg hervor. Studenten, der größte Teil der Assistenten, viele Arbeiter und Angestellte an

den Hochschulen, sind sich in ihrer Ablehnung der reaktionären Pläne einig.

STUDIERENDE der Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Teile der verfaßten Studentenschaft und extreme Gruppen versuchen unter dem Schutz des aus dem Arbeitskampf entstehenden Begriffs des Streiks eine Aktionswelle gegen die Novellierung des Hochschulgesetzes zu Eingriffen in Lehrveranstaltungen zu münden.

Die Initiatoren dieser Form des „Streiks“ behaupten, die Universität habe sich mit dem neuen Hochschulgesetz nicht hinreichend ausgestanden. Deshalb müsse man seine Interessen mit Kampftaktiken an der Universität verlieren.

Diese ist eine Verfälschung der Tatsachen und eine bereute Irrtümer der studentischen Öffentlichkeit.

Wahr ist, daß die Universität von Anfang an Diskussion und Zusammenarbeit mit der Studentenschaft gewünscht hat.

Dieser Streik dient nicht der politischen Auseinandersetzung.

Dieser Streik droht nur zu provozieren u. sätzliche Information zu verhindern.

Durch die Form dieses Streiks wird jede konstruktive Politik boykottiert.

Blenden Sie sich Ihr eigenes Urteil.

Die Universität bietet Ihnen an:

1. Podiumsdiskussion am 25. Juni 1973, 20 Uhr, Hörsaal 25 (Kupferbau)
Thema: Hochschulgesetznovelle

Diskussionsteilnehmer: Dr. Renate Hahn (CDU), MdL,
Roland Hahn (SPD), MdL,
Hildegard Ederle (FDP/DVP), MdL,
Eckhard Dr. Michael Kubis, Zweiter Vizepräsident der
Eberhard-Karls-Universität

Die Beteiligung an Tübingen ist so der Podiumsdiskussion freigestellt abgenommen.
2. Abgeordnete des Landtages und der Universitätsleitung stehen für zusätzliche
Diskussionen außerhalb der Lehrveranstaltungen zur Verfügung.

Inserate sollen Arbeiter gegen Studenten mobilisieren

Der DGB, die GEW und die UTV unterziehen das Machwerk einer vernichtenden Kritik, entwickeln einen positiven Forderungskatalog und kündigen Massenaktionen an.

In kürzester Zeit bilden sich z. T. sehr breite demokratische Bündnisse, die Aktion „Demokratische Hochschule“ in Tü-

bingen, Stuttgart, Freiburg und Mannheim. In Tübingen arbeiten mit: der AStA, die Assistentenschaft, die GEW-Hochschul- und Studentengruppe, der BDWi, der SPD-Ortsverein, der FDP-Kreisverband, die Tübinger DKP, die Jungsozialisten, die Jungdemokraten, der Arbeitskreis kritischer Juristen, die Katholische Hochschulgemeinde und der SPARTAKUS.

Wenig später erklären über 2000 Studenten ihre Unterstützung für die ADH. An einem Tag unterschreiben über 300 Tübinger Bürger die Forderungen der ADH. Der 10. Mai wird dann zum ersten Höhepunkt des Kampfes in Baden-Württemberg. Streiks, große Demonstrationen, Aktionstage an fast allen Hochschulen des Landes zeigen, daß die Studenten und mit ihnen große Teile der anderen Hochschulangehörigen nicht gewillt sind, sich das reaktionäre Korsett widerstandslos überstülpen zu lassen.

Doch die Tübinger Spartakisten sind nicht zufrieden. „Es gelang einfach nicht“, erinnert sich Roland Kenel, Vorsitzender der Tübinger Gruppe, „einen großen Teil der Studenten einzubeziehen. Sicher, in diesen Tagen ist viel an Informationsarbeit geleistet worden, aber die Mehrheit der Studenten war überhaupt nicht beteiligt. Das hängt auch mit einem einwöchigen Warnstreik im Wintersemester zusammen, der an der Mehrheit der Studenten vorbeigegangen ist, einen rein hochschulbeschränkten Charakter aufwies, keine Perspektive angab und daher eher eine entpolitisierende Wirkung hatte. Unser Vorstand hat nach dem 10. Mai eingeschätzt, daß es jetzt darauf ankommt, an die Mehrheit der Studenten heranzukommen. Studentische Aktionen sind für die Herrschenden ungefährlich, solange sie von ein paar Aktivisten getragen werden, und die Masse der Studenten studiert oder in die Ferien fährt.“ Auf einer Mitgliederversammlung kurz danach beschließen die Tübinger Spartakisten, jetzt auf eine Urabstimmung zu orientieren, in der ein Streik mit einem demokratischen Forderungsprogramm beschlossen werden soll.

Nach der Tübinger Studentenschaftsatzung können 10 % der Kommilitonen mit ihrem Votum eine Urabstimmung beschließen. Die Spartakisten organisieren eine Unterschriftenansammlung. Bis zum Abend des ersten Tages unterzeichnen 1861 Studenten den Antrag auf Urabstimmung, 12,5 % der Gesamtstudentenschaft die Urabstimmung ist beschlossen.



Die Spartakisten haben das Bewußtsein vieler Kommilitonen richtig eingeschätzt: viele hatten sich bisher übergangen gefühlt und wollten doch auch beteiligt sein, wollten mitentscheiden.

Die nächsten drei Wochen

Drei Wochen Urabstimmung, das heißt jetzt drei Wochen lang Hunderte von Diskussionen, Agitation in Vorlesungen, Seminaren, Übungen auf Vollversammlungen. Und die Urabstimmung muß gegen Widerstand von allen Seiten durchgesetzt werden: die Uni-Leitung läßt verlauten, daß sie einen Streik an der Hochschule für „rechtswidrig“ halte und daher auch für die Urabstimmung nichts übrig habe. Das studentische Rechtskartell fordert zusammen mit dem „K“SV dazu auf, die Urabstimmung zu boykottieren, damit das Quorum nicht erreicht werde; das maoistische Originalgewächs Tübingens, der Rote Pfeil, ruft auf, ungültig zu stimmen. Die ganze Ultralinke tritt gegen eine Urabstimmung auf, in der zugleich positive, demokratische Streiklösungen verabschiedet werden sollen.

Vom 21.—25. Mai findet auf Initiative des SPARTAKUS eine Aktionswoche in Baden-Württemberg statt, Demonstrationen, Kundgebungen, Öffentlichkeitsaktionen. In Tübingen vereinigt eine Kundgebung der ADH fast 1000 Studenten, Assistenten, Professoren, Arbeiter und Angestellte. Prof. Walter Jens (BDWi) ruft dazu auf, die demokratische Opposition gegen die „Metternich’sche Reaktion“ zu

So kann man eine Urabstimmung auch organisieren

stärken. „Ein Diktat bleibt ein Diktat, auch wenn man es mit Girlanden umkränzt.“

„Lieber an der Front des Volkes als im Hintern der Reaktion“, das ist seine Antwort auf die Versuche der Reaktion, die demokratische Bewegung gegen die Novelle unter Hinweis auf die aktive Unterstützung der DKP zu schwächen.

Auch in anderen Städten Baden-Württembergs beschließen die Studenten in diesen Wochen über Streik. In Karlsruhe stimmen über 50 % für Streik gegen dieses reaktionäre Machwerk, auch in Mannheim verläuft die Urabstimmung erfolgreich. In Heidelberg spricht sich die übergroße Mehrheit gegen die Novelle aus, lehnt allerdings den Streik aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem maoistischen NRF-Zirkel ab. Sie erteilen damit einer Gruppe eine Abfuhr, die unter lautem Geschrei putschistischen Aktionismus mit revolutionärer Politik verwechselt, einer Politik, die den Studenten den Weg des Kampfes anzugeben vermag, die in der Lage ist, eine Perspektive zu weisen innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Bedingungen der BRD, die die Studenten an die Seite der Arbeiterklasse orientiert.

Auf der anderen Seite drängt die Reaktion auf Eile. Am 7. Juni soll der Entwurf in die erste Lesung gehen, Mitte Juli

dann endgültig durchgepeitscht werden. Auf Initiative des SPARTAKUS beschließt die Landesastenkonferenz für den Tag der ersten Lesung den Sternmarsch nach Stuttgart. Lediglich der Rote Pfeil meint, er müsse erst noch aufklären, es sei noch zu früh, um auf die Straße zu gehen.

Zusammen mit dem SPARTAKUS propagieren viele andere Kräfte, die ADH's, fast ein Dutzend ASten, den Sternmarsch nach Stuttgart unter der Losung „Weg mit dem reaktionären Hahnentwurf! Für eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, der Lehrlinge, Schüler und Studenten!“

Nahezu 5000 Studenten folgen diesem Aufruf und setzen damit einen Anfang in Baden-Württemberg, einen Anfang in der Orientierung auf den Kampf um positive demokratische Forderungen, einen Anfang in der Orientierung auf das Bündnis mit der Arbeiterklasse und ihren Organisationen.

Das war der erste Schritt, und so mußte es weitergehen!

Im weiteren Verlauf der Aktionen wurde dann erst den meisten Genossen klar, daß der zweite Bundeskongreß des MSB SPARTAKUS mit seiner Orientierung auch für den Massenkampf in Tübingen die entscheidenden Perspektiven bietet.

Nach Pfingsten: Vorbereitung des aktiven Streiks

Nach Pfingsten beginnen an fast allen Hochschulen Baden-Württembergs Vorbereitungen für Streiks.

Im Tübinger Spartakus werden die Konzeption und überhaupt die Grundlagen studentischen Streiks diskutiert.

Über die Prinzipien, die auf studentische Aktionsformen anzuwenden sind, ist man sich schnell einig.

Zum einen müssen die Aktionen dazu

beitragen, Verständnis für die Forderungen der Studenten bei der arbeitenden Bevölkerung zu wecken, die gemeinsamen Interessen von Studenten und Arbeitern hervorzuheben, zum zweiten gilt es, dieses Bewußtsein auch bei den Studenten zu wecken und möglichst viele von ihnen in den gemeinsamen Kampf mit einzubeziehen.

Die Schwierigkeiten beim Streik

Bei dieser Aufgabenstellung begannen zuerst endlose Streitereien, in die uns

diese Chaotengruppen verwickelten, und viele Studenten planten Ferien. Es wurde klar, daß sich der Streik zersplittern würde, daß er so verlaufen würde, wie die politischen Gruppen im jeweiligen Fach dominierten. Man konnte sich auch nicht einigen, wer den Streik tragen sollte", kommentiert ein MSB-Mitglied. Der SPARTAKUS trat immer dafür ein, daß Aktionen der Studenten von den Organen der Studenten organisiert werden müssen.

Auch der Elan der Spartakisten ließ nach. Denn schließlich hatten wir bereits sehr viel Kraft verbraucht. Eine Schwierigkeit stellt auch die Abstraktheit des Kampfes dar, ein Kampf gegen ein Gesetz, nicht gegen einzelne konkrete Maßnahmen der Herrschenden.

So kam es, daß die Beteiligung am Streik relativ gering war, daß viele Studenten studierten oder in Ferien fuhren. In den Fächern, wo Spartakisten arbeiteten, wurden trotzdem durchaus positive Ansätze gemacht, was die Bevölkerungsarbeit betrifft, was die Einbeziehung unabhängiger Studenten betrifft. Seminare, in denen Spartakisten studierten, verpflichteten sich z. B., selbständig aktiv zu werden und an einem Streiktag einen Infostand in der Stadt zu organisieren.

Was auch klar wurde: daß die Ultra-linken' mit demokratischen Beschlüssen ziemlich „großzügig“ umspringen. Das Ergebnis der Urabstimmung, 4000 Stimmen für einen Streik mit einem positiven Forderungsprogramm, wurde von ihnen ignoriert.

In dieser Situation nutzte die Reaktion ihre Möglichkeiten. In Stuttgart wird der Streik verboten.

In Tübingen: Hausverbote für sieben Studenten, darunter AStA-Mitglied Leo Haid, gerichtliches Verbot für die Organe der Studentenschaft, sich am Streik zu beteiligen oder diesen zu organisieren, Polizeieinsatz an der Universität, Spitzel und Denunzianten tummeln sich.

Studenten werden prophylaktisch fotografiert, um später als Rädelsführer bestraft werden zu können. Professoren werden beobachtet, ob sie mit „Linksradikalen“ Umgang haben. All das kuminiert in nächtlichen Hausdurchsuchungen bei zwölf Studenten, darunter die AStA-Mitglieder und Spartakisten Leo Haid, Dietrich Lauter und Arpad Szakacs. Um die Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, filzt die Polizei wiederrechtlich gleich das Büro der SDAJ mit.

Mitte Juli schließlich sind in kürzester Zeit 2. und 3. Lesung beendet, der Hahnsche Entwurf wird „Recht“.

Der Anfang wird gemacht

Der Kampf der demokratischen Bewegung in Baden-Württemberg, der Kampf der demokratischen Studentenbewegung hatte nur wenig auszurichten vermocht.

Programm
für das
gemeinsame
Handeln
der Studenten

FÜR DIE EIGENEN
INTERESSEN
KÄMPFEN

MIT DER
ARBEITERKLASSE
VERBUNDEN

Einsenden an: MSB Spartakus 53 Bonn 1 Postfach

Ich bestelle _____ Exemplare des Studenten-
aktionsprogramms zum Preis von mindestens
50 Pfennig

Name _____
Anschrift _____
Hochschule _____

Dennoch ist die Studentenbewegung in Baden-Württemberg vorangekommen. Der demokratische Kampf in Baden-Württemberg konnte verstärkt werden. Zum ersten Mal kamen im Ansatz Bündnisse zustande, konnte vielen Studenten die Bedeutung des demokratischen Kampfes, die Bedeutung des Bündnisses mit der Arbeiterklasse vermittelt werden, auch wenn das Bewußtsein darüber noch vielfach diffus ist. Viele Studenten konnten erstmals in den Kampf einbezogen werden.

Auch der SPARTAKUS wurde stärker. Er hat an Mitgliedern und Sympathisanten im letzten Semester gewonnen. „Wir ha-

ben vor allem Erfahrungen gemacht“, meint Roland Kenel. „Wir haben gelernt, daß es wichtig ist, offensiv vorzugehen, daß es wichtig ist, an die Masse der Studenten heranzukommen, und wir haben die ersten Versuche dazu unternommen. Wir haben praktisch die Bedeutung der Verbandsdokumente gesehen, und sie werden künftig einen festen Stellenwert in unserer Arbeit einnehmen.“

Jetzt kommt es darauf an, am letzten Semester anzuknüpfen, den Kampf kontinuierlich weiterzuentwickeln. Das Sommersemester war ein Anfang. Auf diesem Weg muß es jetzt weitergehen.“

Repräsentative Umfrage des AStA Uni Münster zur sozialen Lage der Studenten

Den Spekulanten ausgeliefert

Die Ergebnisse einer Sozialumfrage des AStA der Universität Münster zur Wohnungssituation der Studenten an der westfälischen Hochschule übertreffen bei weitem die Befürchtungen, die Anlaß zur Ausarbeitung der Studie waren. Wegen ihrer Repräsentativität sind die ermittelten Daten über den Studentennotstand von weitreichender Bedeutung für die kommenden Auseinandersetzungen im Sozialbereich.

Schon bei der allgemeinen Betrachtung der einzelnen Wohnarten wird die ganze Misere deutlich:

● Nur 8,4 Prozent aller Studenten der WWU Münster wohnen in einem Studentenwohnheim. Bundesrichtsatz ist die optimistische Quote von 34 Prozent — der Bundesdurchschnitt 11,5 Prozent! Dieser Anteil geht jedoch immer weiter zurück, da der Bund hierfür wegen anderer Prioritäten kein Geld zur Verfügung hat. (Rüstungs- und Bauprofile haben Vorrang.)

● 81,5 Prozent aller Studenten sind bei der Wohnung auf den privaten Wohnungsmarkt angewiesen und damit auch der Willkür von Maklern und Spekulanten, dem Mietwucher und Vermieterwillkür ausgeliefert“.

● 13,8 Prozent der Studenten wohnen bei ihren Eltern, davon 34 Prozent sogar weiter als 25 km von der Uni entfernt! Da dies nach dem Ergebnis der Sozialumfrage meist jüngere Studenten sind, ist klar, daß es sich hauptsächlich um die 1500 Studenten handelt, die im vorigen Wintersemester in Münster keine Wohnung gefunden haben und so gezwungen sind, derartige Wege manchmal mehrere Semester lang zurückzulegen.

● Für Verheiratete sieht die Situation bei den Wohnheimen noch mieser aus: Während noch nahezu jeder 10. ledige

Student einen Wohnheimplatz ergattert hat, ist es nur jedem 100. Verheirateten möglich (0,9 Prozent!).

Die katastrophale Wohnungsnot in Münster zeigt sich nicht nur in den langen Wegstrecken und den Schwierigkeiten, einen akzeptablen Wohnraum zu finden, sondern auch daran, daß Haus- und Grundstücksspekulanten die Not, an der sie durch ihre Schaffung erst verdienen, noch zu weiteren Profiten ausnutzen. Sie diktieren nach den Gesetzen der „freien Nachfrage“ willkürlich Mieten und andere Konditionen und kündigen immer öfter Studenten, um mehr Mieteinnahmen zu erzielen.

Diesem System sind Studenten, besonders wenn sie in möblierten Zimmern wohnen (80,9 Prozent), wo absolut kein Kündigungsschutz besteht, total ausgeliefert. Dementsprechend oft müssen Studenten die Zimmer wechseln:

Fast ein Drittel aller Studenten wohnen in ihrer jeweiligen Bude weniger als 6 Monate. Fast ein Drittel wohnt in der zweiten, ein Fünftel der Kommilitonen gar schon in der 3. Bude. Die durchschnittliche Wohndauer beträgt nur 16 Monate! Genau die gleiche durch kommunale und staatliche Maßnahmen begünstigte Profitmacherei von großen Immobilienchiebern und soziale Misere von Studenten und Bevölkerung zeigt sich bei den Mietpreisen: Die Durchschnittsmie-

ten geben noch nicht das volle Bild dieser Situation: Für ein Zimmer im Wohnheim 107 DM, privat 121 DM, für eine Mietwohnung 272 DM! Noch interessanter wird das Ausmaß der Preistreiberei und die soziale Repression, wenn man die Mieten genauer aufschlüsselt und sie in Bezug setzt zur Einkommenssituation der Studenten.

● Nur 48,5 Prozent zahlen weniger als 120 DM (alle Wohnarten, über die Hälfte also mehr, als im BA-FöG für Wohnen angesetzt wird).

● 20 Prozent zahlen gar mehr als 200 DM Miete und 10 Prozent müssen sogar noch mehr als 300 DM für ein Dach über dem Kopf zahlen.

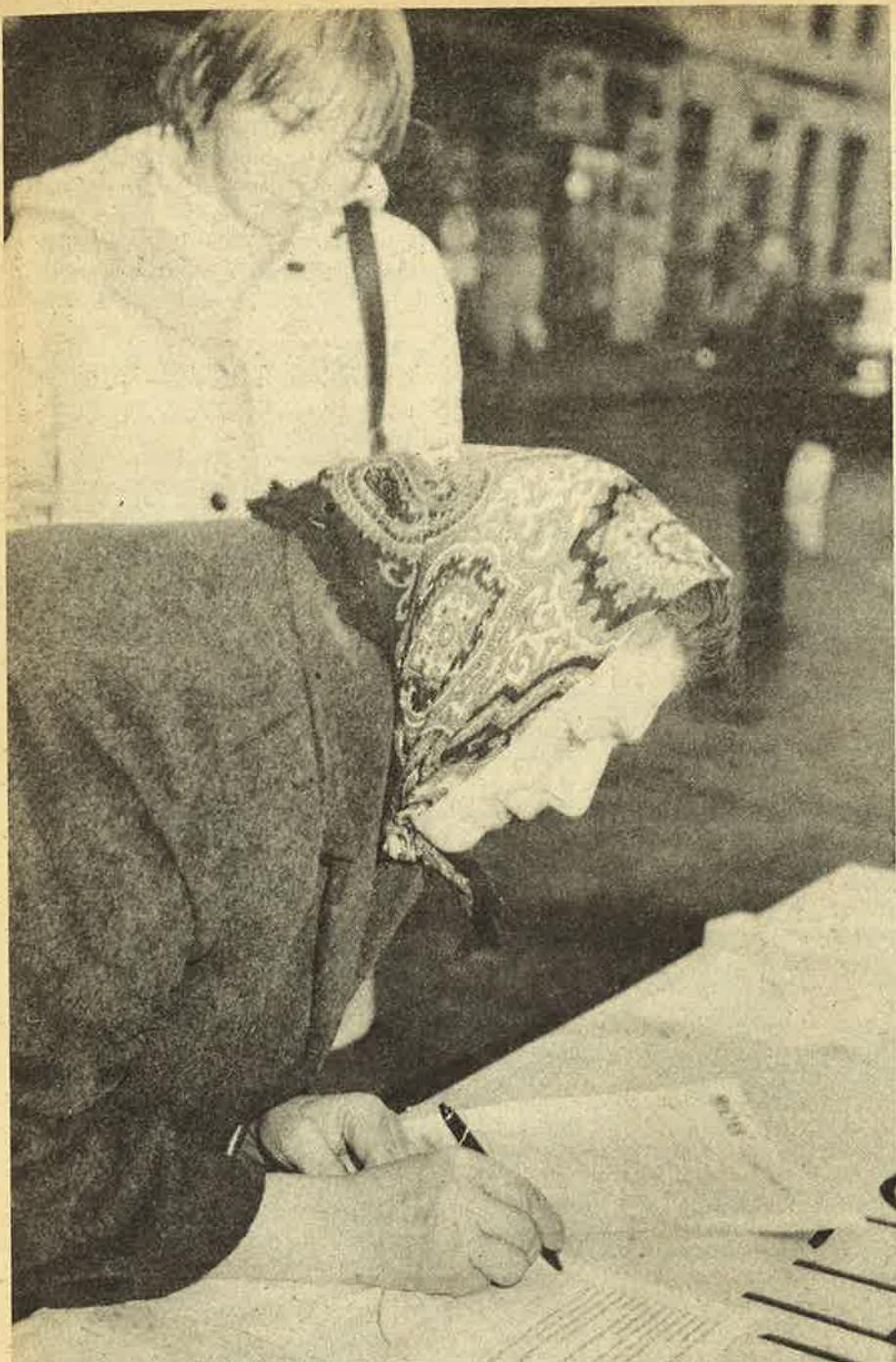
Wie dies alles zu tragen ist, bei einem Durchschnittseinkommen von 401 DM (bei BA-FöG-Empfängern nur 389 DM) (Sozialumfrage Teil I), das weiß sicherlich nicht einmal das Wirtschaftsministerium. Bei Wohnungen sieht es noch mieser aus: Über 70 Prozent zahlen mehr als 200 DM, 36 Prozent gar mehr als 300 DM. Sogar in Wohnheimen zahlen noch 20 Prozent über 120 DM!

Studenten sind also gezwungen, über 30 bis zu 60 Prozent ihres Einkommens für Miete auszugeben. Wie sie dann noch die für den sonstigen primitivsten Lebensunterhalt nötigen 350 DM aufbringen sollen, die selbst die Sozialfürsorge zugrunde legt, weiß niemand. Hieran wird also deutlich, daß ein Großteil der Studenten echt unterhalb des Existenzminimums hausen oder aber neben dem Studium noch voll arbeiten muß. Betrachtet man diese Fakten im Zusammenhang — sie besitzen wegen der Repräsentativität der Umfrage sicherlich in der ganzen BRD ihre Gültigkeit — so kommt man zu folgendem Ergebnis:

Neben den Studiengang- und Strukturmöglichkeiten (Bildungsgesamtplan u. a.) wird auch und gerade der Sozialbereich wirkungsvoll für Effektivierung und Einsparung und auch als Disziplinierungsfaktor eingesetzt.

Hier treten die Auswirkungen für alle ersichtlich am unmittelbarsten auf, hier wird die gleichzeitige und gleichgelagerte Betroffenheit von Studenten und arbeitender Bevölkerung sichtbar (Inflation/Reallohnsenkungen z. B.).

Die Wohnungsnot der Erstsemester, die auf jeden Mietpreis und alle Schikanen zunächst eingehen müssen, um überhaupt ein Dach über dem Kopf zu finden, das völlig unzureichende BAFöG (Bundesausbildungs-Förderungs-Gesetz), das auch jetzt im Oktober bei der Novellierung trotz Preistreiberei nicht erhöht werden soll und die Pleite der DAKV (Studentische Krankenversicherung) auf Bundesebene (weil der Bund die Subventionierung und eine gesetzliche Regelung verweigert) — das sind die Hauptansatzpunkte der Sozialpolitik und der gesamten Kampagne der demokratischen Studentenbewegung in den nächsten Semestern. (dvz)



Die studentische Wohnungsmisere, die ständig steigende Wohnungsknappheit und die damit verbundene enorme Verteuerung der Mieten ist Teil der gesamten Wohnungsnott, unter der besonders die arbeitende Bevölkerung zu leiden hat. Organisieren wir deshalb gemeinsame Aktionen gegen den Mietwucher, für gesetzlichen Mietstopp, für den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, gegen das Maklerunwesen und für kommunale Wohnungsvermittlung. Treten wir ein für Abbruchstopp bei Altbauwohnungen, die im Rahmen kapitalistischer „Stadtsanierung“ Versicherungspalästen und Konzernbüros weichen sollen.

Organisieren wir Selbsthilfemaßnahmen wie die Besetzung leerstehender Häuser, um kurzfristig Wohnraum zu erhalten und die Öffentlichkeit auf das Ausmaß der Misere hinzuweisen.

Keine Öffnung des Wohnheimbaus für private Träger, keine Erhöhung der Mietpreise in den Wohnheimen.

Organisieren wir Mietstreiks in den Wohnheimen, wenn die Mieten erhöht werden sollen.

(Studentenaktionsprogramm)

Weiterhin kein Geld- VDS läßt sich nicht erpressen

Die Bundesregierung will den Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), die gewählte Interessenvertretung aller Hochschulstudenten in der BRD, auch künftig nicht unterstützen oder einzelne seiner hochschulpolitischen Projekte fördern. Das erklärte die Bundesregierung Ende August auf eine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn. Wegen der Mehrheit des sozialdemokratischen Hochschulbundes und des Marxistischen Studentenbundes Spartakus im Vorstand der studentischen Dachorganisation habe die Bundesregierung Zweifel an der Übereinstimmung der VDS-Zielsetzung mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Auch seien auf der letzten Mitgliederversammlung des VDS „oftmals eindeutig kommunistische Terminologien verwendet“ worden, heißt es in der Antwort an die CDU/CSU. Der VDS erklärte, er werde den Wunsch der Bundesregierung nach einem studentischen Dachverband, der voll auf ihrer Linie liege und ihr aus der Hand fresse, nicht erfüllen.

Maulkorb- urteil in Münster

Das Verwaltungsgericht Münster hat es in einem Urteil dem Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) der Universität Münster untersagt, in den Organen des VDS mitzuwirken oder diesen finanziell zu unterstützen.

Das Maulkorb-Urteil wurde damit begründet, daß der VDS für sich ein allgemein-politisches Mandat in Anspruch nimmt und fortlaufend zu allgemein-politischen Fragen Stellung nimmt. Der AStA habe jedoch lediglich Aufgaben „unmittelbar studentischer oder hochschulpolitischer Art“ wahrzunehmen. Daher sei seine Zugehörigkeit zum VDS „unzulässig“.

Polizei-Razzia in Tübingen

Kurz vor den Ferien, morgens um 6.00 Uhr, drangen 70 Kriminalbeamte und Schutzzöllner in die Wohnungen von 12 Tübinger Studenten ein. Unter Ihnen befinden sich die Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Tübingen Leo Haid, Arpad Sakacz und Dietrich Lauter.

Die Kripo-Beamten entwendeten Notizbücher, nahmen Schreibmaschinenproben ab und notierten sich die Angaben von Kfz-Scheinen. Im Fall von Leo Haid, der abwesend war, verschafften sie sich Einlaß in sein Zimmer, wo sie das Bett durchwühlten und einen Koffer umstürzten. Im Fall von Arpad Sakacz wurde nicht nur dessen Zimmer, für das ein Hausdurchsuchungsbefehl vorlag, durchwühlt, sondern die Durchsuchung auf das gesamte Haus, in dem sich der Club Voltaire — das Zentrum der SDAJ — befindet, ausgedehnt. Ein Student wurde wie ein Krimineller mit gezogenem Schlagstock über den Hof zu seinem Auto abgeführt, wo die Polizisten die Nummer notierten. Der Student Michael Latz wurde verhaftet.

Die Vorgeschichte dieser skandalösen Razzia ist folgende: In der letzten Woche sind die Studenten in ganz Baden-Württemberg in Kundgebungen und Streiks gegen die reaktionäre Landeshochschulgesetznovelle der Filbinger-Regierung, für eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, der Schüler, Lehrlinge und Studenten, eingetreten. In Tübingen ließ der Universitätspräsident Theiß anläßlich eines aktiven Streiks die gesamte Universität von Polizei besetzen.

Diese Aktion, die offensichtlich von langer Hand vorbereitet war, ist nur ein Glied einer ganzen Kette von verfassungswidrigen Willkürmaßnahmen der Tübinger Universitätspolizei gegen die demokratische Studentenbewegung.

— So hat der Präsident, der seit Oktober im Amt ist, vor dem Großen Senat zugegeben, daß er seit dem 6. November eine Spitzelkartei über politisch aktive Studenten führt. Von der Bespitzelung sind auch an der Universität beschäftigte Arbeiter und Angestellte betroffen.

— Ohne Wissen der meisten übrigen Senatsmitglieder wurde in einer Sitzung des Kleinen Senats eine Kamera installiert. Dies unter dem Vorwand, die Senatssitzung sollte „gesprengt“ werden. Der Vorfall kam ans Licht, als die „Sprengung“ ausblieb und ein Universitätsangestellter daraufhin die Kamera vor aller Augen abmontierte.

— Besonders während des aktiven Streiks gegen die Hochschulgesetznovelle tummelten sich Spitzel der politischen Polizei und des Verfassungsschutzes auf dem Campus. Einer von ihnen, der in Reutlingen wohnhafte Agent der politischen Polizei, Engelbert, konnte anläßlich einer Demonstration enttarnt werden. Er trug ein Notizbuch mit Autonummern und Namen mit sich. Das Notizbuch enthielt genaue Aufzeichnungen über die Diskussionsbeiträge demokratischer Studenten auf Vollversammlungen und anderen Veranstaltungen während des Streiks. Engelbert trug ferner eine Kameraausrüstung, eine scharfe Schußwaffe, eine Taschenlampe sowie einen unausgefüllten Leichenschein für widernatürliche Todesfälle mit sich.

Die Razzia wurde damit begründet, daß diese Gangsterausrüstung verschwunden sei.

In Wirklichkeit geht es darum, durch massive Repressionen den Widerstand der Studenten gegen die Verabschiedung des reaktionären Landeshochschulgesetzes zu brechen und der Bevölkerung vorzutäuschen, gegen kritische Studenten helfe nur noch die Polizei.

Die Tübinger Ereignisse sind nicht als Amoklauf eines verrückt gewordenen Bürokraten zu werten. Zu deutlich sind die Parallelen zu den Polizeieinsätzen in Heidelberg, in München und anderen bayerischen Universitäten. Noch klingt die Forderung des bayerischen KuMi Maier nach einer Universitätspolizei in den Ohren. Es ist klar: die reaktionären Landesregierungen von Bayern und Baden-Württemberg wollen Zustände an den Hochschulen schaffen, wie sie in Spanien, Portugal und Griechenland herrschen. Hier soll politische Aktivität durch Einschüchterung unterbunden werden, weil sie von den Studenten in der Vergangenheit genutzt worden sind, um ihre Interessen gegen die monopolkapitalistischen Urheber der Bildungsnotstände durchzusetzen. Die Ausdehnung der Polizeiaktion auf AStA-Mitglieder beweist eklatant, daß hier auch das Recht der Studenten auf eigenständige Interessenvertretung angegriffen werden soll.



**Verlag
Marxistische Blätter**

NEUERSCHEINUNGEN

**Max Reimann
Entscheidungen
1945 bis 1956**

ca. 250 Seiten, Fotos, Leinen mit Schutzumschlag, ca. DM 8,-

**Gerhard Gleissberg
SPD und Gesellschafts-
system**

Aktualität der Programmdiskussion 1934 bis 1946 — Dokumente und Kommentar, hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M., 112 S., DM 5,-

**W. W. Sagadin u. a.
Die kommunistische
Weltbewegung**

Abriß der Strategie und Taktik 494 Seiten, Leinen, Schutzumschlag, DM 12,-

**W. G. Georgijew u. a.
Kritik der theoretischen
Auffassungen
Mao Tse-tungs**

Redaktion: F. W. Konstantinow, M. I. Sladkowski u. a. IX und 361 Seiten. DM 6,-

**Verlag Marxistische
Blätter GmbH**

**6 Frankfurt/Main 50
Hedderheimer
Landstraße 78a**



Nachrichten-Verlags-GmbH

6 Frankfurt am Main

Glauburgstraße 66 – Tel. (06 11) 59 97 91

Postfach 18 0372

Arbeiterseminar '73

Löhne, Profite, Preise in der BRD

Ein Handbuch für den Lohnkampf aus marxistischer Sicht

Das Buch enthält das Referat von Dr. Heinz Schäfer, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Marxistische Studien u. Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, sowie über 20 Diskussionsbeiträge von Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären, die auf dem Arbeiterseminar der gesellschaftskritischen Monatszeitschrift NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik am 17./18. März 1973 in Duisburg gehalten wurden. Die in dem Referat enthaltenen wissenschaftlichen Analysen, ergänzt durch Verallgemeinerung der betrieblichen Kampferfahrungen, bietet eine Hilfe für den Kampf der Arbeiter und Angestellten um höheren Lohn, gegen Unternehmerwillkür und Preistreiberei, der gerade in den letzten Wochen in zahlreichen Betrieben entbrannt ist.

**Geschichte
der deutschen
Arbeiter-
jugend-
bewegung**

**632 Seiten
Mit Fotos
Leinen 10,80 DM**

1904-1945

Erstmals wird mit der „Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung“ ein umfassendes populärwissenschaftliches Werk zu diesem Thema veröffentlicht. Es beginnt um 1900 und endet mit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches. Es zeigt, wie die Entwicklung der deutschen Jugendbewegung, die mit der Gründung der ersten Lehrlingsvereine ihren Anfang nahm, verlief. Besonders wird der heldenhafte Einsatz junger Antifaschisten gegen die Hitlerdiktatur gewürdigt.



Weltkreis-Verlags-GmbH

**46 Dortmund, Brüderweg 16,
Tel. 572010**

SOZIALISTISCHE POLITIK 26

AUFSÄTZE, ANALYSEN

Probleme und Tendenzen der Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus

KURZANALYSEN, BERICHE

Probleme der Strukturentwicklung der Arbeiterklasse in der DDR

DISKUSSION, BESPRECHUNG

Internationale Friedenspolitik und Westberlin

Kurt Schumacher oder der Auftrag des sogenannten "demokratischen Sozialismus"

Chinesische Außenbeziehungen

Klassenlage und Bewußtseinsformen technisch-wissenschaftlicher Lohnarbeiter im Allgemeinen

Bezugsbedingungen: Einzelheft DM 4,- / Abonnement DM 20,- (incl. Porto)

Herausgegeben in Westberlin SOZIALISTISCHE POLITIK 1 Berlin 41 Postfach

„Scheißbürgerlich“

Noch zu Beginn dieses Semesters soll das reaktionäre Bayerische Hochschulgesetz verabschiedet werden. Die Front dagegen wurde in den letzten Monaten immer breiter und stärker, was nicht zuletzt auf einer zentralen Demonstration von über 30 000 vor den Ferien in München deutlich wurde.

Kumi Maier, der heute an den bayrischen Hochschulen nicht mehr ohne Polizeischutz aufzutreten wagt, mußte zu Recht befürchten, daß der Funke der Unzufriedenheit auch auf andere gesellschaftliche Bereiche überspringen könnte. Also wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Protestbewegung zu diffamieren und zu spalten. Flankierend zu einer breit angelegten Pressekampagne zur Begründung von Regelstudienzeit und Ordnungsrecht („Krawallmacher und beimooste Häupter — raus aus der UNI“), versuchte man so nicht nur in der arbeitenden Bevölkerung Emotionen gegen die Studenten zu wecken und zu reaktivieren, sondern versuchte auch alle rechten Kräfte an den Universitäten organisiert ins Geschehen eingreifen zu lassen. (Flugblatt der örtlichen Burschenschaft München: „Kommilitonen, wir haben ein Recht auf Vorlesung! Wenn Räidikale uns dieses Recht streitig machen wollen, dann werfen wir sie hinaus!“)

Gegen den demokratisch zustande gekommenen Beschuß, im Sommersemester wieder eine Aktionswoche durchzuführen, ließen so nicht nur die Rechtsaußen von RCDS und Burschenschaft Sturm, sondern Kultusministerium und Rektor versuchten durch Drohungen und Einschüchterungsversuche gegen den AStA und alle Lehrkräfte (aus einem Brief des Kumi Maier an alle Lehrkräfte: „... Dabei sollte Ihr Augenmerk im Falle erheblicher Störungen vor allem der Feststellung der Störer gelten...!“) und Appellen an die „vernünftigen Studenten“, die Hochschulangehörigen zu spalten. (Rektor Fürst Lobkowicz: „An die sehr verehrten Herren Kollegen, ... Nach § 51 Abs. 4 Universitätssatzung ist jeder Lehrberechtigte verpflichtet, eine von ihm angekündigte Vorlesung oder Übung zu halten... Die Lehrpersonen sind weder berechtigt noch gar verpflichtet... Diskussionen zuzulassen.“ ... und in einem Flugblatt des Rektors gegen die Aktionswoche an die Studenten: „Lassen Sie nicht zu, daß eine Handvoll von Funktionären, Sektierern und Chaoten den Lehrbetrieb lahmlegt!!“ ... sonst „machen Sie sich mitschuldig, daß der Fanatismus weiter um sich greift und — wie sollte es anders sein — die Staats-schraube immer enger angezogen wird.“) Während so die Rechten und die Kultus-

nen ihren Schwerpunkt auf Rangeleien gelegt zu haben, was von einem AK-Chefideologen auf einer Vollversammlung in Marburg noch als Plus bewertet wurde: „Natürlich waren nur wenige Studenten aktiv im Streik, was gehen uns die scheißbürgerlichen Studenten an?“ Gerade angesichts des Polizeieinsatzes und der Lügenkampagne der bürgerlichen Presse wäre es um so notwendiger gewesen, das Bündnis über die Hochschule hinaus zu suchen.

So konnte es nicht hingenommen werden, daß die Katheder-Sozialisten der AK-Fraktion die ersten Schritte hierzu (deutlich geworden in zahlreichen Grußadressen von Betriebsräten, Vertrauensleuten, u. a. vom Gesamtbetriebsrat und der Vertrauensleutekörperleitung Siemens) zu nützen machen wollten. Sie forderten Redeverbot (!) für einen Gewerkschaftsjugendvertreter auf der Schlußkundgebung der machtvollen Demonstration am Ende des Sommersemesters!

Diese offene Sabotage eines gemeinsamen Kampfes von Studenten und Arbeiterklasse verdient nun allerdings die Bezeichnung „scheißbürgerliche“ Politik. Um einer solchen Politik, besonders in einer Zeit des verstärkten Angriffs seitens der Rechten entgegenzuwirken, beschlossen die in der Aktion Demokratische Hochschule zusammengeschlossenen Gruppen eine eigene Abschlußkundgebung durchzuführen, auf der auch die Vertreter der Arbeiterjugend zu Wort kommen konnten.

Ein erfolgreicher Akt



An der Akademie Düsseldorf herrscht Raumnot. Eine nicht sehr originelle Feststellung. Origineller war da schon die Aktion, die sich die Düsseldorfer Kunststudenten dagegen ausgedacht hatten. Kurzerhand besetzten sie eine benachbarte leerstehende Pfandleihe und begannen mit der Arbeit. Damit's publikumswirksamer wurde, mit Aktzeichnen. Inzwischen kann ein Teilerfolg verbucht werden: 2 neue Pavillons wurden bewilligt.

Die Drahtzieher der Streiks: Unternehmer und Regierung

Die Millionen erhalten nur das, was sie von den Millionären erkämpfen

Opel in Bochum, Hella in Lippstadt, Pierburg in Neuss, Volvo in Aachen, Ford in Köln — diese Namen stehen stellvertretend für den Kampf von 140 000 Metallarbeitern in den letzten Wochen und Monaten um Teuerungszulagen, gegen verschärzte Ausbeutung, für humane Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Die bürgerliche Presse war sich schnell einig, wo die Ursachen für die nicht mehr abreißende Kette der spontanen Arbeitsniederlegungen zu suchen und zu finden sei: Bei der „Wühlarbeit von Kommunisten“ innerhalb und außerhalb der Betriebe und da, wo ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen die Streikfront stärkten, beim „Türkenterror“ und „aufgehetzten Gastarbeitern“. Mit einer beispiellosen antikommunistischen und nationalstischen Hetze sollte die Bevölkerung von den wahren Ursachen und Schuldigen der spontanen Arbeitsniederlegungen abgelenkt werden. Ins gleiche Horn stießen die Unternehmer und die Regierung. Als das alles nichts mehr nützte, waren Polizei- und Werkschutz, wie bei Ford, das letzte Mittel, um die Profitpolitik gegen die Interessen der Belegschaft buchstäblich durchzuboxen. Die gewachsene Streikbereitschaft und auch die Teilerfolge der Streiks — so konnten meistens Teuerungszulagen bis zu 400 DM erkämpft werden und manche Betriebe wie VW in Wolfsburg und F&G in Köln zahlten, um dem drohenden Ausstand zuvorzukommen — zeigen jedoch, daß die Rechnung der Unternehmer und der Regierung mitsamt ihrer verlogenen Presse nicht aufging. Denn die Rechnung, die sich die Arbeiter und Angestellten unseres Landes in der letzten Zeit auch machen mußten, sah anders aus: Reallohnabbau auf ihrer Seite — Gewinnexplosion auf der Seite der Unternehmer.

Schon mit wenigen Zahlen läßt sich diese sich ständig zuungunsten der arbeitenden Bevölkerung entwickelnde Situation belegen: Seit 1972 verringert die Inflation die Kaufkraft der Löhne und Gehälter. Preissteigerungen um 8 %, Erhöhungen der Lohnsteuer um rund 2,5 %, sowie Erhöhung der Rentenversicherungs- und Krankenkassenbeiträge um 1—1,5 % fraßen die Nettolöhne, die nach amtlichen Angaben pro Beschäftigten im ersten Vierteljahr 1973 um 11,3 % gestiegen sind, völlig auf. Zieht man von diesen 11,3 % noch die 1,3 %, die das Ergebnis höherer Arbeitsintensität sind und die 0,5 % Überstundenzuschläge ab, dann bleibt ohnehin nur noch 9,5 % Steigerung der Nettolöhne übrig. Die Regierung tut ein Übriges, um die Umverteilung der von den Arbeitern und Angestellten geschaffenen Werte im Sinne der Unternehmer zu sichern. Sie bittet die Mehrheit der Bevölkerung zur Kasse über die ständige Erhöhung der vom Staat administrierten Preise für die Energieversorgung, die öffentlichen Verkehrsbetriebe usw. — und natürlich über die Lohnsteuer. So stieg das Lohnsteueraufkommen im Juli 1973 gegenüber dem Vorjahr um nicht weniger als 54,5 %.

Dagegen wachsen die unproduktiven Ausgaben des Staates. Der Haushalt von 1974 sieht 30,2 Milliarden DM offen ausgewiesene Rüstungskosten vor, das ist fast die Hälfte der gesamten Lohnsteuer.

Deutsche
Volkszeitung
ein
demokratisches
Wochenblatt —
unentbehrlich
für
den
kritischen
Zeitgenossen

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, Düsseldorf, Oststraße 154, Postfach 5707 — Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei —

Im Unterschied zu diesen wachsenden Angriffen auf die Lebenslage der Arbeiter und Angestellten sonnen sich die Unternehmer in einer förmlichen Gewinnexplosion. Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Metallverarbeitung um 7 %, in der eisenschaffenden Industrie gar um 14 % lassen die Unternehmen Gewinnsteigerungen um über 20 % erwarten. Im Mai-Sondergutachten des Sachverständigenrats für das Jahr 1973 werden Unternehmergevinne sehr unterkühlt mit 17 % für das erste Halbjahr und für das zweite Halbjahr mit 24,5 % angegeben.

Die Adam-Opel-AG hat nach Aussagen ihres Direktors im vergangenen Jahr einen Jahresüberschuß von 471 Mio DM erzielt, um nur ein Beispiel zu nennen. Das ist eine Steigerung um 80 %. In dieser Situation ließ sich die Gewerkschaftsführung, vor allem die größte Einzelgewerkschaft im DGB, die IG-Metall, auf die „Stabilitätspolitik“ der Regierung festnageln. 8,5 % Lohnerhöhung am Jahresanfang brachten für die Beschäftigten der Metallindustrie eine Reallohnsenkung. Während sich die Gewerkschaftsführung noch zu den „stabilitätsgerechten“ Lohnabschlüssen beglückwünschte, dankten ihnen es die Unternehmer mit weiteren Preissteigerungen und verschärfter Arbeitsetze. Die Unzufriedenheit mit dieser Entwicklung unter den Arbeitern und Angestellten wuchs, bis schließlich der von den Unternehmern und der Regierung gleichermaßen gefürchtete „heiße Lohnherbst“ schon im August begann — mit einer Welle von spontanen Arbeitsniederlegungen in der Metallindustrie.

Der spektakulärste und in vieler Hinsicht bedeutendste Streik war sicher der 5-Tage-Ausstand der 20 000 Ford-Arbeiter. Bei diesen Streiks zeigte es sich in aller Schärfe, daß ohne eine einheitlich handelnde, sich ausschließlich an den Interessen der Belegschaft orientierende Gewerkschaft, daß ohne eine starke DKP die Belegschaft den Provokationen der Konzernleitung ausgeliefert ist und zudem linksopportunistische Klübchen ein leichtes Spiel haben. Zu diesen allgemeinen Lehren, die sich aus dem Ford-Streik unmißverständlich ergeben, kommen ihrer Qualität nach neue Lehren hinzu, vor allem, was das Problem der ausländischen Arbeiter angeht. Der Ford-Streik soll deshalb im folgenden etwas ausführlicher dargestellt werden.

Das erfahren vor allem die 13 000 ausländischen Arbeiter bei Ford, in der Mehrzahl Türken, Tag für Tag am Fließband. Vor Ausbruch des Streiks hatte sich die ohnehin besonders intensive Ausbeutung der türkischen Fließbandarbeiter noch verschärft. An den Bändern fehlten die türkischen Kollegen, die zu spät aus dem Urlaub ihre Arbeit wieder aufnehmen wollten und wegen unentschuldigten Fehlens entlassen wurden. Obwohl deswegen das Produktionsprogramm von 1300 auf 1150 Einheiten gesenkt wurde, mußten die Arbeiter mehr Operationen als gewöhnlich durchführen. Diese Über-



Firma Pierburg in Neuss: 3000 deutsche und ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter kämpften erfolgreich gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen und Teuerungszulagen.

beanspruchung wurde schließlich so groß, daß sich die Spätschicht am Freitag, dem 24. August, weigerte, noch mehr Arbeit zu übernehmen. Die akute Unzufriedenheit der türkischen Arbeiter, die den Streik auslöste — die Entlassungen spielten dabei entgegen den Darstellungen der bürgerlichen Presse nur eine untergeordnete Rolle — haben längerfristige Ursachen in der seit Jahr und Tag miserablen Situation der türkischen Ford-Arbeiter und der allgemeinen Situation der ausländischen Arbeiter in unserer Gesellschaft.

Bei Ford sind die ausländischen Arbeiter gewissermaßen Arbeiter zweiter Klasse. Sie arbeiten in der Regel an den Fließbändern, wo das Arbeitstempo in den letzten Jahren immer mehr verschärft wurde, sie müssen oftmals einen Springer 10- bis 12mal rufen, bevor sie zur Toilette gehen können. Trotzdem ist ihr Lohn nied-

riger als der ihrer deutschen Kollegen. Ihre Arbeitsplätze wurden — wenn auch unter Kontrolle des Betriebsrats — in der Mehrzahl in die niedrigsten Lohngruppen 3 bis 6 eingestuft. Neben diesen Lohnbenachteiligungen unterliegen die ausländischen Arbeiter dem besonderen Druck ihrer Vorgesetzten im Betrieb, die sie mit der Drohung der Abschiebung immer wieder disziplinieren können. Keinerlei Kenntnisse über ihre betrieblichen Rechte und das Lohnfindungssystem, menschenunwürdige Wohnverhältnisse, fehlende Schul- und Berufsausbildung ihrer Kinder, ihre völlige Isolierung von der deutschen Bevölkerung, nationalistische Vorurteile und vieles andere mehr machen den ausländischen Arbeitern in der BRD das Leben oftmals zur Hölle. Kein Wunder, daß an jenem Freitag bei Ford das Faß überlief. 1 DM mehr Lohn für alle, Rücknahme der Kündigungen, 13. Mo-

Zum Jahresbericht der Ford AG

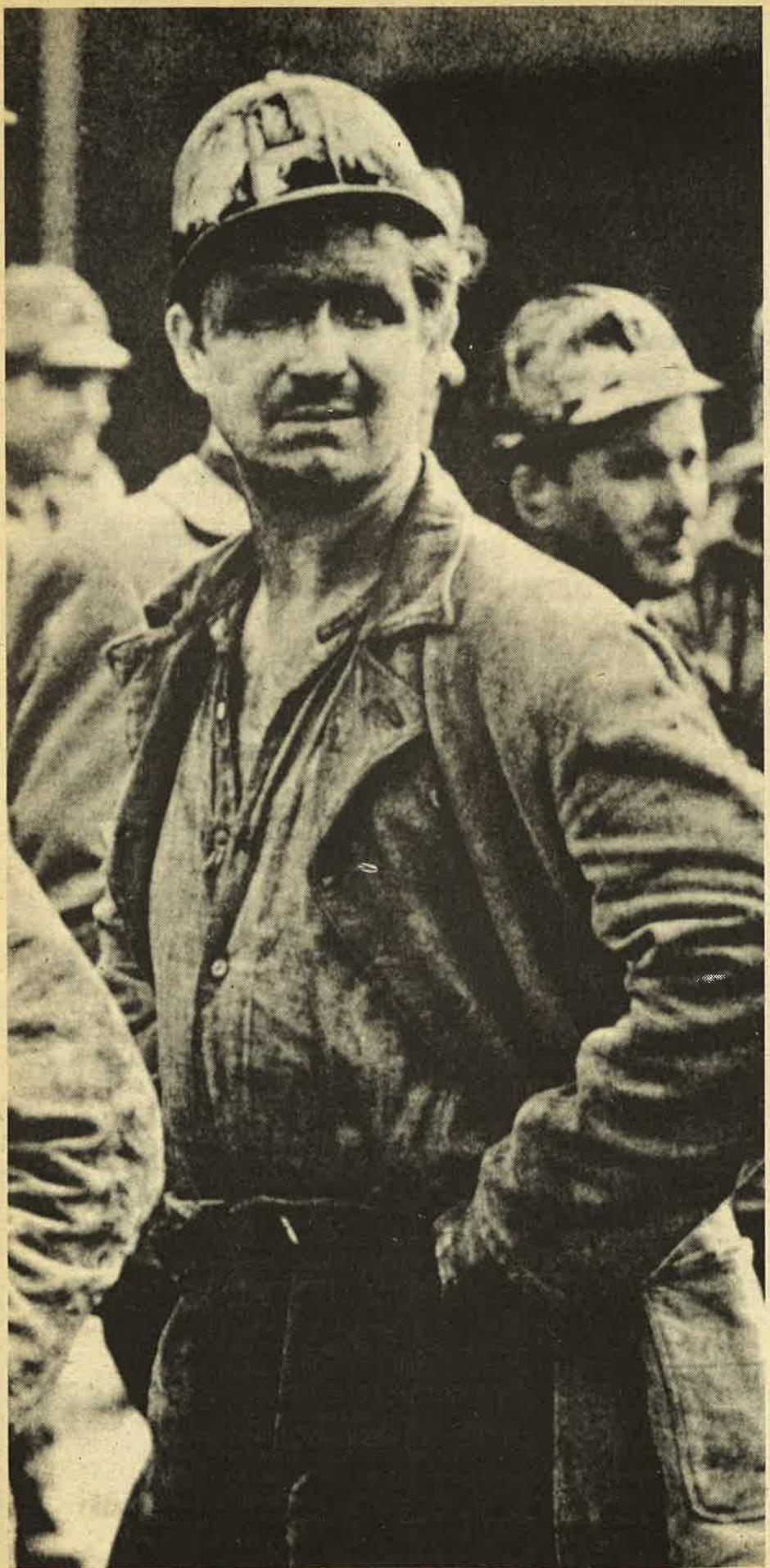
Ein erster grober Überblick vermittelt folgendes Bild vom tatsächlichen Netto-gewinn:

Ausgewiesener Jahresüberschuß	158 Millionen DM
Erhöhungen Pensionsrückstellungen	23 Millionen DM
Erhöhung andere Rückstellungen	49 Millionen DM
Überhöhte Abschreibungen (10 % tatsächlicher Verschleiß)	155 Millionen DM
50 % „sonstige Aufwendungen“	272 Millionen DM
Vorstandsbezüge und Ruhegelder	3 Millionen DM

660 Millionen DM

Nettогewinn	4,5 und 5,0 %
Das sind pro Beschäftigten mehr als 12 000 DM	8,5 %
Die Lohn- und Gehaltsforderungen setzen sich wie folgt zusammen:	3,0 %
DGB-Zielprojektion für Arbeiter und Angestellte netto und real zwischen	1,5 %
Steigerung der Lebenshaltungskosten 1973	
Steuerprogression und Versicherungsbeiträge	
Nachholbedarf von 1972	

Ohne Berücksichtigung der Steigerung der Arbeitsproduktivität 18,0 %



natsgehalt, 6 Wochen Urlaub, verbesserte Arbeitsbedingungen und Drosselung des Arbeitstemos waren die Forderungen der türkischen und deutschen Arbeiter. Der Warnstreik der gesamten Ford-Belegschaft wurde dann auch am Montag, dem 27. 8., von allen fortgesetzt. Allerdings zeigte sich bereits an diesem Montag, daß die IG-Metall und ihre gewerkschaftliche Vertretung im Betrieb, der Vertrauensleutekörper und die Vertrauensleutekörperleitung nicht fähig oder nicht bereit waren, die Führung des Streiks zu übernehmen und die maßgeblichen Teile des Betriebsrats, vor allen Dingen der Betriebsratsvorsitzende Lück, nicht gewillt waren, die Kraft der 20 000 streikenden Ford-Arbeiter in die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung einzusetzen. Lück sah in dem Streik eine Aktion gegen den Betriebsrat und lehnte jede Aussprache mit den Streikenden kategorisch ab. Das erlaubte es einer selbsternannten Streikleitung, die unter Einfluß zweier Maoisten stand, die Führung des Streiks zu übernehmen. Das Streik-Komitee vertrat von Anfang an gewerkschaftsfeindliche Positionen und trug dazu bei, daß eine Kluft zwischen ausländischen und deutschen Arbeitern entstand und sich verschärfte. Die Ford-Geschäftsleitung reagierte auf den Streik mit Aussperrung, gegen die es von Seiten des Betriebsrats und der IG-Metall keinerlei Protest gab. Die Geschäftsleitung konnte die Aussperrung am Montag nicht durchsetzen. Tausende von Streikenden, im wesentlichen jedoch türkische Arbeiter, blieben im Werk. Die Verhandlungen zwischen Gesamtbetriebsrat und Geschäftsleitung zeigten am Montag kein Ergebnis. Am Dienstag versuchten Teile der IG-Metall, des Vertrauensleutekörpers und des Betriebsrats, mit den streikenden Arbeitern zu diskutieren. Allerdings nahmen nur 500 an einer IGM-Kundgebung teil, während sich insgesamt 5000 bis 6000 Streikende im Werk befanden. Der Betriebsratsvorsitzende Lück lehnte es nach wie vor ab, zu den Streikenden zu sprechen. Es kam jedoch zu vereinzelten Kontakten zwischen Streikleitung und Betriebsrat — eine engere Zusammenarbeit lehnte aber der Betriebsrat aufgrund der Forderung des Streik-Komitees an den Betriebsrat, den Streik als legal anzunehmen — was ihm nach dem Betriebsverfassungsgesetz verboten ist — ab. Von diesem Zeitpunkt an wurden Betriebsrat und Gewerkschaft vom Streik-Komitee nur noch als „Arbeiterverräte“ bezeichnet. Auch an diesem Dienstag blieben die Verhandlungen ohne Ergebnis.

Die Kluft zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern hatte sich weiter vertieft. Am Mittwoch, dem 4. Streiktag, beteiligten sich fast keine deutschen Arbeiter mehr aktiv am Streik. Eine skrupellose Informationspolitik der Geschäftsleitung, die den Streik als von Linksextremisten angezettelt verketzte, ließ die aggressive Stimmung der deutschen Arbeiter wachsen. Zwar forderte die IG-Metall bzw. der Betriebsrat die Streiken-

den auf, sich von den Linksoppositionen nicht provozieren zu lassen, sie taten aber nichts, um die schamlosen Fehlinformationen der Geschäftsleitung zu entlarven und den Streikenden eine positive Orientierung zu geben.

Nachdem die Taktik der Geschäftsleitung mit der Aussperrung gescheitert war, bereitete sie am Mittwoch die offene Konfrontation vor. Sie ließ ein Flugblatt verteilen, in dem sie dazu aufforderte, sich den Terror einer kleinen radikalen Minderheit nicht länger bieten zu lassen. Die Arbeiter sollten deshalb die Spätschicht wieder aufnehmen. Es wurde ein Vorwand für den Polizeieinsatz gesucht, den jedoch an jenem Mittwoch die IGM, die durch die DKP von den ungeheuerlichen Provokationen der Geschäftsleitung unterrichtet worden war, beim Kölner Polizeipräsidenten nochmals verhinderte. Der Betriebsrat hat dem Polizeieinsatz weder zugestimmt noch hatte er ihn eindeutig missbilligt. Er stellte vielmehr in opportunistischer Weise Bedingungen für den Polizeieinsatz.

Das Angebot der Geschäftsleitung am Mittwochnachmittag von 280,— DM Teuerungszulage und Bezahlung der Streiktage unter der Bedingung der Wiederaufnahme der Arbeit wurde von den Streikenden abgelehnt. Das Streik-Komitee beschloß, den Streik weiter fortzusetzen, nachdem die Geschäftsleitung auf die Forderung des Streik-Komitees, nur noch mit ihm direkt zu verhandeln, nicht eingegangen war. An diesem Mittwoch kam es zur großen Demonstration von 5000 bis 6000 Streikenden während des Ausstandes.

Am Donnerstagmorgen merkte man, daß die Konfrontation unmittelbar bevorstand. Bereits organisierte Schlägertrupps überfielen die Flugblattverteiler der DKP. Im Werk organisierten Manager, Gruppenleiter, Obermeister und Meister eine Demonstration von „Arbeitswilligen“ gegen die Demonstration der Streikenden an diesem Morgen. Leider ließen sich deutsche Arbeiter dazu aufhetzen. Nach dem Zusammenstoß der beiden Demonstrationszüge kam es zu der von den Managern angezettelten Massenprügelei, vor allem die aktiven Arbeiter wurden brutal zusammengeschlagen. 18 wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Die Polizei, die „zu Hilfe“ gerufen wurde, verhaftete 26 Arbeiter. Damit war der Streik, der als eine gemeinsame Aktion aller Ford-Arbeiter begonnen hatte, zusammengebrochen.

Zurückgeblieben ist — neben dem Teilerfolg von 280,— DM Teuerungszulage und der Bezahlung der Streiktage — eine tiefe Kluft zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern, Unzufriedenheit mit der IG-Metall und dem Betriebsrat.

Der auf der Vertrauensleutekonferenz von Ford dann einstimmig verabschiedete Aufruf an die Belegschaft zur Solidarität zwischen ausländischen und deutschen Kollegen war jedoch ein erster Schritt,

um die Kluft zwischen den deutschen und den ausländischen Arbeitern wieder zuschütten.

Aus dem Streikablauf wird die Rolle der handelnden Gruppen klar ersichtlich. Der größere Teil des Betriebsrats, allen voran sein Vorsitzender Lück, bemüht seit langem mit legalistischen Argumenten sein opportunistisches Verhalten, wenn es darum geht, die Interessen der Belegschaft zu vertreten. Informationen sprechen dafür, daß die Niederschlagung des Streiks mit Lück abgesprochen war. Das erklärt auch die Tatsache, daß Lück vom Vorstandsvorsitzenden Schalenberger nach dem Polizeieinsatz zu seiner „guten Arbeit“ gratuliert wurde. Der Vertrauensleutekörper der IGM, der aus 1200 Mann besteht, wurde von der Vertrauensleutekörperleitung nicht organisiert in den Streik eingesetzt. Er wurde während des Streiks kein einziges Mal einberufen. Seine Konzeptionslosigkeit ist im wesentlichen zurückzuführen auf die Personalunion von Vertrauensleutekörper und Teilen des Betriebsrats. Dadurch bekamen die Streikenden keine zuverlässigen Informationen und waren auf die Falschmeldungen der Geschäftsleitung angewiesen. So kam es, daß viele die Aktionen der Türken für den Gang der Verhandlungen für schädlich hielten.

Die DKP hat als einzige Partei die berechtigten Forderungen der Ford-Arbeiter von Anfang an unterstützt. Mit ihrer Betriebszeitung, dem Prüfstand, der während der vier Streiktage siebenmal erschien, versuchte sie in der Belegschaft die richtige Orientierung zu geben. Allerdings nahm der Einfluß der Betriebszeitung in dem Maße ab, wie der Antikommunismus in der Belegschaft aufkam. Der Einfluß der Betriebszeitung war jedoch generell begrenzt durch die relativ schwache Verankerung der Betriebsgruppe der DKP bei Ford.

Die spontanen Arbeitsniederlegungen und auch der Streik bei Ford richteten sich keinesfalls gegen die Gewerkschaften, wie es die Unternehmer und die Mehrheit des SPD-Parteivorstandes verstanden wissen wollen. Sie sind vielmehr die Aufforderungen von Kampfbereitschaft der Belegschaften, die ganze gewerkschaftliche Kraft in die Waagschale der Lohnauseinandersetzungen zu werfen. Sie sind auch der Ausdruck dafür, daß es immer mehr Arbeitern bewußt wird, daß es ohne eine Mobilisierung der Belegschaften mit den Unternehmern immer wieder nur faule Kompromisse geben wird. In diesem Sinne reichten auch die türkischen Arbeiter von Ford der IG-Metall noch einmal die Hand, als diese auch die Vertrauensleutevollkonferenz von Ford aufforderte, sich für die Interessen der türkischen und deutschen Arbeiter, die im Streik nicht durchgesetzt werden konnten, jetzt massiv einzusetzen. Ansonsten würde wieder gestreikt!

Immer da, wo die Belegschaften und die gewerkschaftliche Vertretung im Betrieb



von Anfang an in die Lohnauseinandersetzung miteinbezogen wurden, kommen an den Interessen der Belegschaft orientierte Beschlüsse zustande. Aktive Lohnpolitik, wie sie das DGB-Gewerkschaftsprogramm formuliert, heißt in der kommenden Lohnrunde der IG-Metall und der ÖTV Lohnerhöhungen: kein Abschluß unter 18 %. Bedenkt man dabei, daß die Regierung uni-sono mit den Unternehmern bei sog. „maßlosen“ Lohnforderungen offen mit Entlassungen drohen (Brandt: „Kälteeinbruch in der Beschäftigung“), daß sie, wie nicht nur bei Ford, Streiks um berechtigte Forderungen mit Polizei niederknäppeln lassen, wenn alle soziale Demagogie nicht mehr hilft, dann wird klar, wie notwendig bei der Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen eine einheitlich handelnde, an den Klasseninteressen der Arbeiter und Angestellten orientierte Gewerkschaft ist.

Die gewachsene Kampfbereitschaft von deutschen und ausländischen Kollegen auf der einen und brutale Reaktionen der Unternehmen, ihrer Presse und ihrer politischen Sachwalter auf der anderen Seite verweisen auf noch größere Härte in den kommenden Lohnkämpfen.

Die DKP war die einzige Partei, die in den vergangenen Auseinandersetzungen gerade diesen wichtigen Zusammenhang zwischen ökonomischem und politischem Kampf immer wieder aufzeigte. Ihr Eintreten für einheitlich handelnde, klassenkämpferische Gewerkschaften, ihre Enttäuschungen über die Vorgänge in Chefetagen und Ministerien erweisen die DKP als konsequente Interessenvertreterin der Werktätigen.

„Die Praxis des Klassenkampfes bestätigt, daß die Politik der Brandt-Scheel-Regierung kein Weg zum gesellschaftlichen Fortschritt, zur Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik zugunsten der Arbeiterklasse und der demokratischen, fortschrittlichen Kräfte ist. In dieser Situation bleibt die weitere Stärkung der DKP eine Schlüsselfrage...“ (Ludwig Müller, in: Arbeiter-Seminar '73)



Das ist Ute Bahr, im vierten Semester Chemie-Studentin aus Bonn. Uns hat interessiert, was sie vom Parteitag der DKP, der vom 2.-4. November in Hamburg stattfindet, erwartet.

Allein können wir nichts ausrichten

„Viell In der Hauptsache eine weitere und schnellere Stärkung der Partei der Arbeiterklasse. Denn das nützt auch dem Spartakus. Wir haben ja ein Aktionsprogramm mit der Losung ‚für die eigenen Interessen kämpfen — Mit der Arbeiterklasse verbünden‘. Je stärker also unser Verbündeter, die Arbeiterklasse und besonders die in der DKP organisierte Arbeiterklasse ist, um so bessere Voraussetzungen und Bedingungen hat der Kampf der Studenten. Da braucht man doch nur nach Frankreich zu gucken. Wir sind als Studenten auf die Unterstützung der Arbeiterklasse angewiesen, bzw. wir sind darauf angewiesen, die Arbeiterklasse zu unterstützen; denn allein können wir nichts ausrichten, den Sozialismus nicht erkämpfen. Außerdem stimmen unsere Interessen

weitgehend überein: Demokratie — Mitbestimmung — Sozialismus. Je größer und stärker die marxistischen Organisationen, also die DKP, die SDAJ und der MSB sind, um so unmöglich wird es für die reaktionären Kreise in der BRD, das verfassungswidrige Berufsverbot aufrecht zu erhalten.

Seit Februar habe ich im Spartakus mitgearbeitet, bin aber aus Angst vor dem Berufsverbot nicht eingetreten. Inzwischen habe ich begriffen — und das ist mir besonders im Fall Hans Hermsen an der Bonner Uni deutlich geworden: Die reaktionären Verfassungsfeinde würden ihr Ziel, die demokratische Bewegung zu schwächen, erreichen, wenn wir uns einschüchtern ließen.

Deshalb bin ich Mitglied des Spartakus geworden — jetzt, am 1. Oktober.“

**Bitte einsenden an: MSB SPARTAKUS,
53 Bonn, Postfach**

- Ich möchte zu einer Mitgliederversammlung des Spartakus am Ort eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied im Spartakus werden.
- Ich bitte um Informationsmaterial über den MSB SPARTAKUS.

(Gewünschtes ankreuzen)

Name

Vorname

Hoch- bzw. FH-Schule

Ort

Straße

Unterschrift

Ihre ganze Verlogenheit

Die Ministerpräsidenten und Bundeskanzler Brandt halten am Berufsverbot für Kommunisten und andere Demokraten fest. Mit der damit verbundenen Absichtserklärung, eine gesetzliche Präzisierung des Berufsverbots anzustreben, steuern sie zudem eine weitere Verschärfung dieser verfassungswidrigen Praxis an.

Doch die Herren Regierungschefs haben sich verrechnet: zu offen betreiben sie den Verfassungsbruch im Interesse des Großkapitals. Die Treuepflicht des Beamten stehe über dem im Grundgesetz garantierten Parteienprivileg, sagen sie. Eine Verfassungsinterpretation, wie wir sie von den CDU/CSU-Politikern, den Freunden und Förderern der chilenischen Putschisten, gar nicht anders erwartet hätten. Es kann aber auch nicht mehr verborgen bleiben, daß die SPD-Führung sich die Verwirklichung ihres „demokratischen Sozialismus“ offenbar nur in unbedingter Solidarität mit denen vorstellen kann, die dem blutigen Terror gegen das chilenische Volk unverhohlen applaudieren.

Die große Koalition der Demokraten- und Kommunistenjäger will offenbar auch bei uns die Verfassung brechen, um „die Substanz der Verfassung zu retten“. Sie führen damit der Öffentlichkeit die Verlogenheit ihrer Demokratie- und Freiheitspropaganda drastischer denn je vor Augen.

Alle demokratischen Kräfte müssen jetzt wachsam sein! Kommunisten, Sozialdemokraten und Liberale, alle Arbeiter und Studenten sind jetzt aufgerufen, die demokratischen Rechte und Freiheiten gegen die Angriffe des Großkapitals und der Reaktion zu verteidigen und den Kampf so lange zu verstärken, bis die Berufsverbote vom Tisch gefegt sind.

Die neueren Fälle von Berufsverbot lassen sich kaum noch dokumentieren. Zwei seien herausgegriffen:

In der Schule

Der Hamburger SPD/FDP-Senat, schon immer Vorreiter in Sachen Berufsverbot, entschied wieder besonders infam: Nach dem erfolgreich bekämpften Versuch, Ilse Jacob, Tochter des international bekannten, ermordeten Antifaschisten Franz Jacob, die Verbeamtung zu verweigern, soll jetzt Rainer Naujoks aufgrund seiner Mitgliedschaft in MSB und DKP nicht Lehrer werden dürfen. Rainer ist Sohn des ehemaligen Lagerältesten im KZ Sachsenhausen, Harry Naujoks. Harry Naujoks, heute Präsident des internationalen Sachsenhausen-Komitees, hatte noch während seiner zwölfjährigen KZ-Haft unzähligen Mit-Häftlingen durch seinen persönlichen Einsatz das Leben gerettet. Sein Sohn hat sich das Vertrauen der Hamburger Studenten in Fachausschussrat, Fachbereichsrat und AStA erworben.

Im Betrieb

Die Direktion der Klöckner-Werke AG, Hütte Bremen, will noch vor Beginn der neuen Lohnrunde den profilierten Sprecher der Belegschaft ausschalten: Dem Betriebsratsvorsitzenden Heinz Röpke ist frustlos gekündigt worden! Diese von langer Hand vorbereitete Provokation hat in der Hütte tiefe Empörung ausgelöst. Die DKP hierzu: „In einer Zeit, da Hunderttausende Arbeiter und Angestellte im Kampf um einen Ausgleich für die vom Großkapital verursachten Preistreibereien und um die Durchsetzung höherer Löhne und Gehälter stehen — in einer Situation, da Gewerkschaften erklären, daß die spontanen Reaktionen der Belegschaften legitim sind, soll der Bewegung der Arbeiter mit brutalen Repressalien gegen mutige Vertreter ihrer Interessen das Rückgrat gebrochen werden. Die Bosse sagen Röpke und meinen die Arbeiter und Angestellten, die sich gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage zur Wehr setzen.“



Claudia Eisinger in der Festival-Delegation des MSB Spartakus. Selbst vom Berufsverbot betroffen, berichtete sie auf einem Forum in Berlin über die Hexenjagd-Politik der Brandt-Regierung. Die ausländischen Teilnehmer waren erschrocken, daß solche Praktiken heute wieder in der BRD möglich sind.



Unternehmer-Arbeiter: Die Schere wird von Jahr zu Jahr größer

Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Westberlin hat jetzt eine detaillierte Gliederung der Einkommensentwicklung der verschiedenen Schichten in der Bundesrepublik und Westberlin vorgenommen. Das Ergebnis widerlegt die Behauptung, daß die „soziale Marktwirtschaft“ die größten sozialen Ungerechtigkeiten beseitigt habe. Das Gegenteil ist der Fall. Die Selbständigen, also die Unternehmer, bauten ihren vorhandenen Einkommensvorsprung in den letzten 20 Jahren kontinuierlich aus. Berechnet wurde das Einkommen in Haushalten (4 Personen) der Gruppen Selbständige, Angestellte, Arbeiter und Rentner.

Selbständige 1950: 567 DM, 1970: 3267 DM. Angestellte 1950: 425 DM, 1970: 1824 DM. Arbeiter 1950: 331 DM, 1970: 1519 DM.

Rentner 1950: 203 DM, 1970: 911 DM. Zu berücksichtigen bei diesen Zahlen ist, daß innerhalb 20 Jahren viele Selbständige, vor allem kleinere Unternehmer, ihre Betriebe aufgeben mußten und zu Lohn- oder Gehaltsabhängigen wurden.

Hier die Zahlen, die das Offnen der Einkommensschere zeigen: Die Differenz zwischen Nettoeinkommen der Selbständigen und der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) betrug 1950 etwa 205 DM, 20 Jahre später rund 1610 DM. Bei den Rentnern wuchs die Differenz von 365 DM (1950) auf 2355 DM (1970) an.

Die Unternehmer konnten ihr Einkommen in den letzten 20 Jahren im Schnitt jährlich um 9% steigern, die Rentner um 7,6%, die Arbeiter um 7,5%, die Angestellten um 7,3%.

gut, daß das Volk dumm bleibt, denn: „Weil nur wenige Steiners Entblätterung beobachten konnten, weil die Reporter immer nur die wichtigsten Aussagen zusammenfassen, weil nicht alles lesbar vorliegt — nur deshalb hat das Parlament weiterhin eine Chance.“

„Reformer“ und Rechtsradikale Hand in Hand

Eine in Zürich und München herauskommende „unabhängige slowakische Zeitschrift“ namens „Horizont“ erfreut sich der Unterstützung führender Rechtsradikaler und Reaktionäre. „Horizont“ fühlt sich, eigener Aussage nach, dem „freiheitlichen Sozialismus des Dubcek-Frühlings“ verbunden. Das Blatt hat eine Auflage von 10 000 Exemplaren und wirbt jetzt, in einem Brief an „gleichgesinnte Freunde“, um Geldzuwendungen, um das Unternehmen fortzufinanzieren. Diese Bitte wird in dem Schreiben von so illustren Persönlichkeiten unterstützt wie: Dr. Otto von Habsburg, dem Ex-Bundesminister von Merkatz, einst DP, dann CDU, dem „Sudetendeutschen Präsidenten“ und CSU-MdB Walter Becher und seinem Parteifreund Hermann Götz.

Die Hälfte ist für Enteignung

Die Unzufriedenheit über die augenblickliche Situation auf dem Grundstücks- und Bodenmarkt wächst. Laut EMNID ist die Hälfte der Bevölkerung (49%) für Enteignung von Boden. Mieter von Wohnungen sind im Verhältnis von 2:1 für eine Enteignung, wenn mit Boden spekuliert wird, Eigenheimbesitzer haben hier die Auffassung: 43% für, 46% gegen.

Viele Leute glauben, daß Enteignung nach dem Grundgesetz gar nicht möglich ist. Wer solch falsche Auffassung hat, ist auch zu 70% gegen Enteignung, während Leute, die Bescheid wissen, viel eher dafür sind (64%).

Einladung aus der DRV

Eine Delegation der „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“ (IIVS) ist für die Zeit vom 22.—30. September zu einem Besuch in die Demokratische Republik Vietnam eingeladen worden.

Die Delegation, der Wolfgang Gehrcke (stellvertretender Bundesvorsitzender der SDAJ), Heinz Kopp (stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten), Wolfgang Kuldschun (Bundesvorstand der Jungdemokraten) und Peter Wahl (Vorstandsmitglied des VDS) angehören, wird von Frank Werkmeister, Sprecher der IIVS, geleitet und ist in der DRV beim „Komitee zur Verteidigung des Weltfriedens“ zu Gast.

Das Besuchsprogramm sieht u. a. Begegnungen mit Aufbaubrigaden, Gewerkschaftern, Bauern, Armeeangehörigen und Wissenschaftlern vor. Die „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“ ist ein Zusammenschluß von mehr als 40 Organisationen und Gruppen.

Ein Bericht folgt in den nächsten roten Blättern.

Antimperialistisches Informationsbulletin



Chile-Referat

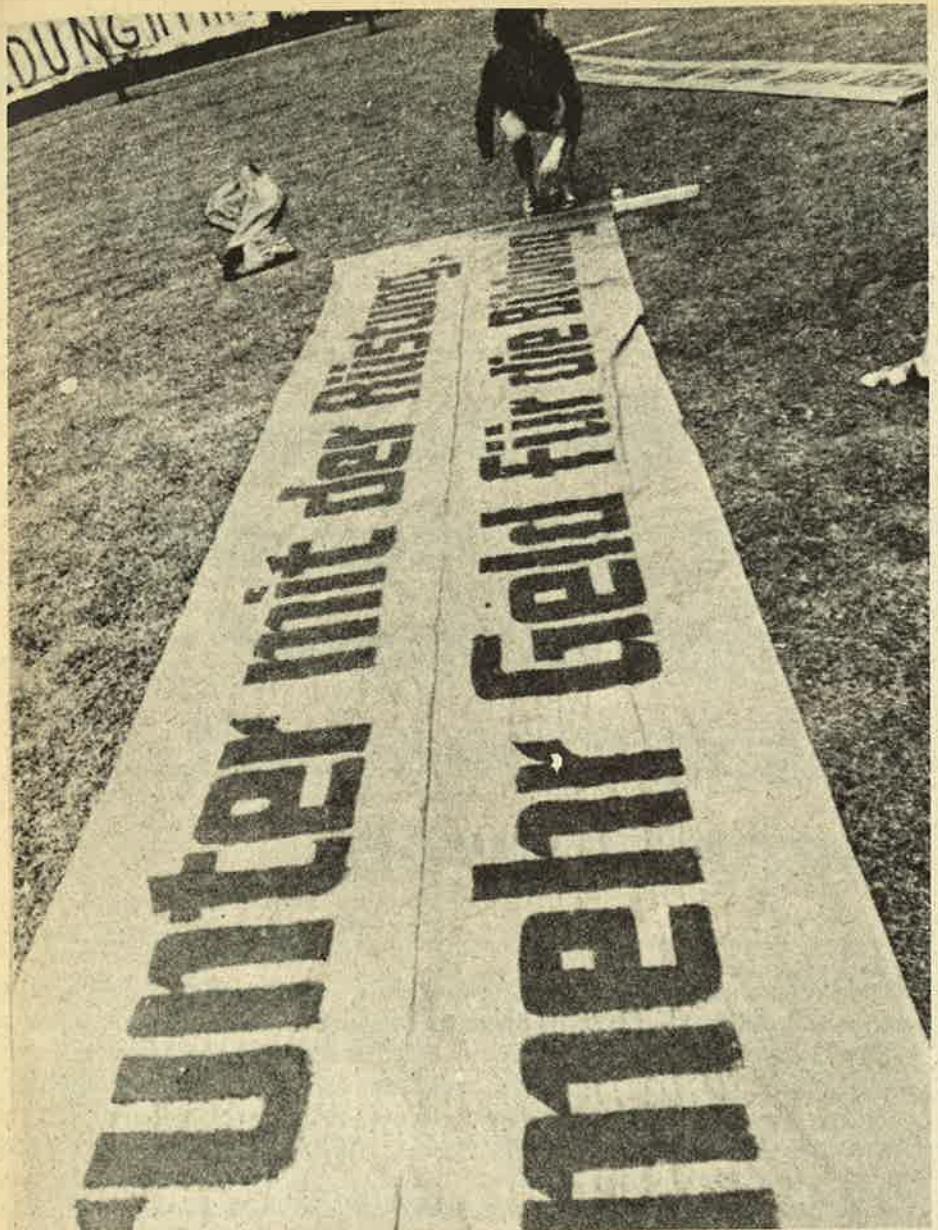
60 S., 4,- DM. Mit umfangreichem Dokumentenanhang. Inhalt u. a.: Frei-Regierung; Bedingungen für den Sieg der Unidad Popular; Kampf, Ziel und Erfolge der Volkseinheit; Hintergründe des Putsches; Widerstand des Volks.

Bestellungen an:

AIB, p. A. B. Schilling,
355 Marburg, Liebigstraße 46.

Entlarvende Feststellung

über den bürgerlichen Parlamentarismus flossen Ernst Dieter Lueg in der „Wirtschaftswoche“ aus der Feder. Lueg, der ansonsten als Fernsehreporter Bonns Politiker zu Plätzen-Statements für die „Tagesschau“ oder den „Bericht aus Bonn“ zu bitten hat, stellt fest: „Der Untersuchungsausschuß (in der Affäre Steiner) tagt öffentlich, doch richtig öffentlich ist er nicht... Wären die Sitzungen per Fernsehen wie Watergate in Washington direkt und in ganzer Länge zu den Bürgern geliefert worden, das Parlament brauchte die besten Public-Relations-Agenturen der Welt, um seinen ramponierten Ruf aufzupolieren.“ Wie



BRD an der Spitze der Rüstungsländer und Waffenhändler

Die Bundesrepublik ist in die Spitzengruppe der größten Rüstungsländer und Waffenhändler der Welt aufgerückt. Mit einem Militäretat von 28,4 Milliarden DM im Jahre 1973 gehört sie zu den sechs Rüstungsnationen, die zusammen 80 Prozent sämtlicher Rüstungsausgaben in der Welt aufbringen. Sie betrugen 1971 rund 190 Milliarden US-Dollar, und es steht bereits fest, daß sie sich 1973 nicht verringern. Innerhalb der westlichen Militärrallianz steht die BRD mit ihrem Rüstungsetat an zweiter Stelle hinter den USA.

Diese Feststellungen sind ein wesentliches Ergebnis der Untersuchungen des Stockholm International Peace Research Institute über Rüstung und Abrüstung in der Welt, die jetzt in dem SIPRI-Jahrbuch 1973 veröffentlicht wurden. Gleichzeitig stellt sich darin die Unwahrheit der Propagandabehauptung heraus, nach der die Sowjetunion ihre Rüstungsanstrengungen beträchtlich verstärkt haben sollte.

Aus dem rapiden Anstieg der Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung in den letzten Jahren ergibt sich eine Verlagerung der Rüstungsanstrengungen von der quantitativen auf die qualitative Ebene. Auch auf diesem Gebiet nimmt die BRD eine Spitzenposition ein. Sie hat ihre Ausgaben für militärische Forschungs- und Entwicklungsprojekte seit 1966 jährlich um durchschnittlich fünf Prozent erhöht, so daß sie 1972 bereits 1,36 Milliarden DM betragen.

Die Bundesrepublik zählt auch zur Spitzengruppe der internationalen Waffenhändler, die vor allem die Entwicklungsländer mit faschistischen Regimen mit Rüstungsgütern versorgen. Sie war 1972 die fünftgrößte Waffenhandelsnation, die Waffensysteme im Werte von 60 Millionen DM in Entwicklungsländer exportierte. Neben den bekannten Waffenlieferungen an den NATO-Partner Portugal wurden 1971/72 beispielsweise verkauft: 2 U-Boote an Argentinien, 4 Minensuchboote und 40 Raketen MBB Roland an Brasilien, 3 Torpedoboote an Ecuador, 4 U-Boote an Griechenland, 20 Transall-Militärflugzeuge und 2 U-Boote an die Türkei.

Bei einem Vergleich der von dem Stockholmer Institut errechneten Militärausgaben der NATO-Staaten und des Warschauer Paktes stellt sich heraus, daß die von führenden BRD-Politikern und hohen Bundeswehrroffizieren behauptete massive Aufrüstung der Sowjetunion und der sozialistischen Länder nicht den Tatsachen entspricht. Die Militärausgaben der Sowjetunion sind nach dem SIPRI-Jahrbuch von 1970 bis 1973 nicht um einen Rubel erhöht worden. Die Gesamtausgaben der NATO betrugen 1971 rund 106 Milliarden US-Dollar und erhöhten sich 1972 um drei Prozent (BRD 8 Prozent). Die gesamten Militärausgaben der Mitglieder des Warschauer Paktes beliefen sich dagegen 1971 nur auf 50,5 Milliarden US-Dollar und erhöhten sich 1972 nur um 0,8 Prozent, betont das Stockholmer Institut.

In dem Jahrbuch wird festgestellt, daß die BRD zu den wenigen Staaten zählt, die den Atomwaffensperrvertrag sowie die Verträge über das Verbot von Massenvernichtungsmitteln auf dem Meeresboden und das Verbot von bakteriologischen Waffen immer noch nicht ratifiziert haben. Sie befindet sich da in der Gesellschaft von Spanien, Portugal und Südafrika.

internationales



Festival

Wir, die Jugend der Welt, werden den Kampf in fester Zusammenarbeit weiterführen

X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten — fast unmöglich, auf so kleinem Raum einen Eindruck von dem zu vermitteln, was in diesem Sommer in Berlin los war! Festival, das war das persönliche Gespräch mit dem Delegierten aus einem der 140 vertretenen Länder und das Massenmeeting von 750 000 auf dem Marx-Engels-Platz; war das Popkonzert im Friedrichshain und das Symposium in der Humboldt-Uni. Da wurde Weltpolitik getrieben und wurden Freundschaften geknüpft. Festival, das war die größte antiimperialistische Manifestation der Weltjugend und ein Fest der Freude. „Das wird groß, das wird riesengroß ...“ sangen die Songgruppen der DDR, und sie hatten wahrhaftig recht. Versuchen wir einen Bericht.

„Also, das war so“, fing Günther an, „die Kollegen bei mir in der Brigade meinten, da mußt Du auch hin, zu den Weltfestspielen. Warum? Tja, nichts Besonderes eigentlich; ich hab beim Jugendprojekt mitgemacht, wohl ganz aktiv, wie die anderen auch, und dann in der FDJ, klar. Na jedenfalls kam ich in unsere Delegation. In der ganzen Vorbereitungszeit haben wir viele Diskussionen geführt, so über den Kampf der nationalen Befreiungsbewegung, Indochina, Naher Osten, Afrika, über den BRD-Imperialismus, na und übern Sozialismus, ist klar.“

Und dann wars auch schon soweit: Am Tag vor der Abfahrt gabs große Betriebsversammlung mit allen Kollegen — während der Arbeitszeit natürlich. Betriebsleitung war da, Gewerkschaft, FDJ und Partei. Haben alle noch mal gesagt, woraufs ankommt, und daß, wenn wir zurückkommen, es hier im Betrieb rund

geht, dann müssen wir in alle Abteilungen und berichten. Zum Abschluß meinten die Kollegen dann: Nu man los, zeigt, was ihr könnt!“

Günther hatte mit einigen Palästinensern auf dem Alex diskutiert über den Kampf gegen den israelischen Imperialismus. Er war Facharbeiter in einem stahlverarbeitenden Werk in Jena, 18 Jahre, wird im Herbst zur Volksarmee eingezogen und gehörte zur DDR-Delegation auf dem Festival. Und wenn er nicht an einer der Veranstaltungen teilnahm, diskutierte er auf dem Alex, dem Alexanderplatz, dem großen Kommunikationszentrum der X. Weltfestspiele. Von morgens neun bis morgens vier waren Stunde für Stunde ztausende auf dem Alexanderplatz, spielten, sangen, tanzten und diskutierten vor allem. Verblüfft notierte Walter Leo im „Vorwärts“ am 2. August in einem der wenigen BRD-Presseberichte, die sich weitgehend an der Wirklichkeit orientieren.“

tierten: „... eine Farbigkeit sondergleichen, eine — bisher freilich beispiellose — Lebensfreude von vielen Tausenden Jugendlicher... Lassen sich so viele Menschen wirklich dazu mißbrauchen, auf den Straßen Berlins bis spät in die Nacht zu hören, zu tanzen, zu singen, zu diskutieren, Freundschaften zu schließen, als seien sie Marionetten?... Läßt sich auch ihre Fröhlichkeit kommandieren, ihr Spaß, dabeizusein? Kann man ihr Interesse befehlen, ihre Anteilnahme herbeipfeifen?“

In der Erklärung des MSB SPARTAKUS heißt es dazu: „Der Berliner Alexanderplatz wurde in diesen Tagen zum Symbol einer weltoffenen und niveauvollen Auseinandersetzung“, und der Rundblick über die Armut des offiziellen geistigen Lebens in den kapitalistischen Ländern läßt hinzufügen: Ein Symbol dafür, daß heutzutage nur ein sozialistisches Land den fruchtbaren Boden für derartige Auseinandersetzungen bietet und daß solche Gespräche nur in den Reihen der antiimperialistischen Bewegung geführt werden können.

Dabei war der Alexanderplatz ja nur ein kleiner Ausschnitt in dem gewaltigen Gesamtprogramm des Festivals mit seinen 1500 offiziellen Veranstaltungen, Seminaren, Solidaritätsveranstaltungen, Massenmeetings und Kulturprogrammen. Daneben gab es Tausende kurzfristig vereinbarte Freundschaftstreffen zwischen den einzelnen nationalen Delegationen und politischen Gruppen.

Die arbeitenden Massen — politisch aktiv

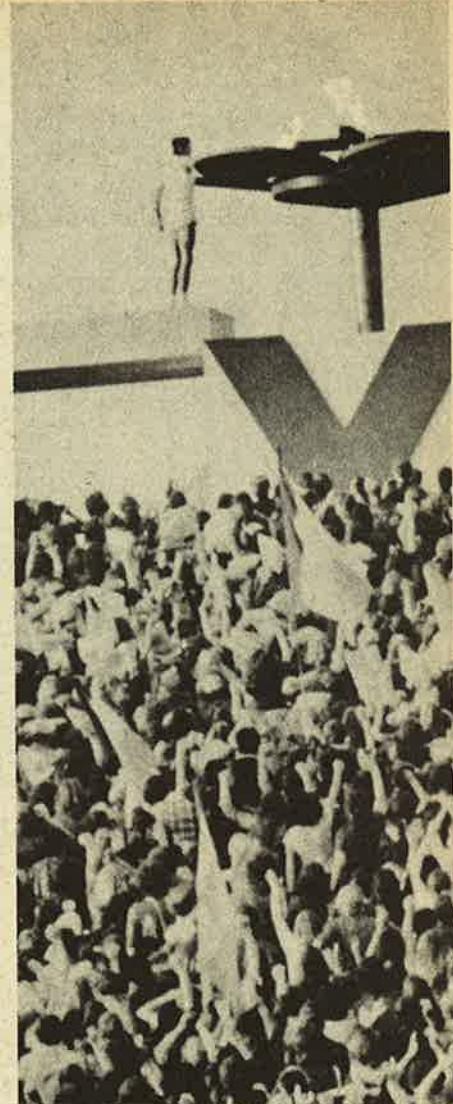
So hatten sich viele das Festival nicht vorgestellt. Die Diskussionen bei der 800 Mann starken Delegation aus der BRD zeigten bei der Anfahrt im Bus, daß etliche doch dem bundesdeutschen Pressegebäll von der „kommunistischen Monsterschau“ erlegen waren. Diese Skepsis legte sich auch noch nicht, als sie nach Berlin hereinfuhren, als sie sahen, wie jedes Haus geschmückt war, Wohngemeinschaften und Betriebsbelegschaften ihre antiimperialistische Solidarität mit dem vietnamesischen Volk, mit dem Volk von Chile bekundeten. Dies mochte immer noch „vom Staat organisiert sein“, auch wenn die Vielfalt und Phantasie, mit denen die Fabriken und Wohnbezirke gestaltet waren, das „unwahrscheinlich machten“.

Doch diese Skepsis mußte schon einen Tag später fallen. Denn solche ungestüme Begeisterung ließ sich nicht organisieren, wie sie die Berliner Bevölkerung der Demonstration der nationalen Delegationen zur Eröffnungsveranstaltung im Stadion der Weltjugend entgegenbrachten. Nicht nur die Berliner Jugend, auch die „alten“, die arbeitende Bevölkerung rief immer wieder von neuem: „Hoch die internationale Solidarität!“ Begeisterten Beifall erhielten die Vietnamesen, die

Chilenen, die Befreiungskämpfer aus Angola und Guinea Bissau, die in ihren Kampfanzügen marschierten, begeisterter Beifall erhielten auch all die anderen Delegationen. Denn die Ideen der antiimperialistischen Solidarität sind tief in den arbeitenden Massen der DDR verankert. In Tausenden von Betriebsversammlungen, überall in der DDR, hatten Arbeiter gegen die US-Aggression in Indochina demonstriert. Auch wenige Stunden nach dem faschistischen Putsch in Chile versammelten sich die Arbeiter überall in ihren Betrieben zu spontanen Solidaritätsversammlungen. Und schon wenige Tage später demonstrierten über 350 000 Berliner auf einer Großkundgebung gegen den Putsch.

Dieses hohe politische Bewußtsein der arbeitenden Massen, der Jugend der DDR war für viele der Delegierten aus der BRD eine neue und entscheidende Erfahrung. Denn was auf dieser Demonstration sichtbar wurde, bestätigten Tausende Gespräche in den folgenden Tagen: Eine Kenntnis der internationalen Lage, wie sie bei uns nur wenige Engagierte besitzen und eine politische und ideologische Überzeugungskraft in der Argumentation, die allen bundesrepublikanischen Erwartungen von einer dogmatisch starren und unsicheren Jugend Hohn spottete. Da wurde über den Volkskrieg diskutiert, über ökonomische Probleme in der DDR ebenso wie über den Kampf der palästinensischen Befreiungsbewegung. Wo aber die alten Plattheiten aus der nimmermüden Gebetsmühle des Antikommunismus auftauchten, begegnete die Jugend der DDR ruhig mit klaren Informationen über reale Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft. So mußte dann auch ein Sprecher der Jungsozialisten feststellen: „Zugegeben werden muß aber, daß einige von uns in einzelnen die DDR betreffenden Fragen sehr unzureichend informiert waren und entsprechende Schwächen in der Diskussion aufzuweisen hatten.“ (Berliner Stimme, 11. 8. 73.) Und der Hamburger CDU-Abgeordnete Rollmann stellte voller Schrecken im Kölner „Express“ am 7. 8. 73 fest: „Was mich erschüttert hat, ist die Tatsache, daß es dort (in der DDR, d. V.) heute eine starke Minderheit von wirklich überzeugten Kommunisten gibt.“ Er hatte mit der Jugend der DDR diskutiert.

Ein Frankfurter Gewerkschaftler traf auf der Rückfahrt im Bus das entscheidende Problem: „Daß Sozialismus nicht nur Verstaatlichung, ökonomische Veränderungen bringt, das ist mir eigentlich erst richtig in Berlin klar geworden.“ In der anschließenden Diskussion im Bus wurde dann deutlich, daß solches politisches Bewußtsein der Massen eben nur auf dem Boden eines sozialistischen Gesellschaftssystems diese Reife erlangen kann. Mehr noch, daß für jede sozialistische Gesellschaftsordnung die mögliche Entfaltung der schöpferischen Initiative der Volksmassen lebensnotwendig ist, um eben die Etappe zu verwirklichen, in der „Millio-



Olympiasieger Wolfgang Nordwig entzündet die Festivalflamme, die Fahne ist gehisst.



Gladys Marin, Mitglied des Politbüros des ZK der KP Chiles und Generalsekretär des Kommunistischen Jugendverbandes, verliest auf einer Pressekonferenz die Grußbotschaft Pablo Nerudas.



Treffpunkt der Weltjugend: Alexanderplatz.

nen und aber Millionen Menschen... selbständig Geschichte machen" (Lenin). Darum ist die Furcht der Stuttgarter Zeitung vom 7. 8. 73 berechtigt: „Es wäre fatal, würden die Festspiele in der Einschätzung der DDR und ihren Auswirkungen auf die Bundesrepublik als ein Wendepunkt verstanden werden.“ In der Tat haben viele BRD-Delegierte während der Weltfestspiele erkannt, daß ihr Engagement für Frieden, für eine demokratische und qualifizierende Ausbildung, für die Solidarität mit den gegen den Imperialismus kämpfenden Völkern übereinstimmt mit den Ideen, für die sich die sozialistischen Staaten, für die sich die Kommunisten schon immer eingesetzt haben.

Antiimperialistische Ideen – Grundlage für die Einheit der Weltjugend

Diese antiimperialistischen Ideen bildeten die Grundlage für die bisher nicht bekannte Einheit und Breite der Weltjugend. Sie verband die gemeinsamen Grundinteressen: In Frieden, ohne Revanchismus und Militarismus zu leben, die friedliche Koexistenz zu sichern. Eine qualifizierte Ausbildung zu erhalten, ausgerichtet an demokratischen Ausbildungszügen. Seine Fähigkeiten schöpferisch entfalten zu können. Sich an der Entwicklung und Leitung der Gesellschaft aktiv beteiligen zu können. Sich die kulturellen Traditionen der eigenen und anderen Völker anzueignen. Seine nationale Unabhängigkeit zu sichern. Diese grundlegenden Interessen bestimmten die Vorbereitung des Festivals durch alle antiimperialistischen Organisationen. Diese Grundinteressen bestimmen den Kampf der Jugend gegen die Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik der Monopole, den Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen gegen den Imperialismus, den Kampf der Jugend in den sozialistischen Staaten beim Aufbau des Sozialismus. Die Erfolge in diesem weltweiten antiimperialistischen Kampf, beim Aufbau des Sozialismus, die siegreichen Kämpfe der nationalen Befreiungsbewegung, die gewachsene Kraft und Einheit der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Staaten haben diese neue Stärke und Einheit der Weltjugend überhaupt erst möglich gemacht, ja, die Weltjugend selbst hat entscheidenden Anteil an dieser Veränderung des weltweiten Kräfteverhältnisses.

Diese Veränderung des Kräfteverhältnisses machte auch erst die Breite der politischen und weltanschaulichen Richtungen möglich, die bislang nicht erreicht wurde. Fast alle Delegationen setzten sich zusammen aus Kommunisten und Sozialdemokraten, Sozialisten, Gewerkschaftlern, Liberalen und Christen. So beteiligten sich zum Beispiel an der dänischen Delegation über 50 Mitgliederorganisationen, an der finnischen 56, an der französischen 40 und an der BRD-Delegation 45 Organisationen. Die Breite der Delegationen reichte bis tief in die bürgerlichen Jugendverbände hinein, umfaßte politische, konfessionelle, Kultur-, Sport-, und Touristenorganisationen. So

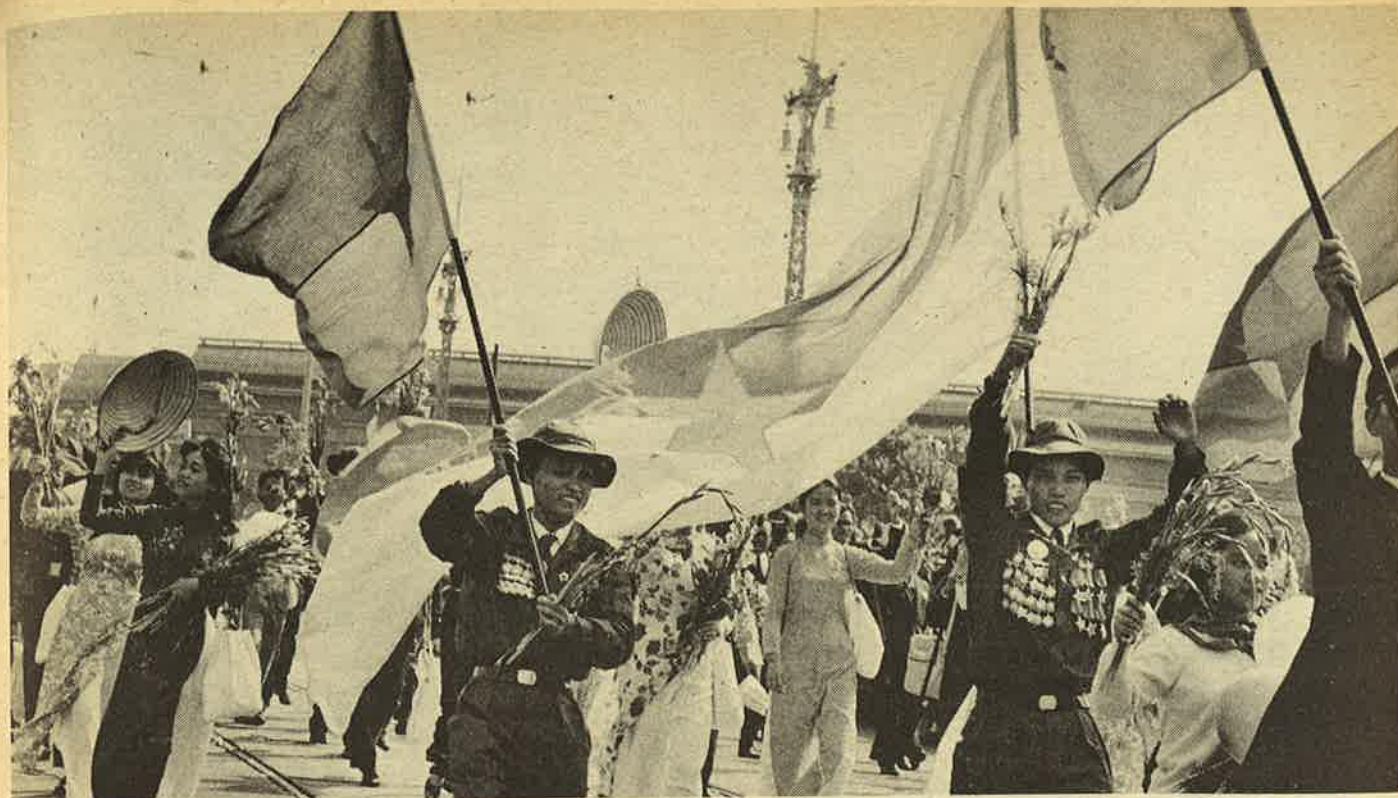
hatten 1700 Jugend- und Studentenorganisationen aus mehr als 140 Ländern ihre Delegationen entsandt. Und in der Vorbereitungszeit hatten sich über 1000 nationale Vorbereitungskomitees gebildet.

Gleichzeitig hat die Bereitschaft der Delegationen, während des Festivals „Trennendes anzuerkennen, aber zurückzustellen, um das gemeinsame antiimperialistische Ziel hervorzuheben, erheblich zugenommen“ (MSB-Erklärung).

„Große Unterstützung für unsere Revolutionäre!“

Die Einheit und Breite des Festivals schlug sich nieder in der großen Teilnahme der Delegationen der nationalen Befreiungsbewegungen. Gerade auch diese Delegationen repräsentierten die an den nationalen Befreiungsbewegungen teilnehmenden unterschiedlichen sozialen Schichten und Bevölkerungsgruppen. Dieses Festival und seine Vorbereitung trug dazu bei, weitere Klarheit zu schaffen bei der Überwindung von Schwierigkeiten in der Politik der nationalen Befreiungsbewegungen und jungen Nationalstaaten, Schwierigkeiten, die sich ergeben können aus dem unterschiedlichen Kräfteverhältnis der Klassen in den Befreiungsbewegungen und Nationalstaaten.

Vor allem aber führte das Festival zu einer weiteren neuen Festigung des Bündnisses zwischen den nationalen Befreiungsbewegungen, den jungen National-



Die vietnamesische Delegation.

staaten und der sozialistischen Staaten-gemeinschaft. Sie erfuhren noch einmal die wichtige Rolle der sozialistischen Staaten im weltweiten antiimperialistischen Kampf. Yasser Arafat, der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Palästinensi-schen Befreiungsfront, formulierte das auf dem Festival ganz konkret: „Unser Volk und unsere Revolutionäre schätzen hoch ein, was unsere Freunde in den sozialisti-schen Ländern leisten. Wir haben hoch eingeschätzt, was unser Genosse Bre-schnew in den Verhandlungen mit dem amerikanischen Präsidenten Nixon in der gemeinsamen Erklärung der Sowjetunion und der USA über die Rechte des pa-lästinensischen Vokes gesagt hat. Wir werten das als eine große Unterstützung für unseren weiteren Kampf... Das Festi-val wird... neue Kraft, Standhaftigkeit und Optimismus geben, auch uns, dem Volke von Palästina.“

Aufschwung antiimperialistischer Solidarität

Das Festival führte mit seinen gemein-samen Diskussionen und Aktionen zu ei-nem Aufschwung der antiimperialisti-schen Solidaritätsbewegung. Ein Schwer-punkt war dabei die Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes. Schon wäh rend des Festivals, wenige Monate vor dem faschistischen Putsch, schätzte Gladys Marin, die Generalsekretärin des kommunistischen Jugendverbandes Chiles, die Lage in ihrem Land ein: „Chile er-lebt gegenwärtig die entscheidenden Ta-

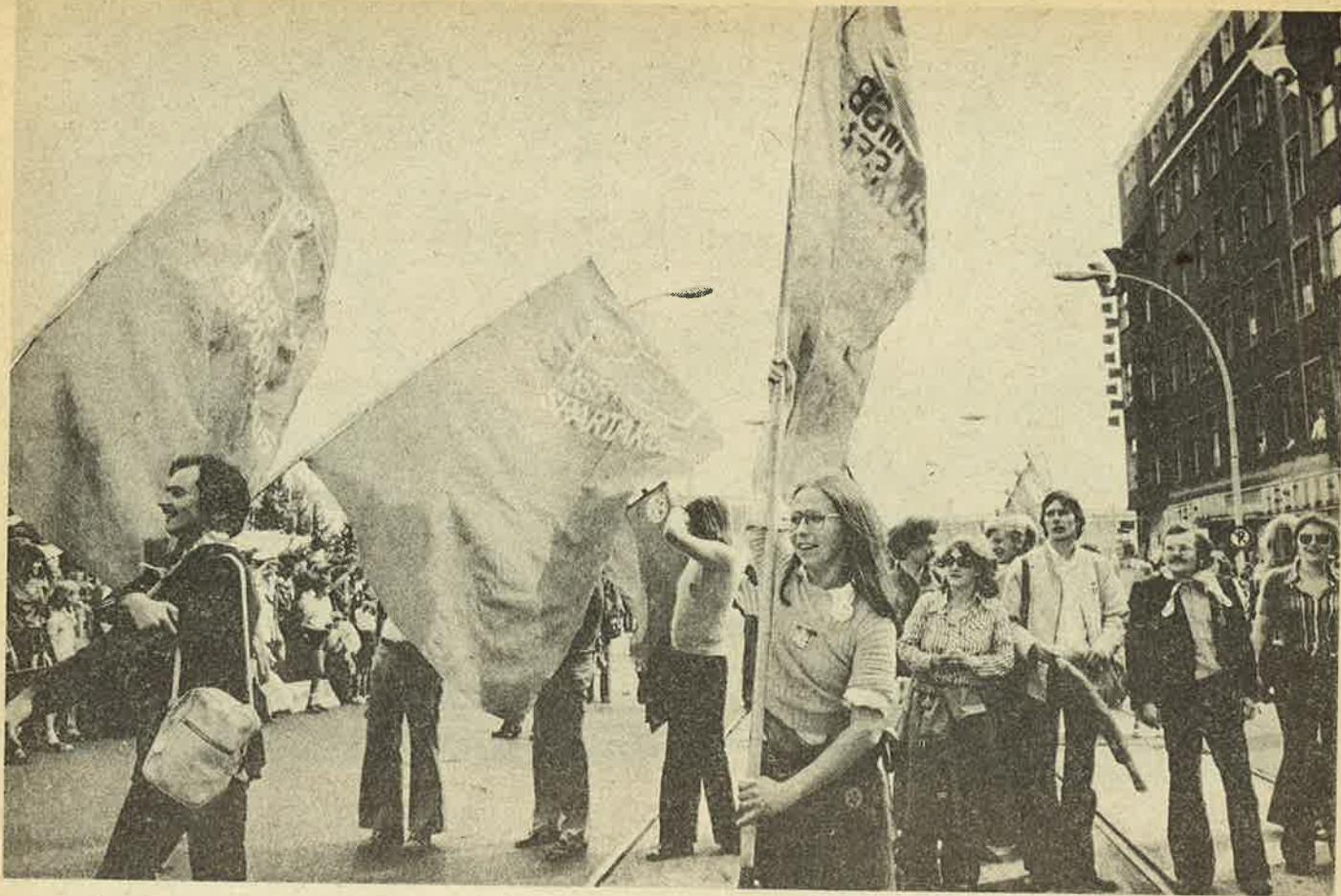
ge und Stunden seit der Machtübernahme durch die Volksfront. Mit blutigem Ter-ror, mit Mordanschlägen, Boykottmaß-nahmen und Sabotageakten, mit denen die Versorgung der Bevölkerung lahmge-legt werden soll, wollen faschistische Kräfte einen neuen Bürgerkrieg entfes-seln, weil sie heute keine Möglichkeiten mehr haben, verlorene Machtpositionen zurückzuerobern.“

Pedro Vital, ein chilenischer Arbeiter

Einer der chilenischen Delegierten war Pedro Vital aus dem staatlichen Betrieb „Socomental“ am Stadtrand von Santiago. in der Zone also, in der die Arbeiter so-
fort und über Tage hinweg der Über-macht der Militärmaschinerie Widerstand leisteten. Sein Betrieb stellte Heizkessel, Eisenbahnwagons und Maschinen für viele Industriezweige her. Pedro hatte bis zu seinem 15. Lebensjahr in einer Farbenfabrik gearbeitet und fand erst nach vielen Zwischenstationen seine „be-
ruflische Heimat“ im Betrieb „Socomental“, der vor genau zwei Jahren staatlich wurde. Er erzählte: „Als unser Betrieb noch in privaten Händen war, hatten wir Arbei-
ter kein Interesse, unser Köpfchen für den Ausbeuter anzustrengen, heute gehört der Betrieb uns, und heute können wir unsere Fähigkeiten richtig entwic-keln.“ Pedro Vital gehörte zu den erfolg-reichsten Neuerern Chiles. Über 20 seiner Vorschläge zur Verbesserung der Produktion und zur Verringerung der physischen

Anstrengung der Arbeiter waren verwirk-licht worden. Der Direktor seines Betrie-bes, Jose Ibarra, ein alter, im Klassen-kampf bewährter Metallarbeiter, als Di-rektor von der UP-Regierung eingesetzt, hatte dazu gemeint: „Pedro beweist durch die Tat, was die chilenischen Arbeiter zu leisten vermögen, nachdem die Ausbeu-tung durch die Unternehmer beseitigt wurde.“ Niemand weiß heute, ob Pedro Vital in den Trümmern seines Betriebes unter den Bombenangriffen der Faschi-sten gefallen ist, ob er von Juntasoldaten ermordet wurde oder ob er weiter im Untergrund gegen die faschistischen Dik-tatoren kämpft. Eins aber macht sein Bei-spiel, machten die vielen Gespräche mit den chilenischen Freunden und Genos-sen klar: Das chilenische Volk hat in den Jahren der UP-Regierung seine Kraft er-fahren, seine Möglichkeiten. Es ist auf einen Putsch der Reaktion vorbereitet ge-wesen. Auch ein noch so perfektionierter Terrorapparat, auch die Ermordung Zehn-tausender von Arbeitern wird das chile-nische Volk niemals endgültig in die Knie zwingen!

Noch wäh rend des Festivals ergriff die Naturfreundejugend innerhalb der BRD-Delegation die Initiative zu einer Solida-ritätsaktion. So wurden schon am ersten Morgen in der BRD-Delegation über 1000 DM gesammelt. Das ist nur ein spontane Beispiell für die sofort, noch wäh rend des Festivals einsetzenden Solidaritätsaktio-nen mit Chile. Die schnelle Reaktion der antiimperialistischen Bewegung überall auf der Welt, das koordinierte Vorgehen aller europäischen Bewegungen sofort



Die Delegierten des MSB Spartakus: Immer wieder begeisternde Sprechchöre zusammen mit der Berliner Bevölkerung während der Demonstration der Weltjugend.

nach dem faschistischen Putsch ist nicht zuletzt auf das Festival, seine Impulse für die antiimperialistische Solidarität zurückzuführen.

Höchste Auszeichnung für SDAJ-Bundesvorsitzenden

Ein weiterer Schwerpunkt des Festivals war die Solidarität mit den Völkern Indochinas. Auf einem gewaltigen Massenmeeting, auf verschiedenen Solidaritätsmeetings stand der Kampf um die Durchsetzung des Pariser Friedensabkommens im Mittelpunkt. Denn die vielfältigen Versuche der Statthalter des US-Imperialismus in Indochina, mit Terror und militärischen Übergriffen doch noch den US-imperialistischen Fuß in Indochina zu halten, diese Versuche verlangen weiter unsere Solidarität. Auf dem Freundschaftentreffen zwischen der vietnamesischen Delegation und der aus der BRD wurden den vietnamesischen Genossen 100 000 Dollar überreicht, die SDAJler und Studenten des MSB SPARTAKUS gesammelt hatten. Für den langen Kampf der SDAJ für die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk überreichte der 1. Sekretär des Verbandes der Werkätigen Jugend Ho Chi Minh, Vu Quang, dem Bundesvorsitzenden der SDAJ, Rolf Priemer, die höchste

Auszeichnung der vietnamesischen Organisation, den „Orden der jungen Generation“.



Die Erwartungen Yasser Arafats sind von der Begeisterung und der Kraft der Weltjugend während des Festivals weit übertroffen worden. Er hatte vor dem Festival erklärt: „Wir erwarten in der Hauptstadt der DDR große Tage und Stunden der Solidarität und tatkräftige Unterstützung für die Kämpfe der Welt um Freiheit und Wohlstand der Menschen, die verbunden sind mit dem Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und Kolonialismus.“ Auf Solidaritätsmeetings und Konferenzen stand die Solidarität mit dem gerechten Kampf der Völker des Nahen Ostens im Mittelpunkt. So ging Wolfram Brönnner, Mitglied des SPARTAKUS, auf der Konferenz „Solidarität mit den Völkern, der Jugend und den Studenten der arabischen Länder für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten ein auf die militärisch-strategische und ökonomische Bedeutung des Nahen Ostens für den internationalen Imperialismus. Er unterstrich die Gemeinsamkeiten in der Strategie der BRD und Israels im Nahen Osten, die umfassende

ökonomische, militärische und politische Unterstützung Israels durch die BRD, die zionistische Propaganda und in innenpolitischen Maßnahmen in der BRD, die Nacht-und-Nebel-Deportationen arabischer Arbeiter und Studenten, die die außenpolitische Unterstützung Israels absichern sollen! In diesem Referat zum Nah-Ost-Problem wußte sich der MSB SPARTAKUS nicht nur einig mit der internationalen Einschätzung der Lage im Nahen Osten, sondern auch mit der Einschätzung breiter Teile der Delegation der Bundesrepublik.



Breiten Raum nahm die Solidarität mit dem Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen und jungen Nationalstaaten gegen Kolonialismus und Neokolonialismus ein. Auf einem Meeting der Solidarität mit den afrikanischen Völkern erklärte der Bundesvorsitzende des MSB SPARTAKUS, Christoph Strawe: „Unser Gruß kommt aus einem Land, das neben den USA zu den Hauptmächten des Imperialismus und Neokolonialismus gehört: Die letzten Bastionen des Kolonialismus werden ausgehalten durch die Waffenlieferungen, mit denen die Regierung der BRD ihren NATO-Verbündeten Portugal beliefert; die Vertreter des westdeutschen Monopolkapitals gehören zu den eifrigsten Fürsprechern des Apartheid-Regimes in Südafrika; imperialisti-



Yasser Arafat mit Festival-Gästen bei einem Solidaritätsmeeting mit dem Volk und der Jugend Palästinas.

sche Großkonzerne unseres Landes sind an der wirtschaftlichen Durchdringung und Ausplünderung vieler Staaten dieses Kontinents beteiligt."

Festigung in der gemeinsamen Praxis

Der Festivaltendenz zur Einheit konnte sich auch die Delegation der Bundesrepublik nicht entziehen. So wie die Reaktion in der Vorbereitungszeit ihr Ziel nicht erreichen konnte, eine einheitliche Delegation in solcher Breite aus der Bundesrepublik zu verhindern, so führte der antikommunistische Sturmangriff der bürgerlichen Presse in den ersten Tagen des Festivals vielmehr zu einer weiteren Festigung der BRD-Delegation.

Die vielen Diskussionen innerhalb der Delegation, die Vereinbarungen und Absprachen über das Auftreten der BRD-Vertreter, das gemeinsame Auftreten auf den Pressekonferenzen, die gemeinsame Herausgabe von Erklärungen, kurz gesagt, diese tägliche gemeinsame Praxis von Mitgliedern und Leitungen festigten den Zusammenhalt der BRD-Delegation. So führte die Delegation der BRD vielfältige gemeinsame Aktionen und Treffen durch. Herausragend für die gesamte Delegation waren die großen Freundschafts-

treffen mit den Delegationen der FDJ und dem Leninschen Komsomol.

Gerade das Festival zeigte, daß es in einigen wichtigen Fragen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Bundesrepublik Übereinstimmung gibt, so bei der Rede Wolfgang Roths auf dem Meeting „Für Frieden, internationale Sicherheit und Zusammenarbeit“.

Daß die Impulse zur Gemeinsamkeit auch von anderen Organisationen aufgegriffen wurden, machte die Rede Rolf Priemers vor der nationalen Mahn- und Gedenkstätte am ehemaligen Nazi-KZ Buchenwald deutlich, das von der gesamten BRD-Delegation besucht worden war. Zu dieser Rede Rolf Priemers erklärte der Bund der katholischen Jugend: „Eine Rede, die der Vorsitzende der SDAJ am Mahnmal des KZ Buchenwald hielt, machte deutlich, daß für die junge Generation der Bundesrepublik eine gemeinsame Verurteilung der dunklen nationalsozialistischen Epoche unserer Nationalgeschichte möglich ist.“ Rolf Priemer hatte unter anderem gesagt:

„Der Sieg der Völker über den Faschismus wurde möglich, weil die Macht des Faschismus durch die Sowjetarmee im Bündnis mit den anderen Mächten der Anti-Hitler-Koalition zerschlagen wurde.“

Heute stehen wir am Beginn einer neuen Etappe europäischer Politik. Friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, Anerkennung der Grenzen aller Staaten Europas, das sind die Grundlagen dieser Entspannung. In dem sie solidarisch für die Ratifizierung und Verwirklichung der Verträge von Moskau, Warschau und Berlin kämpfte, leistete die fortschrittliche Jugend der BRD einen hervorragenden Beitrag zum Kampf gegen Nationalismus und Re-vanchismus.

Der Frieden ist sicherer geworden, aber noch können wir nicht sagen, daß der Schwur der Überlebenden von Buchenwald „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ für alle Zeiten gesichert ist. Jene, die einst Hitler zur Macht brachten, die aus den Häftlingen der KZ's das Letzte an Profiten herausholten, die noch an ihrer Ermordung verdienten und selbst noch die Leichen ihrer Opfer fledderten, besitzen in unserem Land auch heute noch wirtschaftliche und politische Macht.“

So konnte die Delegation der BRD am Abschluß des Festivals in einer gemeinsamen Erklärung u. a. feststellen:

„Die Teilnehmer unserer Delegation haben sich in vielen freimütigen Diskussionen wie auch in Aktionen für ein Leben ohne Ausbeutung gegen Unterdrückung und Krieg, für Solidarität, Frieden und Freundschaft eingesetzt. Es wurden Freundschaften geschlossen und Grund-

lagen für die weitere Zusammenarbeit gelegt.“ Und weiter heißt es in der Erklärung: „Es hat sich als richtig herausgestellt, mit einer Delegation nach Berlin zu fahren, in der sich die verschiedensten politischen Kräfte der Bundesrepublik Deutschland zusammenfanden... Es war richtig, ein gemeinsames Festivalgremium zu schaffen und einen Aufruf an die Jugend der BRD zu richten. Das hat... Möglichkeiten der konstruktiven Zusammenarbeit der Jugend aufgezeigt, die auch künftig genutzt werden können.“

Noch während des Festivals setzte sich diese Gemeinsamkeit konkret um. Alle Münchner Delegierten sprachen sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen das Berufsverbot für Claudia Eisinger aus; mit hartem Protest reagierten die Verbände der Delegation auf das neue Berufsverbot für Volker Götz.

Die auf dem Festival bewährte Praxis setzte sich mit ersten Anfängen fort in den gemeinsamen Ausweitungen der Delegationsmitglieder in einzelnen Städten der Bundesrepublik, so in Hamburg, München, Nürnberg, Köln, Essen, Stuttgart, Mannheim und ebenso in den Bundesländern Hessen und Rheinland-Pfalz.

Lediglich die kleine, in poppig gelben „Junge-Union-Hemden“ auftretende, sorgfältig ausgewählte Truppe der CDU-Jugend durchbrach diese Einheit. Ihre ständigen Provokationen isolierten sie in der Delegation der Bundesrepublik und zwangen die anderen BRD-Teilnehmer, wie z. B. die Jungsozialisten, zu scharfen Distanzierungen auf den Pressekonferenzen. Nur ihr sehnstüchtigster Wunsch ging nicht in Erfüllung: Einen Eklat mit den Organen der DDR herbeizuführen, um dann mit großem Propagandaeffekt das Festival verlassen zu können. Es war ihnen nicht vergönnt. Bis zum bitteren Ende blieben sie eine Randerscheinung, unbemerkt von der Masse der internationalen Teilnehmer. Denn erfolgreich war auf Alex, in den Seminaren und Konferenzen nur, wer im Sinne der antiimperialistischen Grundforderungen der Jugend der Welt auftrat. Ihr Auftreten war nur insoweit interessant, als sich in ihm recht konkret die Krise der bürgerlichen Ideologie widerspiegelte. Sie mußten die alte kapitalistische Ordnung schmackhaft machen, und darum die Zweckmäßigkeit ihrer Institutionen begründen und zugleich die kapitalistische Ordnung als eine angeblich andere darstellen, um so das wahre Wesen der kapitalistischen Gesellschaft der BRD, ihrer sozialen Natur und ihrer Zielsetzung zu tarnen. Aber den Kapitalismus sowohl zu verteidigen als auch zu negieren, dabei muß man Schiffbruch erleiden, besonders angesichts der Realität des Festivals und des Sozialismus. So sahen die FDJler es auch als eine sportliche Aufgabe, an Hand der leicht ärmlichen Argumentation der Jungen Union, die Kraft des realen Sozialismus zu zeigen. Leichenfledderei aber betrieb niemand.

Eins bleibt klar: So unbedeutend und dürftig die Vertreter der Reaktion auf dem Festival auch auftreten, so wird die Bourgeoisie der BRD jede Möglichkeit nutzen, die Wirkung und Ausstrahlung des Festivals abzublocken und kleinzuhalten. Das Spektrum der Methoden ist breit: Es reicht vom Frontalangriff gegen die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten bis hin zu den vielfältigeren und feineren Versuchen, die antiimperialistische Bewegung in opportunistische Fahrwasser zu lenken.

Dagegen steht: Die Teilnehmer am Festival haben positive neue Eindrücke vom realen Sozialismus gewonnen. Sie haben die weltumspannende Kraft der antiimperialistischen Ideen erfahren. Sie haben die vorwärtsweisende Stärke des gemeinsamen Handelns von Kommunisten, Marxisten, Sozialdemokraten und Christen konkret erlebt.

Es hängt von der Kraft der marxistischen Kräfte in der BRD, vor allem von DKP,

SDAJ und SPARTAKUS, ab, daß diese Erfahrungen im antiimperialistischen Kampf hier in der BRD gefestigt werden. Denn dann wird das Bild des realen Sozialismus nicht mehr durch antikommunistische Populisten, sondern durch die tragende Rolle der sozialistischen Staaten im antiimperialistischen Kampf bestimmt werden. Dann wird die Solidarität mit dem Kampf der Völker gegen den Imperialismus zum Kampf gegen den Imperialismus im eigenen Lande führen. Dann wird deutlich werden, daß dieser Kampf gegen den Imperialismus im eigenen Land Durchschlagskraft und Perspektive nur im Bündnis von Sozialisten und Kommunisten gewinnt! Dann wird der Appell an die Jugend der Welt Wirklichkeit:

„Verstärken wir unsere Aktionen und unsere Einheit gegen den Imperialismus, für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt. Es leben die Weltfestspiele der Jugend und Studenten!“

Spartakus verstärkt internationale Zusammenarbeit

Mit Delegationen aus über 15 Staaten führte der MSB SPARTAKUS während des Festivals Freundschaftstreffen durch. Dabei wurden ausführlich Informationen ausgetauscht über die politische Lage und den Stand des antiimperialistischen Kampfes in den Heimatstaaten der Delegationen. Mit allen Delegationen wurde eine Verstärkung der Zusammenarbeit und des Kontaktes vereinbart.

Der sozialistische Studentenbund Finnlands (SOL) und der MSB SPARTAKUS unterzeichneten während des Festivals einen Vertrag über die Entwicklung der weiteren Zusammenarbeit. Dabei gingen sie aus von der erfolgreichen und intensiven Zusammenarbeit beider Verbände in der Vergangenheit, von der „auf die antiimperialistische Aktionseinheit gerichtete Grundhaltung beider Verbände“, die sich auf dem BK des MSB und dem 9. Nationalen Kongreß der SOL, bei der Verabschiedung der Aktionsprogramme beider Verbände, aufs neue bestätigt hat. „Diese Zusammenarbeit ist nicht auf internationale Fragen beschränkt, sondern umfaßt alle Aufgaben für die Politik beider Verbände, die sie sich in ihren Aktionspro-

grammen für die internationale Entwicklung der antiimperialistischen Bewegung gesetzt haben. Insbesondere entwickeln sie einen regelmäßigen Meinungsaustausch über die Entwicklung der Kampfprogrammatik der Studentenbewegung.“ Weiter wurden der Austausch von Delegationen vereinbart, ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch und die verstärkte gegenseitige Teilnahme an internationalen Veranstaltungen.

Auf Einladung des MSB SPARTAKUS wird eine Delegation der SOL zu Beginn des Semesters die Bundesrepublik besuchen, um die Arbeit des SPARTAKUS konkret kennenzulernen. Diese Delegation wird auch am Kampfmeeting in Bochum teilnehmen.

Mit der Delegation der Kommunistischen Studenten Frankreichs wurde die Erarbeitung eines Freundschaftsvertrages für das Jahr 1974 vereinbart. Dieser Freundschaftsvertrag soll beim Besuch einer Delegation der UECF im Herbst dieses Jahres in der Bundesrepublik unterzeichnet werden. Auf Einladung des MSB soll eine Delegation zu Beginn dieses Wintersemesters die BRD besuchen, um die Arbeit des SPARTAKUS kennenzulernen.

In dem gemeinsamen Protokoll wurde weiter vereinbart, „einen konkreten Plan der Zusammenarbeit und Formen der Zusammenarbeit (zu) entwickeln, zu denen Delegationsaustausch, gegenseitige Konsultationen, sowie Teilnahme an den internationalen Studentenveranstaltungen beider Organisationen gehören.“

*

Bei dem langen Gespräch mit der Delegation der Kommunistischen Jugend Chiles entwickelten die chilenischen Genossen den ganzen Ernst der Lage und machten deutlich, daß die Bourgeoisie im Bürgerkrieg die letzte und einzige Chance sehe, das Ruder noch einmal zugunsten der Bourgeoisie zu wenden. Darum führten sie mit aller Kraft den Kampf um die Verhinderung eines Bürgerkrieges; darum versuchten sie, gegen diesen letzten Ansturm der Bourgeoisie auch die fortschrittlichen Teile der Christdemokraten zu gewinnen. Zugleich aber hoben sie klar heraus, daß die chilenische Arbeiterklasse auch auf einen bewaffneten Angriff der Bourgeoisie vorbereitet sei.

Im gemeinsamen Protokoll stellen beide Delegationen fest: „Die Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin, Hauptstadt der DDR, haben und werden noch weiter als Impuls wirken, die internationale als auch nationale Jugend- und Studentenbewegung zusammenzuschweißen, die Aktionseinheit der Studenten in aller Welt voranzutreiben!“

Die schnellen international koordinierten Solidaritätsaktionen mit Chile nach dem faschistischen Putsch haben die Wirkung dieser Zusammenarbeit beim Festival bestätigt.

*

Ein sehr lebendiger Informationsaustausch entwickelte sich beim Treffen mit der Delegation der Palästinensischen Befreiungsfront, deren Delegation von Sohdie El Kedra von der Leitung des Exekutivkomitees der GUPS geleitet wurde. In dem gemeinsam unterzeichneten Protokoll heißt es u. a.:

„... Während des Gesprächs stellte sich heraus, daß über den breiten Kreis der erörterten Fragen zwischen den beiden Delegationen völlige Übereinstimmung herrschte.“

Angesichts der gefährlichen Situation im Nahen Osten äußerten beide Seiten große Besorgnis. Sie verurteilten die imperialistischen, zionistischen Bestrebungen, die Aggression zu eskalieren und den politischen, ökonomischen, militärischen und ideologischen Druck auf die arabischen Völker zu verstärken.

Beide Seiten stimmten darin überein, daß ein dauerhafter und gerechter Friede im Nahen Osten nicht hergestellt werden kann, solange nicht alle okkupierten arabischen Territorien befreit sind und die Rückkehr des arabischen Volkes von Palästina in seine Heimat und sein Recht auf Selbstbestimmung gewährleistet sind. Angesichts der beharrlichen Weigerung Israels, eine gerechte politische Beilegung des Konflikts herbeizuführen und die legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes anzuerkennen, haben die arabischen Völker und das palästinensische Volk das Recht, mit allen

gestellten Möglichkeiten für den erfolgreichen Verlauf des Festivals aus und würdigten den großartigen Beitrag der FDJ zum erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in der DDR.

... Beide Seiten begrüßten die immer stärker werdende Zusammenarbeit der PLO mit der sozialistischen Staatengemeinschaft unter der Führung der Sowjetunion.

Die Delegation der PLO sprach dem MSB SPARTAKUS ihren Dank und ihre Anerkennung für die aktive Solidarität des MSB mit den verfolgten und aus der BRD deportierten Arabern sowie seinen Kampf für die Aufhebung des Verbotes von GUPA und GUPS aus. Beide Delegationen verurteilten die fortgesetzte militärische, ökonomische und politische Unterstützung der BRD-Regierung für den zionistischen Staat Israel.

Der MSB SPARTAKUS versprach, in seiner aktiven Solidarität mit dem gerechten Kampf des palästinensischen Volkes nicht nachzulassen.

Die PLO erklärte ihre volle Solidarität mit dem Kampf des MSB SPARTAKUS für die Demokratisierung der Hochschulen in der BRD und für seinen Kampf gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote, von denen gerade auch Mitglieder des MSB SPARTAKUS betroffen sind. Beide Organisationen vereinbarten einen kontinuierlichen und intensiven Meinungsaustausch.“

*



Mitteln für die Befreiung ihrer besetzten Territorien und die Verwirklichung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes zu kämpfen.

Beide Seiten begrüßen die günstige Entwicklung der Lage auf dem europäischen Kontinent im Ergebnis der von der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten betriebenen Friedenspolitik.

Der MSB SPARTAKUS und die PLO stellen gemeinsam fest, daß die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten eine wirklich mächtige Manifestation der anti-imperialistischen Solidarität für Frieden und Freundschaft geworden sind. Beide Organisationen drücken ihre große Bewunderung für die von der DDR bereit-

Während eines gemeinsamen Freundschaftstreffens von AIB (Antiimperialist, Informationsbulletin)-Vertretern, SDAJ, VDS, SHB und MSB SPARTAKUS berichteten die Vertreter der PAIGC und FRELIMO über neue Kampferfolge. So eroberten sie im Mai dieses Jahres portugiesische Kasernen und erbeuteten dabei Verpflegung für mehrere Monate und aus der Bundesrepublik stammende Waffen. Dabei ebenfalls erbeutete Geheimdokumente Portugals bestätigten, daß die PAICC zwei Drittel des Gebietes kontrolliert. Weiterhin kündigten sie an, noch in diesem Jahr das unabhängige Guinea-Bissau auszurufen. Das wurde Ende September realisiert, die ersten Staaten haben die Republik bereits anerkannt.

Auszüge aus den Abschlußberklärungen von Teilnehmer-Verbänden

DGB-Jugend

Die Gewerkschaftsjugend des DGB hat an den Weltfestspielen zum ersten Male offiziell teilgenommen. Sie bekannte sich zu den Prinzipien der Weltfestspiele — für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft... Am Ende der X. Weltfestspiele ziehen die Vertreter der DGB-Jugend eine alles in allem positive Bilanz. Sie danken insbesondere der Jugend und der Bevölkerung der DDR für die freundliche Aufnahme und Betreuung und die günstigen Bedingungen, die sie für das Festival geschaffen haben.

SDAJ

Wer dabei sein konnte, wird dieses X. Festival wohl niemals vergessen. Die großen und die kleinen Begegnungen mit Jugendlichen aus 142 Staaten aller Kontinente, die Bürger der DDR-Hauptstadt Berlin, die sich als wundervolle Gastgeber erwiesen und die Zehntausende FDJler, die mit berechtigtem Stolz ihre sozialistische Heimat repräsentierten — all das sind einprägende Erlebnisse des

größten antiimperialistischen Jugendtreffens unserer Zeit... Die X. Weltfestspiele waren Zeugnis einer massenhaft wachsenden Bewegung, die das einigende Element mehr und mehr als Erfolgsrezept versteht. Und die eben deshalb dem aggressiven Imperialismus weltweit immer wichtigeren Schläge versetzt.

Die Falken

Die Mitglieder der Sozialistischen Jugend, die an den X. Weltfestspielen in Berlin/DDR teilgenommen haben, fahren mit dem Gefühl in ihre Heimatorte in der BRD und nach Westberlin zurück, daß die Weltfestspiele der fortschrittlichen und friedliebenden Jugend geholfen haben, die Plattform für die Sicherung des Friedens und den Kampf für den Sozialismus zu vergrößern.

AEJ

Die 57 Delegierten der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (AEJ) betrachten ihre Beteiligung an den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten als erfolgreich... Die Delegation der AEJ wertet deshalb die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten als ein hoffnungsvolles Zeichen dafür, daß eine friedliche Zusammenarbeit der Weltjugend trotz unterschiedlicher Positionen und Motivationen möglich und notwendig ist.

VDS

Wer gar gedacht hatte, in den Diskussionen mit „Argumenten“ bestehen zu können, die aus der ideologischen Mottenkiste der Verteidiger von „freier Marktwirtschaft und Unternehmerinitiative“ stammen, sich schnell eines Besseren belehrt: Er wurde mit der Nase darauf gestoßen, daß die Ziele des X. Festival unter der Jugend in den Ländern des Sozialismus, in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern und ebenso in den Ländern der sogenannten Dritten Welt zur stärksten politischen Kraft geworden sind. Diese Tatsache nahezu jedem Teilnehmer vor Augen zu führen, darin liegt wohl einer der größten Erfolge dieses Festivals.

lob der ddr

von Joachim Minnemann

hier in dem land
wo aufgebaut wird die sache
die zu machen ist schwer
nicht leicht zu nehmen
und errichtbar nicht ohne
widersprüche

hier in dem land
wo keine phrase ist
die demokratie
kein anderes wort für entrechtung
die freiheit
und nur schaden zugefügt wird
dem imperialismus

hier in dem land
wo gesetz ist
der kampf gegen unterdrückung
und krieg
und groß geschrieben wird
solidarität

hier in dem land
wo im mittelpunkt steht
der mensch und seine zukunft
die gesichert ist
aber zu erkämpfen bleibt gleichwohl
hier in dem land
wo vieles noch fehlt
aber nicht zu entdecken sind fehler
grundsätzliche

hier in diesem sozialistischen land
hier in der ddr
vorbereitet worden sind
die zehnten
die festspiele der jugend der welt
anzuklagen den imperialismus
vorzustellen den sozialismus
und zu festigen
damit die anklage mächtig werde
und kraftvoll
und zu erfreuen die jugend der erde
an der gemeinsamen stärke
damit diese erhöht werde stetig
an jedem tag
ein stückchen mehr

hier in dieser ddr
wird wahr zunehmend
wovon noch schrieben
früher die genossen
wofür so viele kämpften
und etliche starben
hier in dieser ddr

liegt die wahrheit
im nutzen für das volk
liegt in seiner hand
das kommende
bei uns
in dem kapitalistischen land
auf der anderen seite
bleibt zu tun noch
das meiste
aber, gewiß ist
es wird getan
und viele
kommen dazu

Berlin, Hauptstadt der DDR, 28. 7. 73

Tendenziös und entstellend

Die zum großen Teil verlogene, diffamierende und auf Spaltung der BRD-Delegation hinzielende Berichterstattung in der westdeutschen Presse veranlaßte die Jungsozialisten und die DGB-Jugend, hierzu eine Erklärung vorzuschlagen, der sich fast alle weiteren Teilnehmer-Organisationen anschlossen:

„Die hier anwesenden Jugendverbände aus der Bundesrepublik... wollen in den Diskussionen mit Jugendlichen aus aller Welt unterschiedliche Auffassungen zu politischen Fragen diskutieren; sie wollen informieren, sich informieren lassen und gegenseitige Vorurteile abbauen helfen. Sie wollen aber vor allem die Gemeinsamkeiten im Kampf um mehr Freiheiten und Völkerverständigung herausarbeiten und damit die Basis für eine stärkere internationale Zusammenarbeit festigen.“

Diese Erwartungen sind entgegen vieler Presseveröffentlichungen erfüllt worden. Die Jugendverbände haben bisher in vielen öffentlichen Veranstaltungen, Einzelgesprächen und Begegnungen die Möglichkeit, ihre Positionen zu verschiedenen politischen Problemen darzustellen und die Notwendigkeit einer weiteren internationalen Zusammenarbeit hervorzuheben. Sie finden eine offene und freundschaftliche Atmosphäre vor...

Dies schlug sich in der Berichterstattung kaum nieder, vielmehr wurden peripherie Randereignisse und Spekulationen künstlich hochgespielt in einer Form, die den eigentlichen Beitrag der bundesrepublikanischen Jugendorganisationen zum Festival diskreditierten.

Die Darstellung der Weltjugendfestspiele ist in vielen Fällen tendenziös, entstellend und enthält zum Teil bewußte oder unbewußte Falschmeldungen. Insbesondere die Springer-Presse setzt in ihrer Darstellung und Kommentierung der X. Weltjugendfestspiele ihre Politik des Kalten Krieges verschärft fort.

Diese Darstellung der Weltjugendfestspiele ist auch deshalb zu verurteilen, weil sie der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie der sich entwickelnden Entspannung zwischen Ost und West entgegenarbeitet.“

Ein Gutes hatte diese Berichterstattung: Vielen Delegierten, die die Berichterstattung der BRD-Presse täglich mit der Wirklichkeit vergleichen konnten, fielen die Illusionen über die „freie Presse“ wie Schuppen von den Augen. Und viele Geschichten über den Sozialismus, produziert in doch so „liberalen Pressehäusern“, wird auf kritischere Ohren stoßen.



Trotz ihres massiven Einsatzes kam die Junge Union bei den Diskussionen ja nun überhaupt nicht an. Ebensowenig wie CDU-MdB Rollmann, hier auf einer Pressekonferenz der BRD-Delegation (mit Sonnenbrille). Der unter ihm sitzende Herr mit dem markanten Kinn und der Haartolle ist übrigens Johannes Rau, Wissenschaftsminister von NRW. Auf dem Festival war er als Beobachter des SPD-Parteivorstands. Da hat er dann auch beobachtet, wie die BRD-Delegierten das Beruf verbot für Volker Götz durch seine Landesregierung verurteilten. Vielleicht hat er auch Schüler und junge Juristen aus NRW getroffen, die sich aufgrund ihrer Teilnahme an der „komunistischen Propaganda-Show“ von seinen Ministerkollegen diffamieren lassen mußten.



Um sich den Delegierten und Gästen bei den X. Weltfestspielen vorzustellen, hat der MSB Spartakus eine Sondernummer der roten blätter herausgegeben, die in Berlin reißend wegging. Jetzt ist die Nummer nachgedruckt worden und kann zum Preis von 2,- DM beim Spartakus-Bundesvorstand, 53 Bonn, Postfach, bestellt werden. Inhalt: auf 56 Seiten in deutsch, englisch, russisch und französisch und mit vielen Illustrationen das Wichtigste über Politik und Kampf der marxistischen Studentenorganisation der BRD.



Die Vertreter des „Initiativausschusses X. Weltfestspiele“ (von rechts nach links): Dieter Gautier, Rolf Priemer (SDAJ), Dirk Krüger (VDS), Dieter Lasse (SJD — Die Falken), Werner Lichtwark (Evangelische Jugend), Günther Schultz (Jungsozialisten), Hans-Peter Weber, Walter Haas (DGB-Jugend), dahinter Herbert Oberste-Lehn (SHB), Ulrich Sander.

Abschluß-Erklärung der BRD-Festival-Delegation

Unter dem Motto „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ nahmen Zehntausende junge Menschen aus aller Welt an den X. Weltfestspielen teil. Die Bundesrepublik Deutschland wurde durch eine Delegation von 800 Vertretern verschiedener Jugend- und Studentenverbände vertreten.

Der Initiativausschuß X. Weltfestspiele stellt fest, daß die Teilnahme der bundesdeutschen Jugendorganisationen am Festival in Berlin/DDR erfolgreich war. Es hat sich als richtig herausgestellt, mit einer Delegation nach Berlin zu fahren, in der sich die verschiedensten politischen Kräfte der Bundesrepublik Deutschland zusammenfanden, um sich unter Beachtung der vollen Autonomie der einzelnen Organisationen und unter Achtung ihrer unterschiedlichen Standpunkte an den vielfältigen Veranstaltungen des Festivals zu beteiligen, sich zu informieren und die eigene politische Auffassung

darzustellen. Es war richtig, ein gemeinsames Festivalgremium zu schaffen und einen Aufruf an die Jugend der BRD zu richten. Dies hat ein starkes Echo unter der Jugend unseres Landes sowie des Auslandes gefunden und Möglichkeiten der konstruktiven Zusammenarbeit der Jugend aufgezeigt, die auch künftig genutzt werden können.

Der Initiativausschuß X. Weltfestspiele dankt im Namen der Festivaldelegation der Bundesrepublik Deutschland den Gastgebern, der Jugend und der Bevölkerung der DDR, die ausgezeichnete Bedingungen für das Festival schufen, mit herzlicher Gastfreundschaft ihre Gäste empfingen und betreuten.

Der Initiativausschuß X. Weltfestspiele dankt dem Internationalen Vorbereitungskomitee für die Möglichkeiten der Teilnahme der Jugend auch unseres Landes am Festivalprogramm, für die vielfältigen Diskussionen sowie das großzügige An-

gebot zur aktiven Beteiligung an sportlichen und kulturellen Programmen.

Die Delegation hat im Sinne der Zielsetzung des Festivals dazu beigetragen, die Bestrebungen der Jugend- und Studentenorganisationen mit unterschiedlichen politischen, philosophischen und religiösen Anschauungen zu stärken, die auf die Ziele der Solidarität, des Friedens und der Freundschaft gerichtet sind und der Entwicklung der Zusammenarbeit, des Verständnisses und der Freundschaft der Jugend der Welt dienen.

Die Teilnehmer unserer Delegation haben sich in vielen freimütigen Diskussionen wie auch in Aktionen für ein Leben ohne Ausbeutung, gegen Unterdrückung und Krieg, für Solidarität, Frieden und Freundschaft eingesetzt. Es wurden Freundschaften geschlossen und Grundlagen für die weitere Zusammenarbeit gelegt.

Auf dem Festival wurden konkrete Schritte erörtert, die den weltweiten

Kampf gegen jegliche imperialistische, rassistische und kolonialistische Politik unterstützen. Die Erfahrungen, die wir hier machten, gilt es für die Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland und für die verstärkte internationale Zusammenarbeit der Jugend zu nutzen.

Wir verlassen die DDR am 28. Jahrestag des Abwurfs der Atombombe auf Hiroshima. Das Erlebnis des Festivals wie auch dieses Datum sind uns Verpflichtung, im Streben nach gesichertem Frieden, sah sich schnell eines Besseren, weltweiter Abrüstung und europäischer Sicherheit nicht nachzulassen. Die Jugendorganisationen der BRD erhoffen sich von der Fortsetzung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, den Verhandlungen über gegenseitigen Rüstungsabbau in Mitteleuropa ein positives Ergebnis. Die Jugend bleibt aufgerufen, sich für die erfolgreiche Arbeit dieser Konferenzen und Treffen einzusetzen.

Die Verträge von Moskau und Warschau, das Viermächteabkommen vom 3. 9. 1971 sowie der Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik haben wesentlich zur Entspannung in Europa beigetragen. Sie dienen den Menschen in den Staaten Europas, insbesondere in den beiden deutschen Staaten. Die Anwendung und Verwirklichung dieser Verträge sind eine Aufgabe, an der auch die Jugend mitwirken muß. Dabei können die verstärkten Jugendkontakte helfen, die hier geknüpft wurden.

Wir bekräftigen unsere Solidarität mit den Völkern Indochinas und fordern die Einstellung aller Kriegshandlungen in ganz Indochina sowie die konsequente Verwirklichung des Pariser Friedensabkommens. Die materielle und politisch-moralische Solidarität mit den Völkern Indochinas muß verstärkt werden; wir fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Wir bekräftigen unsere Solidarität mit allen Völkern, die gegen Imperialismus, Kolonialismus und Faschismus kämpfen. Der Initiativausschuß X. Weltfestspiele beendet seine Tätigkeit zur Vorbereitung und Teilnahme am X. Festival, an die er im Geiste der Zusammenarbeit und Toleranz bei der Lösung der vor ihm stehenden Aufgaben herantritt. Er geht davon aus, einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen des Festivals geleistet und zur Freundschaft und Zusammenarbeit der Jugend aus aller Welt beigetragen zu haben.

Die beteiligten Verbände werden nach Vorliegen sämtlicher Erfahrungen der Delegationsmitglieder über ihre spezifische Beteiligung am Festival eigene Stellungnahmen und Wertungen abgeben.

Rechts: Vo Thi Lin, die einzige Überlebende des Massakers von My Lay, mit dem SDAJ-Vorsitzenden Rolf-Jürgen Priemer.

Mitte: Beim Freundschaftstreffen der Delegationen der DDR und der BRD übergibt Günther Jahn, der 1. Sekretär der FDJ, einen Berliner Bären. „Um Verwechslungen auszuschließen, hat er einen Fernsehturm im Arm.“

Unten: Dominique Vidal, Koordinierungssekretär des Internationalen Festival-Komitees, beim Gartenfest der BRD-Delegation. Es gab Münchener Bier und Ochsen vom Spieß.



Appell an die Jugend und Studenten der Welt!

Wir, 25 000 Vertreter von Millionen Jugendlicher aus 140 Ländern aller Kontinente, vieler politischer und religiöser Anschauungen, haben uns zu den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft im August 1973 in Berlin, der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, zusammengefunden.

Wir haben unser Versprechen gegeben und unsere Verantwortung bekundet, unablässig die tiefgreifenden Veränderungen unserer Epoche zu fördern.

Wir treten in eine neue Etappe der Geschichte ein, die uns im Ergebnis der Kämpfe der Völker und der Jugend neue Perspektiven eröffnet. Heute bietet die Entwicklung der sozialistischen Länder, der fortschrittlichen Kräfte der kapitalistischen Länder und der nationalen Befreiungsbewegung der Aggressionspolitik des Imperialismus Schach und grenzt sein Aktionsfeld ein.

Große Erfolge wurden errungen. Der Sieg des heldenhaften Vietnam ist der historische Beweis dafür. Aber wir kennen den Imperialismus. Deshalb werden wir unsere Aktionen und unseren Kampf verstärken, wir werden unsere Anstrengungen vereinen und unsere Zusammenarbeit festigen, um das Streben nach Frieden und sozialem Fortschritt unaufhaltsam zu machen.

Wir, die Jugend der Welt, werden unseren Kampf in fester Zusammenarbeit weiterführen.

Für den Frieden: damit die imperialistische Aggression, der Krieg und das Wettrüsten eingestellt werden, um Frieden und Sicherheit in Europa und in anderen Regionen in der Welt zu festigen, damit die Welt auf dem Wege der friedlichen Koexistenz voranschreitet, damit das Recht der Völker, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden, anerkannt wird und auf daß internationale Konflikte eine friedliche und gerechte Lösung finden.

Für nationale Unabhängigkeit: damit dem Kolonialismus, dem Neokolonialismus und der Herrschaft der Monopole ein Ende gesetzt wird, um wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit zu erlangen und zu verstärken, damit die Reichtümer eines jeden Landes in den Dienst der nationalen und sozialen Entwicklung, in den Dienst des Volkes und der Jugend gestellt werden.

Für Demokratie und Freiheit: damit Faschismus und Neofaschismus geschlagen werden, damit der Diktatur, der Unterdrückung, der Apartheid und der Rassendiskriminierung ein Ende bereitet wird, damit überall die Grundfreiheiten und -rechte des Menschen anerkannt werden, für tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft und sozialen Fortschritt.

Für die Rechte der Jugend: damit der Unterdrückung, der Ausbeutung und der Diskriminierung der Jugend ein Ende gesetzt wird, damit die junge Generation überall das Recht auf Arbeit und Studium, auf demokratische Bildung erhält, das Recht auf völlige Beteiligung an der Leitung der Gesellschaft, das Recht auf ein kulturvolles Leben und auf Freizeit.

Von Berlin aus geht unser Appell an die junge Generation der ganzen Welt:

— Uben wir jetzt erst recht antiimperialistische Solidarität mit Vietnam, Laos und Kambodscha; mit dem palästinensischen Volk und den anderen arabischen Völkern, mit den Befreiungsbewegungen der portugiesischen Kolonien und im Süden Afrikas, mit allen Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, mit den Völkern der kapitalistischen Länder, mit den sozialistischen Ländern, mit allen Völkern, die den Weg des Fortschritts und des Friedens beschreiten.

— Verstärken wir unsere Aktion und unsere Einheit gegen den Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit, Demokratie, sozialen Fortschritt und für den Frieden. Es leben die Weltfestspiele der Jugend und Studenten!

Berlin; 5. August 1973



Angela Davis verliest den Appell an die Jugend und Studenten der Welt zum Abschluß der X. Weltfestspiele vor über 750 000 Kundgebungsteilnehmern auf dem Marx-Engels-Platz.

Ein äußerst lärmiger und einseitiger Kongreß

Die Positionen der kalten Krieger bröckeln immer mehr ab, nicht nur in unserem Land. Immer mehr Menschen in Europa und in der ganzen Welt wollen endlich Schluß machen mit imperialistischer Aggression und Unterdrückung, wollen sich von den Fesseln des Wettrüstens befreien, von dem angeblich unser aller Sicherheit abhängen soll.

Da können die Kräfte von gestern und vorgestern natürlich nicht ruhig bleiben. Springers „Welt“ z. B. holt sich in letzter Zeit immer häufiger Schützenhilfe von ausländischen Gastkommentatoren, die beschwörende Appelle gegen die sich ausbreitende „Entspannungseuphorie“ an den geneigten Leser richten.

So konnte man der „Welt“ vom 24. September d. J. die folgende Einschätzung entnehmen:

„Von zwei dicht aufeinander folgenden Weltkriegen erschüttert, haben die letzten Generationen den gefühlsmäßigen Fehler oder die Fehlinterpretation gemacht, daß sie begannen, den Krieg gleichsam als die einzige Drohung zu sehen, welche sich gegen die friedliche, gerechte und sichere Existenz der Menschheit richtet, und auf diese Weise wurde auch der grundlegende Gegensatz ‚Friede – Krieg‘ bestärkt. Und man veranstaltete äußerst lärmige und äußerst einseitige Kongresse und setzte einen Weltfriedensrat ein.“

Der Autor dieses Beitrags, Alexander Solschenizyn, wird dabei wohl schaudernd an den Weltkongreß der Friedenskräfte gedacht haben, der Ende Oktober/Anfang November in Moskau stattfindet.

Man muß Solschenizyn zustimmen: Wenn auch noch nicht feststeht, wie „lärmig“ dieser Kongreß ist (denn sein internationales Echo wird vor allem von der Aktivität derjenigen gesellschaftlichen Kräfte abhängen, die die Impulse des Kongresses in ihre Länder zurücktragen), so steht doch fest, daß er sich äußerst einseitig gegen Aggression, Rüstung und Krieg, für friedliche Koexistenz und nationale Unabhängigkeit ausspricht. Lassen wir, um die grundlegenden Ziele des Kongresses kennenzulernen, den Gastgeber, nämlich das sowjetische Komitee zur Förderung des Weltkongresses der Friedenskräfte, zu Worte kommen:

„Wir halten es für das höchste Ziel des Kongresses, für seine wichtigste Berufung, den unbeugsamen Willen der Völker für Frieden, Herbeiführung eines neuen politischen internationalen Klimas, zur Überwindung der Trägheit des kalten Krieges im Bewußtsein der Menschen, zur verstärkten Ablehnung der aggressiven, reaktionären Kräfte, des Militarismus und Revanchismus, des Rassismus, des Chauvinismus und des Neofaschismus durch die Volksmassen zum Ausdruck zu bringen. Die größtmögliche Ak-

tivierung der Bemühungen der internationalen Öffentlichkeit um die Unterstützung der fortschrittlichen, positiven Tendenzen in der Entwicklung der internationalen Beziehungen dürfte wohl das Hauptresultat der Einwirkung des Kongresses auf die Tätigkeit der Friedensbewegungen und -organisationen sein. Wir wollen hoffen, daß das politische und moralische Ansehen des Kongresses dazu dienen wird, die weitere internationale Entspannung und friedliche Lösung internationaler Probleme zu fördern.“

Der Weltkongreß der Friedenskräfte ist ein Arbeitskongreß. Seine 13 Kommissionen werden folgende Themen behandeln:

1. Friedliche Koexistenz und internationale Sicherheit;
2. Indochina;
3. Naher Osten;
4. Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit;
5. Frieden und Sicherheit in Asien;
6. Abrüstung;
7. Nationale Befreiung — Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus;
8. Entwicklung und wirtschaftliche Unabhängigkeit;

9. Zusammenarbeit beim Umweltschutz;
10. Zusammenarbeit im Bildungswesen und Kultur;
11. Wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit;
12. Soziale Probleme und Menschenrechte;
13. Zusammenarbeit der internationalen und nichtstaatlichen Organisationen.

Der Kongreß ist kein Forum für Berufspolitiker, sondern für Vertreter der verschiedensten gesellschaftlichen Kräfte aus allen Teilen der Welt. An der letzten Vorbereitungstagung beteiligten sich bereits Teilnehmer aus 78 Ländern und von 56 internationalen Organisationen. Diese Tatsache hob auch UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim in seinem Grußtelegramm an das Vorbereitungstreffen hervor. „Es ist mir eine Freude feststellen zu können, daß der Weltkongreß die Unterstützung eines breiten Kreises verschiedener internationaler und nationaler gesellschaftlicher Organisationen genießt und daß der Kongreß unaufschiebbare und wichtige Probleme erörtert... In letzter Zeit waren wir Zeugen sehr wichtiger Schritte zu einer politischen Regelung, die ein neues, für die Entwicklung der internationalen Beziehungen günstiges Klima geschaffen haben. In diesem Zusammenhang ist auch die Zusammenarbeit der Anhänger des Friedenskampfes erfreulich.“

Auf den ersten Blick ist es deshalb nicht so recht verständlich, wenn in unserem Lande nicht nur die CDU — was ja nahe liegt — zu den Gegnern des Kongresses zählt, sondern auch der SPD-Vorstand den Kongreß nicht unterstützt und in seinem Pressedienst vom 27. 8. fordert: „Die Moskauer Konferenz kann kein Vorläufer einer seitenlastig ausgerichteten Friedenskonferenz sein.“

Wieder diese Einseitigkeit und Einlastigkeit! Was verbirgt sich hinter diesen Vokabeln, was fürchten die Gegner und Skeptiker des Kongresses?

Es ist die Angst vor der „Einmischung“ der Völker in die Außenpolitik, die Angst der bürgerlichen Politiker davor, in den geheiligten Höhlen der internationalen Diplomatie nicht mehr mit unbefragten und unbekannten Absichten schalten und walten zu können. Die Angst der bürgerlichen Politiker davor, daß die

Masse der Bevölkerung ihrer Länder für den Sozialismus Partei ergreifen könnte, wenn das Streben nach Frieden durch kollektive Sicherheit, nach Abrüstung und nationaler Souveränität stets oberste Ziele seiner Außenpolitik gewesen sind. Es ist die Angst, die aus den Worten Bundeskanzler Willy Brandts sprach, als er vor drei Jahren in seiner Appeasement-Politik gegenüber der CDU/CSU die Friedenssicherung zu einer Angelegenheit der Regierungen und nicht der Völker erklärte und damit die wachsende Massenbewegung für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau eindämmen wollte. Und es ist die Angst, die Rainer Barzel vor eineinhalb Jahren während der 3. Lesung der Ostverträge dazu bewog, vor dem „Druck der Straße auf das Parlament“ zu warnen, um die Ratifizierung der Verträge und damit die internationale Entspannung überhaupt zu blockieren. Und ist es nicht dieselbe Angst, die die Bundesregierung im Januar d. J. darauf verzichten ließ, ihre drei Jahre zuvor geäußerte Absicht, mehr Demokratie wagen zu wollen, zu bekräftigen?

Ob sie nun, wie die CDU/CSU eindeutig reaktionäre außenpolitische Ziele verfolgen, oder aber, wie die sozialliberale Koalition, realistischere Positionen bezogen haben — die Angst vor der Selbsttätigkeit der Menschen in Fragen der internationalen Politik, vor dem Eingreifen der Völker in die Außenpolitik ist die gemeinsame Basis aller bürgerlichen Politiker. Und das aus gutem Grund. Denn überall auf der Welt nimmt die politische Aktivität der Menschen für Frieden und nationale Unabhängigkeit zu.

Nehmen wir nur Vietnam, das gewaltigste aktuelle Beispiel für den Sieg eines Volkes gegen die imperialistische Aggression, einen Sieg, zu dem auch die großartige internationale antiimperialistische Solidarität und die Hilfe der sozialistischen Länder beigetragen haben. Der Vietnam-Krieg war nicht nur regionaler Konflikt. Zu kräft hat er die Front, die heute in der Welt zwischen Fortschritt und Reaktion, Sozialismus und Imperialismus verläuft, offenbart. Der US-Imperialismus wollte Vietnam zum Exempel seiner Herrschaft und seines Einflusses machen, doch Vietnam wurde zum Exempel der nationalen Unabhängigkeit, des Friedens und des Sozialismus, zum Exempel dafür, welche Kraft die Volksmassen entwickeln können, wenn sie sich entschlossen und gemeinsam gegen den Imperialismus wenden. Und wer will heute bestreiten, daß der Vietnam-Krieg auch das Leben in Europa und der Bundesrepublik tief geprägt hat? Heute gibt es in unserem Lande nur noch wenige, die so ohne weiteres ihre Ordnung, die den Völkermord in Vietnam auf dem Gewissen hätte, wenn sie nur ein Gewissen besäße, als „freien Westen“ bezeichnen.

Wie sehr Vietnam das Gesicht der Welt verändert hat, zeigen auch die Ereignisse in Chile. Im Gegensatz zu ähnlichen blutigen Interventionen in früheren Jahren, bei denen die USA ihren brutalen Terror offen als zur Verteidigung der Freiheit notwendig ausgaben, muß der US-Imperialismus heute verzweifelte Versuche unternehmen, seine Taten zu tarnen. Die gegen die Völker gerichtete Aktivität des internationalen Konzernkapitals ist zur Zeit Gegenstand der Untersuchung eines UNO-Ausschusses, für dessen Einrichtung nicht zuletzt Salvador Allende den Anstoß gab. Ganz gleich, ob der Widerstand des chilenischen Volkes die Junta bald oder erst nach einem längerfristigen Kampf zerschlägt, müssen solche Rückschläge wie in Chile heute im Gegensatz zu früher nicht mehr von Dauer sein. Chile zeigt in grausamer Deutlichkeit, daß nationale Unabhängigkeit, Frieden und sozialer Fortschritt nur von den Menschen selber, von den Völkern erkämpft werden können, und zugleich, daß der Freiheitskampf eines Volkes heute weit mehr als in früheren Jahren weltweite Unterstützung findet und sich in einem internationalen Klima vollzieht, das dem Imperialismus den vollen Einsatz seiner Militärmaschinerie erschwert.

Kein Zweifel: in Chile haben die fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt eine furchtbare Niederlage erlitten, aber eine Niederlage, die ihnen eindringlich vor Augen führt, daß die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus kein automatischer Vorgang ist, sondern des verstärkten Engagements der arbeitenden Menschen und aller Völker bedarf.

Das zeigt sich auch in Europa, wo die Zurückdrängung der aggressiven Kräfte des Imperialismus fast wie im Selbstlauf, von Gipfelgespräch zu Gipfelgespräch wie am Schnürchen zu klappen scheint. Wenn wir die heutige Lage in Europa mit der der fünfziger Jahre vergleichen, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß wir uns hier im Stadium einer historischen Wende vom kalten Krieg zur Entspannung befinden, einer Wende, die immer stärker auch das innenpolitische Klima, das Denken der Menschen in unserem Land beeinflußt. Die Verträge, die die territorialen Ansprüche der Bundesrepublik gegenüber ihren östlichen Nachbarn begraben, mit denen Adenauer und seine Nachfolger Europa und die Welt in Atem gehalten haben, sind unter Dach und Fach. Die europäische Sicherheitskonferenz bringt erstmalig in der gesamten Geschichte alle europäischen Staaten gleichberechtigt an den Verhandlungstisch, um ein System der kollektiven Sicherheit und des Friedens auszuarbeiten. Das amerikanisch-sowjetische Abkommen über die Vermeidung eines Atomkrieges eröffnet großartige Perspektiven für die Einschränkung des Wettrüstens und die internationale Entspannung.

Das sind große Fortschritte, gewiß, aber sie verbürgen, wie gesagt, noch nicht automatisch den Erfolg.

Die Weichen sind auf Entspannung gestellt, aber der Zug fährt nicht von alleine. Zu stark sind im Westen noch die Kräfte, die an der Rüstung verdienen, die ihre alten abenteuerlichen Pläne des „Exports der Konterrevolution“ mit Hilfe der NATO noch längst nicht aufgegeben haben. Denn wenn beispielsweise, und diese Konzeption vertritt auch Willy Brandt, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft über den Weg der sog. „politischen Union“ zu einer Europäischen Waffengemeinschaft weiterentwickelt werden soll, dann ist das wohl genau das Gegenteil von einem Europa ohne Militärblöcke, von einem Europa, in dem der Frieden nicht durch ein angebliches „Gleichgewicht des Schreckens“ garantiert wird, sondern durch ein kollektives Vertragswerk der Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten. Und wenn die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR durch das Bundesverfassungsgericht zu einer Demarkationslinie erklärt wird, deren Charakter der Grenze zwischen Bayern und Baden-Württemberg entspricht, und wenn diese ewig gestrige Fehlinterpretation des Grundlagenvertrages von der Opposition und der Bundesregierung ausdrücklich als gültig anerkannt wird, dann ist dies wohl so ziemlich genau das Gegenteil von jener Perspektive der gut-nachbarlichen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, die von Erich Honecker vorgeschlagen und von Willy Brandt bereits akzeptiert wurde.

Es fällt auch irgendwie auf, daß just zu dem Zeitpunkt, da in Genf die zweite Runde der Europäischen Sicherheitskonferenz beginnt, die die vertragliche Absicherung des Entspannungsprozesses in Europa vorbereiten soll, die Kräfte der äußersten Reaktion im Westen und vor allem in unserem Land geradezu kampagnenartig eine antikommunistische Propaganda-Lawine ins Rollen bringen. Es ist wohl kein Zufall, daß die innenpolitischen Verhältnisse gerade derjenigen Macht im Kreuzfeuer westlicher Angriffe stehen, die sich von jeher am aktivsten für Abrüstung und europäische Sicherheit einsetzt, die die treibende Kraft vor und auf der Europäischen Sicherheitskonferenz ist, die die größten materiellen Opfer für die Unterstützung der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen bringt: der Sowjetunion.

Sich da zurechtzufinden, ist manchmal nicht leicht. Viele meinen, daß es vielleicht doch etwas wie die „Solidarität aller Demokraten“ geben könnte, wenn es um „Freiheit und Menschenrechte“ gehe. Mißtrauen sollte allerdings schon am Platze sein, wenn diejenigen, die bei uns die Berufsverbote antreiben, die kein böses Wort über den US-Imperialismus in Vietnam über die Lippen bekamen, und sogar diejenigen, die nur lobende Worte

für die chilenische Junta finden, sich plötzlich für Freiheit und Menschenrechte erwärmen. Doch damit nicht genug. Sehen wir uns doch einmal den Inhalt dessen an, was die Kronzeugen des „freien Westens“ wie Sacharow und Solschenizyn zu sagen haben, deren beschränkte Redefreiheit offenbar darin besteht, emsig Pressekonferenzen zu geben und der Bild-Zeitung Telefoninterviews zu gewähren. Wenn Alexander Solschenizyn zu Vietnam nichts anderes einfällt, als alte Märchen über angebliche Greuelstaten des „Vietkong“ und angebliche Folterungen an amerikanischen Kriegsgefangenen wiederaufzutischen (Welt vom 24. 9. 73), wenn Andrej Sacharow sich genötigt sieht, der chilenischen Junta das Streben nach „nationaler Wiedergeburt“ zu bescheinigen (Frankfurter Rundschau vom 22. 9. 73), dann fällt wohl die Entscheidung etwas leichter, zu sagen, wer hier Menschenrechte bekämpft und wer für sie eintritt. Das Bestreben des Sozialismus war und ist stets, das Recht der Menschen auf den Kampf um nationale Unabhängigkeit, Demokratie, Freiheit und sozialen Fortschritt zu verteidigen. Dieses Prinzip richtet sich gegen die Kräfte der alten Welt, die sich nur durch imperialistische Aggression und Unterdrückung, durch den Abbau von Demokratie und das Unmündigthalten der Menschen über Wasser halten können. Diese sozialistische Politik ist unteilbar, sie richtet sich gegen die imperialistischen Kräfte im internationalem Maßstab ebenso wie gegen die noch verbliebenen Verbündeten der Reaktion im Inneren der sozialistischen Länder selber.

Diese Randbemerkung hat sehr viel mit unserem Thema zu tun. Denn es ist kein Zufall, daß Solschenizyn die ihm von der Springer-Presse gewährte Publizität nutzt, um — wie im Eingangszitat gezeigt — gegen den Weltfriedensrat und den Moskauer Kongreß der Friedenskräfte zu polemisieren. Der Kongreß ergreift

schließlich Partei: Für das Recht der unterdrückten Völker, sich vom Imperialismus loszureißen und einen eigenen, selbstbestimmten Weg zu gehen, für das Recht der werktätigen Massen in Europa und in der Welt, sich für die Ersetzung der Konfrontation der Militärblöcke durch ein vertraglich abgesichertes System der kollektiven Sicherheit, der friedlichen Zusammenarbeit der Länder zu engagieren. Der Moskauer Kongreß der Friedenskräfte knüpft damit unmittelbar an den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten an, die in diesem Sommer in Berlin/DDR stattgefunden haben und die — für manchen vielleicht überraschend — die Kraft der weltweiten anti-imperialistischen Solidarität derartig eindrucksvoll manifestierten, daß sie sichtbare Spuren im Denken und Handeln aller Teilnehmer hinterlassen haben.

Von dem Moskauer Kongreß gehen wichtige Impulse aus, die für die Aktivierung der arbeitenden Bevölkerung, auch unseres Landes, auch der Studenten der BRD, genutzt werden müssen. Denn vor uns stehen drei große Aufgaben, die nur durch den aktiven Einsatz aller Völker, und eben auch der Arbeiter und Studenten in der BRD, gelöst werden können:

1. Der Prozeß der Entspannung in Europa muß unumkehrbar gemacht werden. Das heißt zunächst natürlich, daß die bereits abgeschlossenen Verträge voll angewendet und strikt eingehalten werden. Dies gilt vor allem für das Vierer-Abkommen über Westberlin, an dem die Bundesregierung und vor allem natürlich die CDU/CSU immer wieder herumzudeuteln versuchen, weil sie sich nicht recht damit abfinden können, daß das Abkommen eindeutig erklärt, daß Westberlin kein Bestandteil der Bundesrepublik ist und nicht von ihr regiert werden darf. Zur Weiterführung des Prozesses der Entspannung gehört außerdem, die diplomati-

schen Beziehungen zwischen der BRD und der CSSR, Bulgarien und Ungarn endlich aufzunehmen. Vor allem gehört aber dazu, die Europäische Sicherheitskonferenz nicht durch alle möglichen Tricks und Störmanöver zu belasten, sondern sie zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Und erfolgreicher Abschluß heißt hier: ein kollektives Vertragswerk über die Sicherheit und Zusammenarbeit auf unserem Kontinent. Denn das ist die politische Voraussetzung dafür, daß die Militärblöcke abgebaut werden können und eine allgemeine Abrüstung eingeleitet wird, die den reaktionärsten und aggressivsten Kräften des Imperialismus ihre ökonomische Basis nimmt und damit die Weltkriegsgefahr Nr. 1 beseitigt.

2. Die Zone der Entspannung muß auf die ganze Welt ausgedehnt werden. Das ist eine Kampfansage an die fortwährenden imperialistischen Einmischungsversuche in die Angelegenheiten der jungen Nationalstaaten und die bewaffnete Unterdrückung vieler Völker. Deswegen gilt es unsere Solidarität mit dem chilenischen Volk in seinem Kampf gegen die Junta von Nixons Gnaden, für die Unabhängigkeit von den USA zu verstärken. Die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk muß fortgesetzt werden, denn nach wie vor verwehrt das Saigonter Terror-Regime den Menschen in Südvietnam das Selbstbestimmungsrecht, denn nach wie vor werden Hunderttausende Patrioten in Südvietnam unter grausamsten Bedingungen gefangengehalten. Es gilt auch, den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes wirksamer als bisher zu unterstützen: Durch die aggressive Politik der israelischen Führungsclique, getragen von der grundsätzlichen Unterstützung durch die mächtigsten Staaten des Westens, ballt sich im Nahen Osten eine ungeheure Kriegsgefahr zusammen, die nur durch

Theorie und Praxis sozialistischer Erziehung im Zeltlager

Eine Broschüre aus der Praxis — für die Praxis

Eine Auseinandersetzung mit den Bedingungen sozialistischer Erziehung im Jugendverband auf der Grundlage ideologie-kritischer Überlegungen zur eigenen Praxis unter Einbeziehung erziehungsprogrammatischer, historischer Grundlagen und empirischer Materialien aus einem Zeltlager der sozialistischen Jugend.

120 Seiten — DIN A 5 — broschiert — DM 3,—

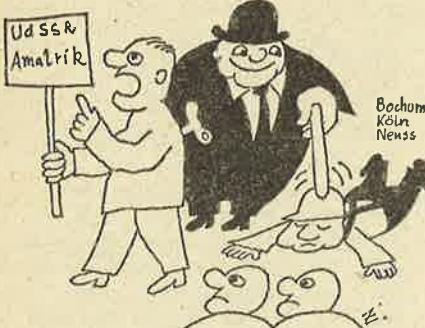
Der Gewinn aus dem Verkauf der Broschüre wird der Hilfsaktion Vietnam e. V. in Düsseldorf zugeführt.

Bestellungen bei: SOZIALISTISCHE JUGEND DEUTSCHLANDS — DIE FALKEN —, Bezirk Niederrhein, 4100 Duisburg, Kardinal-Galen-Str. 25, Tel.: 02131/21707/08

Freiheit - wofür?

Vor kurzem startete CDU-Propagandist Thilo Koch für das PEN-Zentrum der BRD eine Unterschriftenaktion „Freiheit für Amalrik“ (siehe hierzu auch den nebenstehenden Artikel von Peter Schütt). Prominente demokratische Schriftsteller haben hierzu in einer Erklärung „Freiheit für Amalrik, Freiheit wofür?“ Stellung bezogen. Hier Auszüge daraus:

In Amalriks Buch „Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?“ heißt es: „Vor fast vier Jahren schrieb ich eine Arbeit über die Kiewer Rus‘; aus von mir unabhängigen Gründen war ich gezwungen, meine Untersuchungen der Anfänge des russischen Staates abzubrechen. Als Historiker hoffe



ich nun, dadurch hundertfach entschädigt zu werden, daß ich Zeuge seines Endes werde.“ Dieses Ende soll durch einen Krieg zwischen China und der Sowjetunion zustande kommen. Amalrik empfiehlt deshalb eine Partnerschaft zwischen dem demokratischen Amerika und dem maoistischen China. Er wendet sich gegen die friedliche Koexistenz zwischen der UdSSR und den USA: „Was gibt es schon Gemeinsames zwischen einem demokratischen Land mit seinem Idealismus und seinem Pragmatismus und einem Land ohne Glauben, ohne Tradition, ohne Kultur und ohne die Fähigkeit, irgend etwas richtig zu tun.“ Das „demokratische Land“ ist wohlgekennzeichnet das Amerika des Vietnamkrieges und der Watergateaffäre. Mit seiner Propheteiung hofft Amalrik auf einen Krieg, der die Gefahr in sich birgt, die Menschheit zu vernichten. Muß sich nicht jeder von uns fragen, ob er eine unbegrenzte Propagierung solcher Thesen mit allen ihren Konsequenzen befürworten will oder nicht...

Eine Kampagne, die Amalrik zum Kronzeugen für Freiheit machen will, richtet sich unmittelbar gegen die Lebensinteressen der Völker... Die Initiatoren der Kampagne — David Carver, Generalsekretär des Internationalen, und Thilo Koch, Generalsekretär des Westdeutschen PEN-Zen-

trums — haben noch nie Proteste gegen die politischen Gefangenlager in den USA, die Lage der Farbigen in den Gettos, die Bombardierungen der US-Luftwaffe, den Einsatz der britischen Armee in Nordirland, die Berufsverbote in der Bundesrepublik usw. organisiert. Ihr Freiheitsbegriff ist unglaublich.

Wir wenden uns gegen eine Kampagne, die darauf angesetzt ist, die beginnende Einigkeit der Einzelgänger zu belasten. Wir brauchen den Erfahrungsaustausch mit den Schriftstellern in den sozialistischen Ländern, auch das Streitgespräch. Deshalb treten wir ein für die Kontakte zwischen Verbänden und Personen und zwischen allen Institutionen, die auf realistischer Grundlage den Austausch voranbringen können, zu intensivieren. In der PEN-Entschließung wird dagegen die Forderung nach Freiheit verschoben, um der Politik der friedlichen Koexistenz zu schaden. Das erinnert an den „Kongreß für die Freiheit der Kultur“, der zu Beginn der 50er Jahre das ideologische Startzeichen für Antisowjetismus und kalten Krieg werden sollte. Diese Politik scheiterte. Die Kräfte, die jetzt den kalten Krieg in den kalten Frieden verwandeln, versuchen nun, etwa das Engagement eines Heinrich Böll und vieler Kollegen zu missbrauchen. Kritik ist für uns die Verpflichtung, den gesellschaftlichen Fortschritt nach unseren Möglichkeiten weiterzubringen. Wie dieser Fortschritt zu machen sei — hier wie dort —, welche Erfolge, Mängel und Konflikte zu verzeichnen sind, darüber wäre zu reden. Dazu brauchen wir friedliche Koexistenz, die sich aber nur entfalten kann, wenn wir jede Art von Demagogie zurückdrängen. Wir versuchen, uns an den Interessen der arbeitenden Menschen zu orientieren. Die Hoffnungen Amalriks sind nicht ihre Hoffnungen.

(Unterzeichner sind u. a.: Manfred Bosch, Josef Büchser, Peter O. Chotjewitz, Joachim Hackethal, Günter Herburger, Friedrich Hitzer, Klaus Konjetzki, Franz Xaver Kroetz, E. A. Rauter, Erika Runge, Erasmus Schöfer, Peter Schütt, Monika Sperr, J. P. Stössel, Uwe Timm.)

eine politische Regelung auf der Grundlage der UNO-Beschlüsse, die den Abzug der israelischen Truppen aus allen besetzten arabischen Gebieten vorsehen und das Selbstbestimmungsrecht aller in diesem Raum lebenden Völker anerkennen, abgebaut werden kann. Weiterhin müssen die Bestrebungen zahlreicher asiatischer Länder unterstützt werden, mit Hilfe einer asiatischen Sicherheitskonferenz den Einfluß des amerikanischen Imperialismus auf diesem Kontinent zurückzudrängen und zu einem System der gleichberechtigten Zusammenarbeit und kollektiven Sicherheit zu kommen.

3. Die politische Entspannung muß durch die militärische ergänzt werden. Denn die vollständige Abrüstung ist keine süße Version einer fernen Zukunft, sondern eine aktuelle Notwendigkeit und konkrete Möglichkeit, die vor allen antiimperialistischen Kräften als Kampfaufgabe steht. Die Lösung dieser Aufgabe ist mehr als dringend: Nach Ermittlungen der UNO wurden in der Welt in den 60er Jahren allein 1,87 Billionen Dollar für die Rüstung ausgegeben. Heute haben die Militärausgaben das 1,5fache der Bewilligungen aller Regierungen für die Bildung, das 2,5fache mehr für den Gesundheitsschutz und das 30fache aller Ausgaben für die wirtschaftliche Hilfe an die Entwicklungsländer. Und das alles ganz abgesehen von der ständigen Spannung und Kriegsgefahr, die von der Konfrontation der von atomwaffenstarrenden Militärblöcke ausgeht, ganz abgesehen von dem militärischen Potential, das damit den Kräften des Großkapitals im internationalen wie im nationalen Maßstab zur Verfügung steht, um die nationale Befreiungsbewegung und die Arbeiterbewegung zu unterdrücken. Von allergrößter Bedeutung ist deshalb der Vorschlag des sowjetischen Außenministers Gromyko auf der jüngsten UNO-Vollversammlung, als ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung die Rüstungsausgaben jetzt um 10% zu kürzen. Daß diese konkrete sowjetische Bereitschaftserklärung von westlicher Seite mit höflichem Schweigen beantwortet wurde, braucht uns nicht zu verwundern. Schließlich sind wir es, die Arbeiter und Studenten unseres Landes, die Völker der Welt, die die Herrscher in Washington, Bonn, London und Paris zu diesem Schritt zwingen müssen.

Die Berichterstattung über den Kongreß der Friedenskräfte in der bürgerlichen Presse unseres Landes besteht aus einer Mischung von Totschweigen und Verfälschen. Dies sollte uns nur Anlaß sein, die Initiativen dieses Kongresses aufzugreifen. Daß ein derartiges Welttreffen in Moskau stattfindet, sollte all denjenigen zu denken geben, die sich über Freund und Feind im antiimperialistischen Kampf noch nicht so sicher sind.

Über Amalrik und „Narren wie ich“

Die bürgerlichen Blätter der Bundesrepublik triefen gegenwärtig vor Krokodilstränen. Von rechts bis „links“-liberal, von Springers „Welt“ bis zur „Zeit“ und „Frankfurter Rundschau“: Seitenlange Klagelieder auf die angebliche Verfolgung sowjetischer Intellektueller und Schriftsteller, über die „Verschärfung des innenpolitischen Klimas im Ostblock“, über Risiken und Gefahren der Entspannung. Diese Kampagne dauert nun schon seit Wochen, sie wirkt sorgfältig einstudiert und wird Stufe um Stufe eskaliert. Geschulte Meinungsmacher sind am Werk.

Derartige Manöver bleiben natürlich nicht ohne Wirkung. Nachdem es den Regisseuren gelungen war, Heinrich Böll vor ihren Karren zu spannen, konnte Günter Grass nicht gut fehlen. Dutzende andere Autoren folgten dem „Ruf ihres Gewissens“, will sagen: dem Drängen ihrer Auftraggeber in den Redaktionen und Rundfunk- und Fernsehstudios. Der Druck, der auf sie ausgeübt wird, ist vielfältig: er reicht von psychologischer Beeinflussung über den ökonomischen Hebel bis zur unmittelbaren Androhung von Repressalien. Als ich Heinrich Böll einen Offenen Brief schrieb, um meine Zweifel an der Richtigkeit seiner Stellungnahmen deutlich zu machen, riefen mich Unbekannte an und beschimpften mich am Telefon wie einen Verbrecher. In der „Frankfurter Rundschau“ wunderte sich ein Kommentator darüber, „daß Narren wie ich, die sich für Schriftsteller halten, noch immer frei herumlaufen.“

250 Unterschriften hat der westdeutsche PEN-Generalsekretär Thilo Koch, ein abgehalfterter Rias-Kommentator, für eine Resolution „Freiheit für Amalrik“ zusammengekratzt. Vom Maoisten bis zum gediegenen Altnazi ist auf seiner „Solidaritätsadresse“ alles vereinigt, was, wenn es gegen die Sowjetunion geht, allemal ins selbe Horn bläst. Sicher: mancher Ehrenmann ist dabei, und ich hoffe nur, ihm wirds ein wenig mulmig in dieser Kumpelrei. Zurückziehen kann er seine Unterschrift jederzeit und sich jener tapferen Gruppe von Autoren anschließen, die sich durch das Geschrei des Antisowjetismus nicht warr machen ließ und erklärte: „Amalriks Hoffnung auf den Untergang der Sowjetunion ist nicht unsere Hoffnung. Als Friedensfreunde bauen wir auf die Freundschaft zur Sowjetunion!“

Wozu dieser immense Aufwand? Ginge es in unserer Presse mit rechten Dingen zu, dann stünden an den Stellen, die jetzt für die antisowjetische Kampagne reser-

viert sind, Berichte über die Vorbereitungen zum Moskauer Friedenskongreß, über die nächsten Schritte auf dem Weg zu einer erfolgreichen Sicherheitskonferenz, über die überall auf der Welt, vor allem in Europa spürbaren Anzeichen für eine neue Verträglichkeit zwischen den



Völkern des Ostens und des Westens. Das ganze Spektakel von den Leiden der Amalrik-Unschuldsengel wird inszeniert, um von der Friedensoffensive der sozialistischen Länder abzulenken, um neue Barrieren auf dem Entspannungsweg zu errichten. Dafür tanzen die Puppen, dafür werden die letzten Mumien des Abendlandes aus ihren Gräbern hervorgezäubert. Sie alle eint eine Furcht: sie haben vor dem Frieden Angst wie der Teufel vor dem Weihwasser.

Vom Festival in Berlin, auf dem sich die Abgesandten der Jugend aus 140 Ländern

zu einer machtvollen Demonstration der antiimperialistischen Solidarität vereinigt haben, war in den bürgerlichen Zeitungen entweder nichts oder Falsches zu lesen. Zur gleichen Zeit wurden die Amalrik, Solshenizyn, Sacharow, Jakir und Krasin zu Freiheitsidolen hochgejubelt. Sie wurden an der Nachrichtenbörse wie Popstars gehandelt: kein Pieps und kein Pups dieser Herrschaften, der nicht so gleich in das antikommunistische Konzert einbezogen wurde. Davon, daß sich zum Festival in der Bundesrepublik ein Komitee aus 42 Jugendorganisationen verschiedener Prägung und Weltanschauung gebildet und den revolutionären Zielen der Festivalbewegung einhellig zugesagt hatte, wurde bei uns kein Wort berichtet. Statt dessen wurden den aus Berlin zurückkehrenden Festivalgästen Mikrophone vor die Nase gehalten: „Was sagen Sie zur Intellektuellenverfolgung in der Sowjetunion?“ Die Absicht war klar: man wollte die Jugend um jeden Preis spalten, die Einheitsfront von vornherein zersplittern.

Als ich vom Festival nach Hause kam, glaubte ich schon, es sei vorbei mit der Zensur für DKP-Autoren. Zeitungen batzen mich um Stellungnahmen, Rundfunkleute stürmten auf mich ein. Aber sie fragten mich nicht nach meinen Festivalindrücken, sie hatten nur ein Wort auf den Lippen: „Amalrik“. Ich glaube, sie hätten einen hohen Preis dafür gezahlt, einen kommunistischen Autor in ihre Kampagne einbeziehen zu können. Einem Reporter, der mich um eine Stellungnahme zur „Repression der Intellektuellen in einigen Ostblockstaaten“ bat, antwortete ich: „Verzeihen Sie, bei mir im Haus wohnt ein junger Lehrer, Rainer Naujoks, Sohn eines bekannten Antifaschisten, den die Nazis zwölf Jahre im KZ geschunden haben. Weil Rainer Naujoks Kommunist ist, weigert sich der Hamburger Senat, ihn als Beamten einzustellen!“ Aber diese Antwort wurde im Rundfunk unterdrückt.

„Ja“, kommen die Herrschaften dann mit ihrem Standardargument, „Sie möchten hier doch auch frei ihre Meinung äußern. Da müssen Sie doch Amalrik dasselbe Recht zugestehen!“ Aber meine Freiheit ist nicht die Freiheit Amalriks. Ich verdanke meine Arbeitsmöglichkeiten nicht

Alle Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Ab facit Nr. 25 kostet das Heft im Abonnement nur 2,— DM

Ein Abonnement = 5 Hefte kostet 10,— DM + Porto

Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik, 148 S., 6,— DM

Anteilnehmerkampf im Iran — die gegenwärtigen Aufgaben der Conföderation iranischer Studenten (CISNU), facit-Reihe 11, 80 Seiten, 2,50 DM

Israels Verlechtung mit dem Imperialismus, facit-Reihe 12, 48 Seiten, 2,— DM

Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analysen der bürgerlichen Pädagogik in der BRD, mit Dokumenten, facit-Reihe 13, 88 Seiten, 2,50 DM

facit 29: Ingo Hansen, Veränderungen in der gesellschaftlichen Qualifikationsstruktur und die soziale Lage der technischen Intelligenz; Günter Klimaszewsky/Eberhard Thomas, Marxistisch-leninistische Dialektik oder maoistische Pseudodialektik?; Hannelore Viehmann/Reinhard Hamel, Ostkunde im Schulunterricht — Antikommunismus in Aktion; E. Hexelschneider, Koexistenz, Kulturaustausch und Bonns „zwischenstaatliche Gesellschaftspolitik“; Wolfgang Bartels, Arbeiterjugend und Weltjugendfestspiele; u. a. 96 S., 2,50 DM

facit Nr. 26: G. Nurtsch, Arbeiterklasse und Gesetzmäßigkeit in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft; M. Volbers, Internationale sozialistische Arbeitsteilung und ökonomische Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW); A. G. Jegorow, Die weitere Entwicklung der Sowjetgesellschaft auf dem Wege zum Kommunismus; Th. Mies, Die negative Utopie des „sozialistischen Studiums“; J. Reusch, Kultur und Kunst bei Mao Tse-tung; P. Schäfer, „K“SG (ML) — Korrekte Massenlinie als rechts-, linksopportunistischer Zickzakkurs u. a.; 82 S., 2,50 DM

facit Nr. 27: Prof. Dr. Gerhard Riege, Über das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus; Hartmut Geil, Uwe Günther, Friedhelm Hase, Zur Kritik der bürgerlichen Rechtswissenschaften; Prof. Walter Hollitscher, Marxismus — Ergänzungen und Entstellungen; Dr. Günter Krause, Durch eine neue Technik zu einer neuen Klasse? — Kritisches zur Theorie der „neuen Arbeiterklasse“; Wolfgang Bartels, Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft? Zum „Berufsbildungskongress der Deutschen Wirtschaft“; H. H. Adler, H. Wienert, „Proletarische Aufklärung“ oder sozialistischer Hochschulkampf — Zur Politik des maoistischen „K“SB. 96 S., 2,50 DM

Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur von F. W. Plesken; facit-Reihe 10, 56 Seiten, 2,— DM

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS, „Mit SPARTAKUS im SPARTAKUS“, Taschenbuch mit Fotos, facit-Reihe 9, 308 Seiten, 6,— DM

**Arbeiterklasse gegen Faschismus von Georgi Dimitroff
facit-Reihe 8, broschiert, 114 Seiten, 3,50 DM**

Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Mit elf Beiträgen namhafter Historiker der DDR zur Dialektik von Evolution und Revolution in den verschiedenen Epochen der Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart. 204 Seiten, facit-Reihe 7, 6,— DM

**„Für die siebziger Jahre — eine Philosophie des Stückwerks? Kritische Anmerkungen zu einem Aufsatz des Mannheimer Neopositivisten Hans Albert“ von Harald Wessel
facit-Reihe 6, 32 Seiten, 1,— DM**

**Internationaler Klassenkampf (Mit zahlreichen Beiträgen von Genossen aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die dort selber mitten in den Klassenauseinandersetzungen stehen.)
Neben Beiträgen über die einzelnen Erdteile insgesamt enthält der Band Artikel aus: Nigeria, Mexiko, Sudan, VAR, Libanon, Indien, Mongolei, Argentinien, Kuba, Kolumbien, Guayanas. Also: Informationen aus erster Hand!
facit-Reihe 5, broschiert, 180 Seiten, 5,— DM**

Revolutionäre Strategie und antiimperialistischer Kampf in Westeuropa — Karl Marx und die inneren Widersprüche des modernen Imperialismus von Prof. Dr. Dieter Klein. Nach "Imperialismus heute" die zweite Analyse von Rang über die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen des organisierten Kapitalismus. u. a. **Facit-Reihe 3**, broschiert, DIN A 4, 64 Seiten, 3,— DM

Woran starb der SDS? — Das Dilemma der Antiautoritären und die Konsequenzen marxistischer Studenten von Siegfried Wolff, **RK extra 9**, 32 Seiten, DIN A 4, 1,50 DM

Futurologie — Wer plant denn da? Was? — Zur wissenschaftlichen Gesellschaftsprognose spätkapitalistischer Entwicklungen — Kritisches zur bürgerlichen Futurologie von Prof. Dr. Dieter Klein (Im Anhang: Ein Gespräch während des Futurologenkongresses vom 10. bis 15. November 1969 in München mit den Tagungsteilnehmern Dr. Thomas Müller und Dipl.-Ing. Oskar Neumann), **RK extra 7**, 52 Seiten, DIN A 4, 2,50 DM

SDS in Sofia — Dokumentation zum Ausschluß von fünf Kommunisten aus dem SDS — Zur Vorgeschichte der zweiten Spaltung des SDS: **facit aktuell 3**, DIN A 4, 124 S., nur 1,— DM

Steffen Lehndorff: Grundlage der Einheit im VDS; Rechtskartell und Monopolkapital; Christof Kievenheim: Politische Reaktion und faschistische Herrschaftsformen — Anmerkung zu einigen Tendenzen der Faschismus-Diskussion in der Deutschen Linken; Manfred Bosch: NLA — Portrait einer kommenden Rechtspartei; Johanna Hund: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971, **facit Nr. 24**, 1,— DM

Steffen Lehndorff: Für Demokratie und sozialen Fortschritt; Christof Strawe: Perspektiven der demokratischen und sozialistischen Studentenbewegung; G. Matthiessen: Zum Rechtskartell in der BRD; B. Müller: Formierung der Rechtskräfte in der Universität; Jacques Nags (KP Belgien): Technokratische oder demokratische Strukturreform an der Universität; K. Peters: Ideologie und Methodologie in der bürgerlichen Philosophie; F. Adler: Wie kritisch ist Habermas' „kritische Theorie“?; u. a. — **facit Nr. 22/23** (Doppelheft), 2,— DM

Walter Hollitscher: Aneignung der Natur und Natur der Aneignung; F. W. Plesken: Zur Literatur über den Naturdialektik-Streit; E. J. Hobsbawm: Lenin und die „Arbeiteraristokratie“; Robert Steigerwald: Brief an einen Genossen Studenten; P. Schäfer: Hochschulrahmen gesetz — Baustein staatsmonopolistischer Formierung; M. Maercks: Die Bundeswehrschule — Schule der Nation, Geistige Militarisierung in Westdeutschland; Fred Schmid: Friedensforschung als Kriegsforschung; u. a. **facit Nr. 21**, 1,— DM

„Parteien in der BRD“: G. Matthiessen: Zur Rolle der SPD im Spätkapitalismus und ihrem ideologischen Einfluß auf die Studentenbewegung; u. a. P. Schöttler: Die „linken“ Sozialdemokraten in Frankreich — Zur Geschichte, Struktur und politischen Theorie der PSU; Fidel Castro: Kuba steht zu Lenin und zur Sowjetunion; D. Peukert: Über die Unwissenschaftlichkeit des ökonomischen „Antirevisionismus“; Rolf Geffken: Erscheinungsformen und Ursachen von Klassenjustiz im kapitalistischen Deutschland. **facit Nr. 20**, 1,— DM

„Leninismus heute“: Fisch/Heiseler/Schütte: Lenin und die westdeutsche Schulphilosophie; G. Bessau: Marx versus Lenin?; Kurt Steinhaus: Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland; Staat und Absterben des Staates in der DDR; J. Hund: Zur Einschätzung linksradikaler Gruppierungen in der Studentenbewegung; G. Matthiessen: Zu einigen Fragen des antiimperialistischen Kampfes heute. **facit Nr. 19**, 1,— DM

Prof. Dr. Manfred Buhr: Die Menschen machen ihre Geschichte selbst; E. Bessau: Ideologische Fundamente westdeutscher Hochschulreform; G. Bessau: Die dritte Hochschulreform in der DDR als Beispiel fortschrittlicher Bildungspolitik; Grundsatzdeklaration des SPARTAKUS; u. a., **facit Nr. 17**, 1,— DM

Martin Walser: Aktion ohne Vermittlung; Eberhard Czichon: Ein Beispiel: Hermann Josef Abs — Bankier und Politiker; Chr. K. Kievenheim: Zur Situation der Gewerkschaften im staatsmonopolistischen Kapitalismus; u. a., **facit Nr. 16**, 1,— DM

Prof. Dr. Dieter Klein: Revolution in Frankreich? — Was ist heute revolutionär?; Dr. J. H. v. Heiseler: Internationaler Klassenkampf — Zu den wesentlichen Grundbeziehungen im weltrevolutionären Prozeß; H. E. Schmitt: Möglichkeiten revolutionären parlamentarischen Kampfes; Dr. Heiseler: Zu eigenen Ursachen der Schwankungen in der theoretischen Bewegung im SDS; Högemann-Ledewohn/A. Nigbur: Liberalisierung und Demokratisierung? — Zur Entwicklung der Tschechoslowakei; u. a., **facit Nr. 13/14**, 1,— DM



Rund 170 dieser Institutszeitungen geben die Gruppen des MSB Spartakus an fast allen Hochschulen der BRD heraus, und sie erreichen pro Semester eine Gesamtauflage von etwa 200 000.

leserbriefe

Wer bezahlt? Na, die Bundeswehr!

Also, wenn ihr so direkt fragt, dann sollt ihr auch eine Antwort haben. In den rb 12 heißt es in dem Artikel „Zur ersten Monographie über den MSB SPARTAKUS“, die von H. Weyer im rechtsradikalen Seewald-Verlag erschien: „Wer bezahlt 12 Mark für 64 Seiten Text, von denen rund zwei Drittel aus jedermann zugänglichen Zitaten bestehen, auf die in 147 Fußnoten hingewiesen wird?“

Nun, ich will es euch verraten: die Bundeswehr! Von dieser, genauer gesagt vom Territorialkommando in Kiel, habe ich dieses Buch nämlich letztens erhalten, umsonst, versteht sich. Und das geht so: Dort gibt es einen Verteilerschlüssel, der anscheinend für „opinion leaders“ bestimmt ist. Ist man dort aufgenommen, bekommt man etwa monatlich ein Buch zugeschickt, umsonst, ohne Kommentar, ohne Begleitschreiben. Es sind dies Bücher über die Nationale Volksarmee der DDR, „Kriegshetze“ in Schulbüchern der DDR, Rüstung in der UdSSR, kommunistische Unterwanderung in Finnland, über

die DKP, die Wirtschaft der „europäischen Ostblockländer“ und jetzt eben über den MSB. Alles Feindbild-Bücher in der Preislage ab 11 Mark 80, die meisten, ihr werdet es kaum erraten, aus dem Seewald-Verlag.

Ich hoffe, ihr wißt jetzt Bescheid, wer 12 Mark für derartige „Literatur“ ausgibt. Nur eine Bitte habe ich noch: drückt meinen Namen nicht ab, nachher ist das Territorialkommando mir böse und schickt mir keine antikommunistischen Hetzbücher mehr!

XXX, Kiel



Ganz schön erbost

Das Titelbild der letzten roten blätter hat uns ganz schön erschreckt und erbost! Das Titelbild weckte Assoziationen wie: grau, düster, Schlaglöcher auf der Straße, Todesschüsse an der Mauer etc. (nicht nur die DGH empfand so!) — und dann so etwas als Werbung für die X. Weltfestspiele!!!???

Die bundesdeutsche Reaktion, die sich jetzt gerade wieder anschickt, mit allen Mitteln der Verhetzung und Verleumdung, die Weltfestspiele zu verunglimpfen und die westdeutsche Jugend zu verwirren und zu verunsichern (z. B. Artikel in DER SPIEGEL Nr. 28/S. 37), wird sich über unsere optische Unterstützung recht herzlich gefreut haben!

Demokratische Grafik Hamburg

Politische JAZZ-ROCK-Gruppe sucht politisch motivierten SOLISTEN für PIANO und/oder Gitarre.

Bitte meldet Euch bei

Holger Oehmichen, 2 Hamburg 19,
Schopstr. 1, Tel.: 4 91 35 31 oder
40 05 69 oder 4 60 35 10

facit 31

**MSB Spartakus
Beiträge zur marxistischen
Theorie und Politik
erscheint zu
Semesterbeginn
ca. 100 Seiten, 2,50 DM**

Bestellungen an:
Weltkreis-Verlag
46 Dortmund, Brüderweg 16

Vorankündigung: Rezensionen, Berichte und anderes mehr.

facit 32 mit dem Thema: Spontaneität, Bewußtheit, Klassenkampf

Der Inhalt:

Paul Schäfer: Kapitalismus, wissenschaftlich-technischer Fortschritt und staatsmonopolistische Hochschulformierung

Stefan Voets: Demokratische Alternative in der Schule? — (Zur Auseinandersetzung um die hessischen Rahmenrichtlinien)

Gerd Schubring: Zur Arbeitsmarktpolitik im Kapitalismus

* * *

Dokumentation: Chile: Die vollständigen Thesen der KP Chiles zu ihrem XV. Parteitag

Die 23 Thesen des DGB zur Hochschulreform

Tageszeitung Arbeiterzeitung Zeitung auch für Studenten UZ abonnieren!



Dr. Wenzel-Verlag GmbH

41 Duisburg 12, Pothmannstraße 12
Telefon (021 31) 46 00 21/22

TAGESEZIEHTUNG

Ich bestelle die
UZ — UNSERE ZEIT —
als TAGESEZIEHTUNG
für mindestens 3 Monate
(Abonnementspreis:
monatlich DM 7,-)

WOCHEZEITUNG

Ich bestelle die
UZ — UNSERE ZEIT —
als WOCHEZEITUNG
für mindestens 1 Jahr
(Abonnementspreis:
vierteljährlich DM 6,50)

BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN

Name

PLZ

Ort

Straße und Hausnummer

Beruf

Datum

Unterschrift